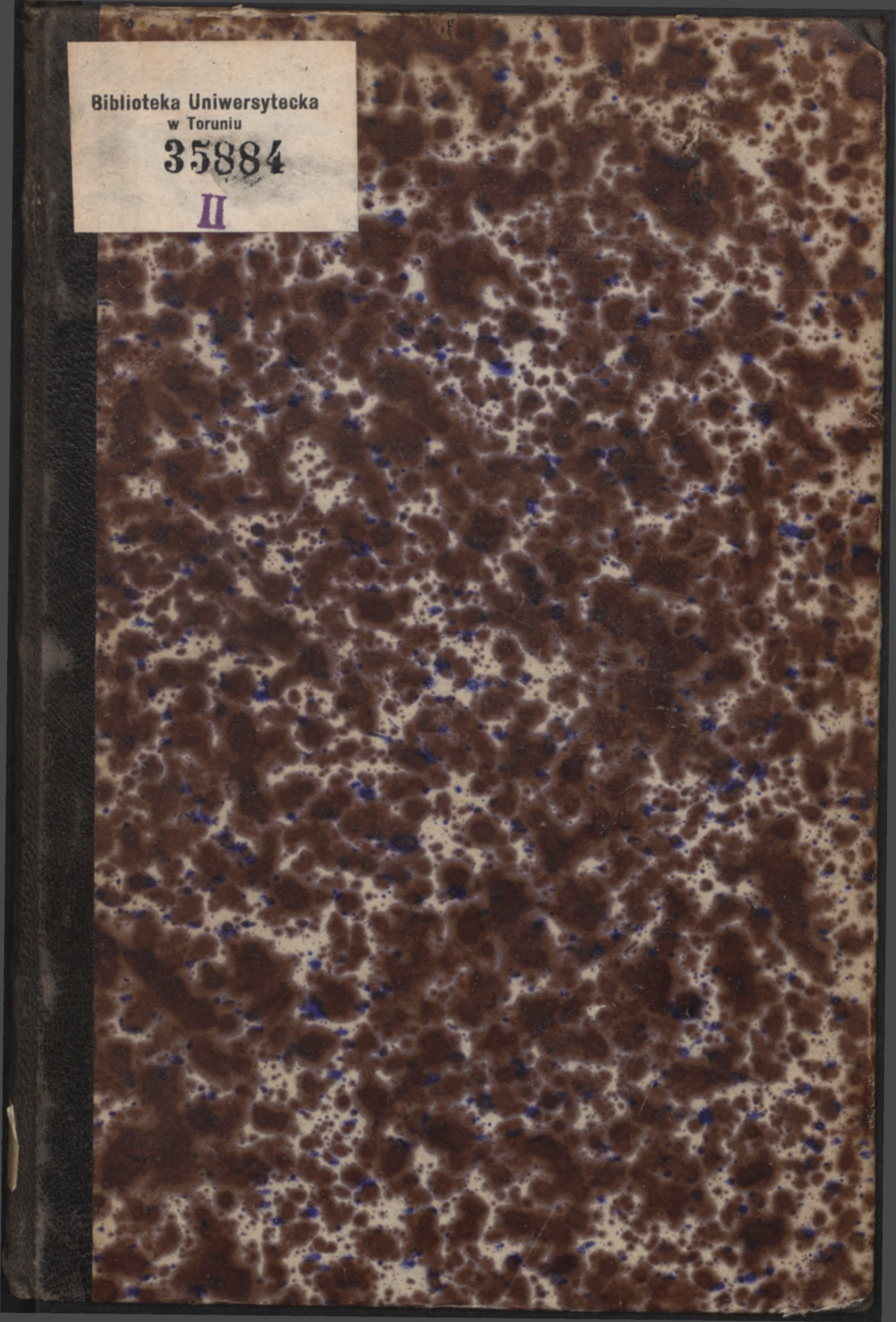
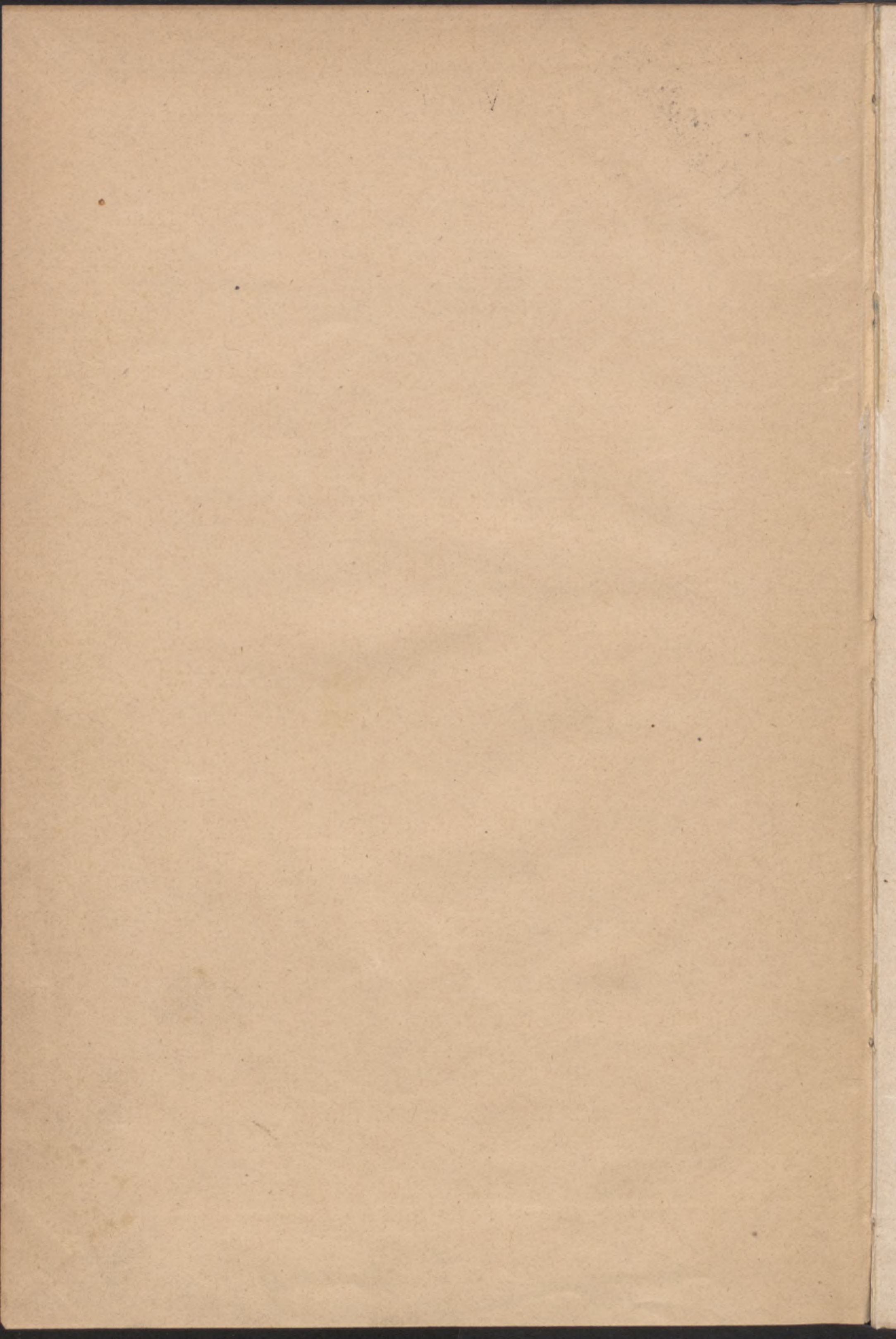
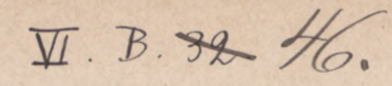






Zwanzig Jahre

1862—1882.

Rückblicke
auf
Fürst Bismarcks Wirksamkeit
für das deutsche Volk.

Von

Ludwig Hahn.

Eine politische, aber keine Parteischrift.

Zweiter Abdruck.

Berlin 1882.
Verlag von Wilhelm Hertz.
(Bessersche Buchhandlung.)

Vorrede.

Die Behandlung, welche die neuere Wirksamkeit des Fürsten Bismarck vielfach findet, selbst in Kreisen, die früher seiner Führung folgten, muß für seine entschiedenen Anhänger ein immer erneuter Anlaß sein, sich die Grundlagen ihres Vertrauens zum Fürsten ins Gedächtniß zu rufen, und zumal das stets wiederholte Bedenken, daß derselbe zwar Meister in der Handhabung auswärtiger Fragen sei, aber nirgends seinen Beruf für die innere Politik bekundet habe, an den Thatsachen zu prüfen.

Für mich (man verzeihe diesmal das persönliche Hervortreten) kam ein besonderer Anlaß erneuten Rückblickes hinzu. Ich habe die Bismarck'sche Politik von ihren Anfängen an (1862) in der Presse vertreten und derselben mit Freude und Genugthuung meine Kräfte gewidmet: in dem Augenblicke des nothgedrungenen Rücktrittes von dieser amtlichen Wirksamkeit war es mir, gegenüber jenen lebhaften Angriffen, doppelt Bedürfniß, der Ueberzeugung nochmals Ausdruck zu geben, daß die Sache, der ich mit Begeisterung mein Dasein geweiht, bis zuletzt der vollen Hingebung werth war, daß ich fest überzeugt sein darf, auch durch die Vertretung der späteren Pläne des Kanzlers die Interessen des Königthums und des Vaterlandes entschieden wahrgenommen zu haben. Noch einmal ließ ich die gesammte Wirksamkeit des Fürsten in ihrem Zusammenhange an mir vorübergehen, — und je mehr ich selbst durch diese Rückblicke immer von Neuem in der

Ueberzeugung bestärkt wurde, daß es nie einen Staatsmann gegeben, dem das deutsche Vaterland zu solchem Danke verpflichtet war, und daß er auch seine jetzigen Ziele nur deshalb mit solchem Eifer verfolge, weil er sie für die innere Kräftigung des Reiches, für das Wohl und Gedeihen des deutschen Volkes als nothwendig erachtet, desto mehr mußte ich wünschen, daß recht Viele aus solcher Rückschau dieselbe Ueberzeugung gewinnen, und ich glaubte hierbei meine Erinnerungen anbieten zu dürfen, da ich vermöge meiner langjährigen vertraulichen Stellung zum Ministerium Bismarck die bei den Handlungen desselben maßgebenden Gesichtspunkte näher und sicherer als Andere kennen zu lernen in der Lage war.

So ist diese Schrift entstanden, welche vornehmlich dazu beitragen möchte, daß über dem Streit dieser Tage des Dankes nicht vergessen werde, den das Vaterland dem Fürsten Bismarck schuldig ist, und daß alle wahren Freunde von Kaiser und Reich ihm helfen, trotz vorläufig auseinandergehender Ansichten über die besten Wege, doch die hohen Ziele fürs Volk jedenfalls zu erreichen.

Am Heiligen Damm bei Doberan,
im August 1882.

Ludwig Hahn.

Inhalt.

Vor Kurzem wurde im Reichstage der Ausspruch gethan, das deutsche Volk müsse endlich dem Willen des Fürsten Bismarck seinen eigenen Willen entgegensetzen und ihm das Bewußtsein der Allmacht austreiben. Selbst auf demokratischer Seite schien man einen Augenblick die unglaubliche Taktlosigkeit des übermüthigen Ausspruchs zu empfinden; das hinderte jedoch nicht, daß er in Vereinen und Flugblättern hundertfach wiederholt wurde. An seine politische Allmacht glaubt der Kanzler gewiß selbst am wenigsten, denn er hat in all seinem Wirken die Grenzen seiner Macht erfahren und muß sie nach allen Seiten noch alltäglich empfinden; keinem Staatsmann ist die Erreichung hoher Ziele für das Volk so schwer gemacht worden, wie ihm, und wenn er nicht eben durch das Gefühl einer hohen Verpflichtung und durch den Drang nach weiterer Sicherstellung des Reiches getrieben würde, wer wollte es ihm verdenken, wenn er von jenem unablässigen Kampfe auszuruhen und endlich sich dem Genuß der Stellung, die er auch persönlich errungen hat, hinzugeben wünschte.

Also nicht von geträumter Allmacht ist beim Fürsten Bismarck die Rede, wohl aber sollte bei den Führern des deutschen Volkes eine lebhaftere Erinnerung für die wirklichen unvergänglichen Verdienste vorhanden sein und zur Geltung gelangen, welche er sich um das Vaterland erworben hat, man würde nicht umhin können, zu gestehen, daß es Größeres ist, als irgend ein Einzelner nicht blos, sondern irgend eine politische Partei von sich rühmen kann, und man würde selbst da, wo man ihn bekämpfen zu müssen glaubt, doch einen achtungsvolleren Ton anschlagen und davon ausgehen,

daß auch in diesen Dingen dem Streben des Fürsten Bismarck eine tiefe und gewiß sehr beachtungswerthe Ueberzeugung von dem Bedürfniß und Interesse des Reichs zu Grunde liegt.

Je heißer die Kämpfe der Gegenwart sind, desto mehr ziemt es sich, jener historischen Thatsachen nicht zu vergessen, bei denen Fürst Bismarck theilweise eine ebenso einmüthige öffentliche Meinung entgegenstand und die heute als Wohlthaten für die deutsche Nation allgemein anerkannt sind.

Wir halten es deshalb nicht für überflüssig, in schlichter Weise und ohne jede Parteipolemik einen kurzen Rückblick auf die wirkliche Geschichte jenes Staatsmannes zu geben.

Die Armeereorganisation und die deutsche Politik.

Fürst Bismarck wurde zur Ministerlaufbahn berufen, um das Werk des Königs durchzusetzen, ohne welches von der jetzt errungenen Stellung Preußens und Deutschlands nicht die Rede sein könnte, die neuen Heereseinrichtungen. In Folge des inneren Konflikts, welcher sich daran knüpfte, hat man sich gewöhnt, die Frage der Armeereorganisation fast ausschließlich von diesem Gesichtspunkte innerer Politik zu betrachten; darüber ist die Beziehung der Frage zur deutschen Sache von Anfang an nicht genügend gewürdigt worden.

Auf den König hatten als Prinz von Preußen schon die Erfahrungen im badenschen Kriege und sodann bei den Mobilmachungen von 1850 und 1859 einen tiefen Eindruck gemacht. Die Wunde von Olmütz hat wohl „auf keinem Herzen mehr gebrannt," als auf dem des Prinzen und erst jüngst ist grade durch das Zeugniß des Fürsten Bismarck von Neuem darauf hingewiesen worden, daß nach der Ueberzeugung unseres damaligen Kriegsministers selbst die Demüthigung in Olmütz eine Nothwendigkeit, eine traurige Nothwendigkeit war, weil wir uns nicht schlagen konnten, weil wir militärisch nicht in der Verfas-

sung waren, Oesterreich entgegenzutreten, weil wir einfach nicht kriegsbereit waren. „Wir waren von Feinden umgeben, die jeden Augenblick sich auf uns stürzen konnten, und wir hatten nicht die Mittel, ihnen die Spitze zu bieten." Daß es wirklich so stand, kann der Verfasser dieser Zeilen nach dem Zeugniß der damaligen sogenannten Kriegspartei selbst bestätigen: einer der ersten Führer derselben gestand ihm am Tage der Sendung des Herrn von Manteuffel nach Olmütz, daß wir nach Aussage des Kriegsministers noch vierzehn Tage brauchten, um nothdürftig gerüstet zu sein. Er bezeichnete namentlich Kohlfurt, den Knotenpunkt der Verbindung nach Berlin, als sehr gefährdet, und sagte mir, das Ministerium habe in die Mission Manteuffel's gewilligt, um Zeit zu gewinnen.

Kurz — wir mußten die Politik der deutschen Einheit damals vertagen und konnten sie erst kräftig wieder aufnehmen und die Scharte von Olmütz auswetzen, als wir besser und in Wahrheit kriegsbereit waren.

Wie tief die damalige Kriegspartei und besonders die militärischen Kreise, in denen der Prinz mit allen seinen Neigungen und Ueberzeugungen mitten inne stand, diese Demüthigung empfanden, ist bekannt; grade das militärische Bewußtsein war am meisten betroffen durch die Thatsache, daß wir wegen militärischer Unzulänglichkeit zurückweichen mußten. Man schrieb dem Prinzen damals einen sehr beachteten Aufsatz zu, in welchem die Mängel unseres militärischen Zustandes deutlich bezeichnet waren.

Die Arbeiten zur Reorganisation der Armee, welche unter lebhafter Betheiligung des Prinzen begonnen hatten, führten damals zu keinem Resultate, aber sie wurden wieder aufgenommen, als der Prinz von Preußen die Regierung übernommen hatte, als die Mobilmachung von 1859 wegen des italienischen Krieges die früheren Erfahrungen erneut machen und die Nothwendigkeit einer Erhöhung der Wehrkraft Preußens unzweifelhaft erkennen ließ. Der Regent hatte wohl auch mit Rücksicht auf die Reorganisation der Armee, die er vor Allem als die ihm gestellte Aufgabe betrachtete, sich mit Männern des öffentlichen

Vertrauens in sogenannten populären Kreisen, Auerswald, Graf Schwerin u. s. w. umgeben, aber sie hatten nicht vermocht, mehr als eine provisorische Bewilligung zu erlangen, obgleich sie wiederholt betheuerten, daß die Heeresreform grade den Zwecken dienen sollte, welche die liberale Partei von jeher an die Spitze ihres Programms gestellt hatte, der Geltung Preußens an der Spitze eines geeinigten Deutschlands. Das liberale Ministerium selbst sah sich genöthigt, der neu entstandenen Fortschrittspartei zu weichen, der König aber erklärte auch damals die Erhaltung der ungeschmälerten Kraft der Krone namentlich auch deshalb für erforderlich, weil sie für Preußen zur Erfüllung seines deutschen Berufes nothwendig sei.

Das Ministerium bedurfte, um die Aufrechterhaltung der neugeschaffenen Armee dem fortschrittlichen Abgeordnetenhause gegenüber durchzusetzen, eines entschlossenen thatkräftigen Mannes an seiner Spitze: schon beim Ministerwechsel im Frühjahr 1862 war deshalb der Blick auf Herrn von Bismarck gerichtet gewesen, im Sommer aber, nachdem die Kosten der Reorganisation vom Abgeordnetenhause einfach verworfen worden waren, trat die Nothwendigkeit entweder des Zurückweichens vor der fortschrittlichen Mehrheit und somit des Aufgebens der Reorganisation in ihrer wesentlichen Bedeutung, — oder der Berufung eines energischen Mannes als Haupt des Kabinets noch entschiedener hervor. Der König entschied sich für das letztere, und als der Mann der Situation erschien wiederum vor Allem der inzwischen von Petersburg nach Paris versetzte Gesandte von Bismarck-Schönhausen, dessen Geist und Energie der großen Aufgabe zu entsprechen schien.

Aber war nicht der Name Bismarck, waren nicht die Erinnerungen, die sich an denselben knüpften, der deutlichste Beweis, daß die hohen nationalen Zwecke, welchen angeblich die Reorganisation dienen sollte, blos vorgeschoben waren, daß dieselbe in Wahrheit, wie die Gegner behaupteten, nur ein Werk des Absolutismus war, nur absolutistische Zwecke in Gemeinschaft mit Oesterreich zu fördern bestimmt war? Wie kam man dazu, den beredten Vertheidiger der Politik Olmütz und des

Wiedereintritts in den Bundestag, der eben darum geeignet erschien, das damalige Preußen in der Eschenheimer Gasse zu Frankfurt zu vertreten, jetzt zur Vertheidigung eines Werkes zu berufen, das nach des Königs eigener ausdrücklicher Versicherung dazu dienen sollte, den Ruhm Preußens vor Allem durch die Förderung seines deutschen Berufes zu erhöhen?

Aber der Widerspruch war nur scheinbar vorhanden. Alle, welche Herrn von Bismarck kannten und alle politischen Kreise zumal wußten, daß er in jener Beziehung ein Anderer geworden war, daß grade die Erfahrungen in Frankfurt ihn von einem Parteigänger Oesterreichs zu einem entschiedenen Gegner der österreichischen Politik gemacht hatten, und daß die nationale Stellung und Geltung Deutschlands in ihm jetzt einen energischen Vertreter besaß.

Das Werk, das jüngst aus den Archiven über Herrn von Bismarck's Stellung und Thätigkeit veröffentlicht worden ist, weist im Einzelnen die schon lange bekannte Thatsache nach, daß die Erfahrungen, welche er in Frankfurt machte, ihn dort ganz andere Auffassungen über Oesterreich und unsere Stellung im Bunde gewinnen ließen. Abgesehen von den Aeußerungen darüber, die in seinen Briefen aus jener Zeit enthalten sind, hat er sich einst im Reichstage in folgenden Worten offen über jene Sinnesänderung ausgesprochen:

„Ich spreche ungern von meiner Person, ich habe nicht die Gewohnheit, das zu thun, aber das Gefühl, daß ich eines hohen Grades von Vertrauen in der Stellung, in der ich bin, auch zu meiner Person bedarf, veranlaßt mich, eine kurze Aeußerung zu thun über die Stellung, die ich in Erfurt hatte, und über die, die ich jetzt habe.

Ich kam nach Erfurt mit denjenigen politischen Anschauungen, die ich, ich möchte sagen, aus dem Vaterhause mitbrachte, geschärft in jener Zeit durch den Kampf gegen die Angriffe der Bewegung von 1848 auf Zustände, die mir werth waren. Im Jahre darauf 1851, bin ich in die praktischen Geschäfte eingetreten und habe seitdem Gelegenheit gehabt, Erfahrungen in der praktischen Politik, sechszehn Jahre hindurch in Stellen, wo ich ohne Unterbrechung mit der großen Politik, namentlich aber mit der deutschen, beschäftigt war, sammeln zu können. Ich habe mich dabei überzeugt, daß aus dem Zuschauerraum die politische Welt — nicht blos die auf den Brettern,

die die Welt bedeuten — anders aussieht, als wenn man hinter die Coulissen tritt, und daß der Unterschied nicht blos an der Beleuchtung liegt.

Ich habe an mir selbst wahrgenommen, daß man die Politik anders beurtheilt, so lange man als Dilettant ohne das Gefühl schwerer persönlicher Verantwortlichkeit, etwa in den Mußestunden, die die anderweitige Berufsart zuläßt, an ihr mitwirkt, als wo man im sich Gegentheil einer vollen Verantwortung für die Folgen jedes Schrittes, den man thut, bewußt ist. Ich habe in Frankfurt im Amte erkannt, daß viele der Größen, mit denen meine Erfurter Politik gerechnet hatte, nicht existirten, daß das Zusammengehen mit Oesterreich, wie es mir denn aus den Erinnerungen an die heilige Allianz, die durch die Tradition der früheren Generation mir überkommen waren, vorschwebte, — daß dieses nicht möglich war, weil das Oesterreich, mit dem wir rechneten — es war die Periode des Fürsten Schwarzenberg — überhaupt eben nicht existirte. Ich beschränke mich auf diesen kurzen Rückblick, indem ich hinzusetze, daß ich mich glücklich schätze, überhaupt nicht zu den Leuten zu gehören, die mit den Jahren und mit den Erfahrungen nichts lernen."

In dem bekannten Schreiben vom Mai 1859 an seinen damaligen Minister Herrn von Schleinitz bezeichnete er als Ergebniß seiner Erfahrungen von 8 Jahren in Frankfurt die Ueberzeugung, daß die dermaligen Bundeseinrichtungen für Preußen eine drückende, lebensgefährliche Fessel bildeten. Er erblickte in dem Bundesverhältniß ein Gebrechen, das wir früher oder später ferro et igni würden heilen müssen. — Gegenüber dem Gerüchte aber von seinen russisch-französischen Neigungen schrieb er im folgenden Jahre: „Wenn ich einem Teufel verschrieben bin, so ist es ein teutonischer und kein gallischer," und bald darauf: „Ich habe in der ganzen Zeit nie etwas anderes gerathen, als uns auf die eigene und die nationale Kraft Deutschlands zu verlassen."

Die maßgebenden Kreise hatten daher sicher keinen Grund, anzunehmen, daß die reorganisirte Armee für Herrn von Bismarck eine andere, weniger nationale Bedeutung haben würde, als bisher verkündet worden; vielmehr galt in seinem Sinne erst recht das Königliche Wort: Preußen müsse, wenn es gelte, ein schwer wiegendes Wort in die Wagschale legen können.

Aber auch die liberalen Führer im Parlament wußten sehr

gut, daß der Herr von Bismarck, der an die Spitze des Ministeriums trat, keineswegs der alte Junker vom Vereinigten Landtage und von der Zweiten Kammer, daß er vielmehr in den Geschäften ein Anderer geworden und gewachsen war, daß er zwar derselbe energische und unerschrockene Diener seines Königs, aber vielfach von geläuterten und erweiterten Anschauungen war. Erst jüngst hat Herr von Unruh bezeugt, daß er über Bismarck's Auffassungen von Preußens Stellung zu Oesterreich und von seinem nationalen Beruf durch ein ausführliches Gespräch mit ihm selbst im Jahre 1859 Kenntniß gehabt, und auch seinen Freunden beim Beginn des Ministeriums Bismarck von dessen Plänen Mittheilung gemacht habe; aber fügt er hinzu, es sei zweifelhaft gewesen, ob er diese Pläne noch festhalte und ob er sie bei Hofe durchsetzen werde. Diese Zweifel waren schwerlich berechtigt, da Herr von Bismarck so wenig, wie der König selbst über die nationale Bestimmung der neuen Heereseinrichtungen ein Hehl machten.

Daß Herr von Bismarck an seinen in Frankfurt gewonnenen Anschauungen über Preußens Stellung im Bunde festhielt, davon zeugten u. A. die schon wenige Monate nach seinem Amtsantritt am Bunde abgegebenen, allgemein bekannten Erklärungen gegen das Delegirtenprojekt, welche für den Fall weiterer Vergewaltigung Preußens schon damals dessen Austritt aus dem Bunde androhten und zugleich verkündeten: „nur in einer Vertretung, welche nach Maßgabe der Bevölkerung jedes Bundesstaates aus letzterer durch unmittelbare Wahl hervorgehe, könne die deutsche Nation das berechtigte Organ ihrer Einwirkung auf die allgemeinen Angelegenheiten finden"; — sowie die bekannte Depesche an Oesterreich über das Thema: „unsere Beziehungen zu Oesterreich müssen unvermeidlich entweder besser oder schlechter werden", — worin an die Forderung einer weisen Politik von Oesterreich selbst gemahnt war, „uns im Bunde eine Stellung zu schaffen, welche es für Preußen der Mühe werth mache, seine gesammte Kraft für gemeinschaftliche Zwecke einzusetzen." Graf Rechberg beklagte sich damals, daß man Oesterreich von Berlin

die Alternative stelle, entweder sich aus Deutschland zurückzuziehn und den Schwerpunkt der Monarchie nach Ofen zu verlegen oder im nächsten europäischen Konflikte Preußen unter den Gegnern Oesterreichs zu finden.

Die Reorganisation selbst wurde in ihrer technischen Bedeutung besonders vom Kriegsminister von Roon vertheidigt, der das Wesen derselben und die erstrebten Vortheile des Landes in den Worten zusammenfaßte:

„Die Regierung will die allgemeine Dienstverpflichtung um 3 Jahre kürzen;

die Regierung will die Verpflichtung für den Waffendienst im Kriege von 12 auf 7 Jahre vermindern;

die Regierung will die wirthschaftlichen Kräfte des Landes schonen, indem sie die steuerzahlenden Familienväter von Leistungen zu befreien strebt; —

sie will die gesetzlichen Verpflichtungen endlich wesentlich mindern, die den Kommunen und Kreisen obliegt. —

Das ist die Wahrheit, rief er, so steht es."

Auch der Minister von Roon aber ließ keinen Zweifel darüber, daß im Sinne der Regierung bei der Reorganisation die Pflichten für Deutschland bedeutend ins Gewicht fielen. „Man spricht sehr viel von deutschem Berufe Preußens, sagte er. Es liegt in den Verhältnissen unseres weiteren Vaterlandes, wenn wir von Preußen absehen, in der That keine Garantie für die Erhaltung der nationalen Unabhängigkeit und Macht. Wem fällt dann aber die Rolle des Beschützers zu? doch nur Preußen? — Wer Preußen dazu unfähig macht, seinen deutschen Beruf zu erfüllen, der versündigt sich damit nicht nur an Preußen, sondern auch an Deutschland."

Das Ministerium also hielt inmitten des heißesten Kampfes die nationale Bedeutung und Aufgabe der Heeresreform fest und in solchem Sinne feierte sie später auch deren Anerkennung.

Herr von Bismarck selbst sagte in folgenden Worten, daß die Erhaltung der Reorganisation der eigentliche Grund seines Eintritts in die Regierung war:

„Der Herr Vorredner hat eine gewisse Verwunderung darüber ausgesprochen, daß ich dem Budgetrechte meinerseits die besten Jahre meines politischen Lebens gewidmet hätte, um es zu bekämpfen, so möchte ich an die eine Thatsache erinnern, daß es nicht ganz sicher ist, ob wir die Armee, welche die Schlachten des vorigen Jahres geschlagen hat, in derselben Verfassung besessen hätten, welche sie zu dieser Zeit hat, wenn im Herbste des Jahres 1862 sich Niemand fand, der bereit war, die Regierung auf Befehl Seiner Majestät des Königs fortzuführen, ohne den Beschluß des Abgeordnetenhauses vom 23. September (die Streichung der Ausgaben für die Reorganisation des Heeres) auszuführen.“

Die Politik bis 1866.

Der polnische Aufstand. Man hat die polnische Angelegenheit von 1863 meistens nur in ihrer Bedeutung für die Reorganisation der Armee und vor Allem als erste Bewährung des neuen kühnen Geistes unserer auswärtigen Politik behandelt; und in der That war es eine neue und merkwürdige Erscheinung und erinnerte zum ersten Male wieder an die Zeiten Friedrich des Großen, daß die Regierung Preußens, noch dazu gelähmt durch lauten Widerspruch im Innern und durch die Stimmen aus dem übrigen Deutschland, seine eigene Politik im Gegensatze gegen England-Frankreich-Oesterreich, nur im Verein mit dem eben durch den Aufstand Polens tief erschütterten und geschwächten Rußland durchführte, eine Thatsache, welche wohl noch mehr Beachtung und Geltung erlangt hätte, wenn nicht damals grade die schleswig-holsteinsche Sache in den Vordergrund getreten wäre und das Interesse der Bevölkerung und der Mächte in Anspruch genommen hätte. Die Bedeutung der polnischen Frage für unsere auswärtige Politik ist aber unseres Erachtens sogar nicht tief genug ins Volksbewußtsein gedrungen, insofern namentlich, als die Zurückhaltung Rußlands schon in der schleswig-holsteinschen Angelegenheit, ferner im Jahre 1866 besonders den damaligen Annexionen gegenüber und vollends während des

französischen Krieges gar nicht zu verstehen ist, ohne jene Bismarck'sche Politik in der polnischen Sache.

Wir gehen hier auf den Verlauf des Aufstandes nicht näher ein, sondern erwähnen nur, daß, als längst die Aussichten schon geschwunden waren, die Insurgenten, gestützt auf den moralischen Beistand der Mächte, sich immer von Neuem trügerischen Hoffnungen auf die wirkliche Intervention hingaben, bis Rußland nach dreimaliger Ablehnung der gemeinsamen Rathschläge der drei Mächte die Verhandlungen für geschlossen erklärte. Pessimisten sagten damals voraus, der Zorn Europas werde sich nun umsomehr gegen Preußen wenden, die Regierung aber vertraute auch in dieser Beziehung ihrem guten Recht und ein englischer Minister erklärte nach Kurzem, Preußen habe in Nichts seine völkerrechtlichen Verpflichtungen verletzt.

Das Ministerium Bismarck aber durfte, abgesehen von seinem auswärtigen Erfolge, sich freuen, daß es seiner Umsicht und Energie gelungen war, das eigene Land vor den Greueln des Bürgerkriegs, vor nutzlosem Blutvergießen und vor all den Uebeln zu bewahren, unter welchen das benachbarte Polen so schwer zu leiden hatte.

In dieser Beziehung führen wir einige Worte an, mit welchen Herr von Bismarck im Herrenhause im November 1863 nicht blos das politische, sondern zugleich das soziale Interesse andeutete, daß jene Bewegung in Polen nicht zum Siege gelangt.

„Schon eine regelmäßige polnische Regierung mit dem Streben nach Erweiterung ihrer Herrschaft bis zu den Grenzen des früheren polnischen Landes, als Nachbarin Preußens, wäre an sich schon eine wesentliche Gefahr für die preußische Monarchie, aber eine Bewegung, deren Leiter die unerhörtesten Verbrechen als regelmäßige politische Mittel in ihren Kodex aufgenommen haben, welche der Sittlichkeit bis zur Apotheose des Meuchelmordes den Rücken gedreht hat, — eine solche Bewegung, eine solche Partei in keinem uns benachbarten Lande zur Herrschaft gelangen zu lassen, daran hat die preußische Regierung das lebhafteste Interesse.

Die Königliche Staatsregierung hält sich für berechtigt, jenen Dank, welchen das Herrenhaus beabsichtigt, ihr auszusprechen, nicht nur im Namen der 700 000 deutschen Bewohner des Großherzogthums Posen entgegenzunehmen, sondern auch im Namen der zahlreichen, polnisch redenden

Preußen, welche als treue Unterthanen ihrem Könige anhängen, welche tüchtige Soldaten seinem Heere stellen, welche die Segnungen der Ordnung, die die preußische Verwaltung über das Land gebracht hat, wohl zu schätzen wissen und welche, in den höheren Ständen vielleicht in der Minderheit, namentlich aber im ansässigen Bauernstande, die große Mehrheit der Bevölkerung bilden — gegenüber einer verwirrten und durch gemißbrauchte Einflüsse der Gutsbesitzer aufgeregten Minorität. Auch den Dank dieser polnisch redenden Preußen glaubt die Staatsregierung durch den Schutz, den sie gegen den Einbruch der Unordnung gewährt hat, erworben zu haben."

Die deutsche Sache im Jahre 1863. Das Verhalten des Ministeriums Bismarck zum deutschen Fürstenkongreß enthält das erste unumwundene Bekenntniß zu denselben nationalen Grundsätzen, auf welchen nachher das Deutsche Reich auferbaut worden ist. Die Entwickelung und Geltendmachung der damals verkündeten Grundsätze konnte zunächst unter den Konfliktsstimmungen jener Zeit nicht durchdringen, — sie wurde ferner unterbrochen durch das thatsächliche Zusammengehen Preußens und Oesterreichs in der schleswig-holsteinschen Frage. Jetzt aber dürfte in jeder Beziehung auf eine unbefangenere Beurtheilung der damaligen Aeußerungen zu rechnen sein.

Das Promemoria, welches unser Staatsministerium auf Anlaß des von Oesterreich berufenen Frankfurter Fürstentags, an welchem Theil zu nehmen, der König von Preußen wiederholt abgelehnt hatte, unter dem 15. September 1863 erließ, sprach den Standpunkt der preußischen Regierung in folgenden Worten aus:

„Die unvollkommene und den wirklichen Verhältnissen nicht entsprechende Bildung der an Stelle einer Nationalvertretung vorgeschlagenen „Versammlung von Bundesabgeordneten", welche durch ihren Ursprung auf die Vertretung von Partikularinteressen, nicht von deutschen Interessen hingewiesen ist, und die auf einen kleinen Kreis verhältnißmäßig untergeordneter Gegenstände beschränkte und dennoch vage und unbestimmte Befugniß auch dieser Versammlung — lassen jede Bürgschaft dafür vermissen, daß in der beabsichtigten neuen Organisation des Bundes die wahren Bedürfnisse und Interessen der deutschen Nation und nicht partikularistische Bestrebungen zur Geltung kommen werden.

Diese Bürgschaft kann Eurer Majestät Staatsministerium nur in einer wahren, aus direkter Betheiligung der ganzen Nation hervorgehenden Nationalversammlung finden. Nur eine solche Vertretung wird für Preußen die Sicherheit gewähren, daß es nichts zu opfern hat, was nicht dem ganzen Deutschland zu Gute kommt. — — — Die Interessen und Bedürfnisse des preußischen Volkes sind wesentlich und unzertrennlich identisch mit denen des deutschen Volkes; wo dies Element zu seiner wahren Bedeutung und Geltung kommt, wird Preußen niemals befürchten dürfen, in eine seinen eigenen Interessen widerstrebende Politik hineingezogen zu werden; eine Befürchtung, die doppelt gerechtfertigt ist, wenn neben einem Organismus, in welchem der Schwerpunkt außerhalb Preußens fällt, die widerstrebenden partikularistischen Elemente prinzipiell in die Bildung der Volksvertretung hineingebracht werden."

Der König hoffte damals, daß grade die deutsche Frage und die offenkundige Stellung der Regierung zu derselben eine glückliche Wendung auch im Innern herbeiführen würden. In dem Immediatberichte wegen Auflösung des Abgeordnetenhauses war gesagt:

„Auf dem Gebiete der deutschen Bundesverfassung sind Bestrebungen zu Tage getreten, deren unverkennbare Absicht es ist, dem preußischen Staate diejenige Machtstellung in Deutschland und in Europa zu verkümmern, welche das wohlerworbene Erbtheil der ruhmvollen Geschichte unserer Väter bildet und welche das preußische Volk sich nicht streitig machen zu lassen jederzeit entschlossen gewesen ist.

Unter diesen Umständen wird es für Ew. Majestät Unterthanen zugleich ein Bedürfniß sein, bei den bevorstehenden Neuwahlen der Thatsache Ausdruck zu geben, daß keine politische Meinungsverschiedenheit in unserem Lande tief genug greift, um gegenüber einem Versuche zur Beeinträchtigung der Unabhängigkeit und der Würde Preußens, die Einigkeit des Volkes in sich und die unverbrüchliche Treue zu gefährden, mit welcher dasselbe seinem angestammten Herrscherhause anhängt."

Bei Eröffnung des Landtags aber hieß es in der Thronrede:

„Gemeinsam haben wir für die Ehre und das Wohl des Vaterlandes zu wirken. Dieser Aufgabe sind Meine Bestrebungen unwandelbar und ausschließlich gewidmet, und in unerschüttertem Vertrauen auf die Treue Meines Volkes hoffe Ich dieselbe so zu lösen, wie Ich es vor Gott verantworten kann."

Die Hoffnung des Königs sollte noch nicht ihre Erfüllung finden, vielmehr standen die heftigsten, erbittertsten Kämpfe noch

bevor, obwohl damals die schleswig-holsteinsche Sache in den Vordergrund trat, in welcher sich bald auch thatsächlich bewähren sollte, daß die Reorganisation in Wahrheit der Ehre und Macht des Vaterlandes diente.

Das aber geht aus dem Vorstehenden klar hervor, daß schon im Sommer 1863, im ersten Jahre des Ministeriums Bismarck, kein Zweifel mehr an den nationalen Zielen seiner Politik und an der vollen Uebereinstimmung des Königs mit denselben möglich war. Fürst Bismarck hat einmal „in übelbelohnter Großmuth" von der Opposition der Konfliktsjahre entschuldigend gesagt: sie habe (in der auswärtigen Politik) nicht wissen können, wohinaus er wolle. Wenn man es damals auch in der äußeren Politik noch nicht wissen konnte, so war es in Bezug auf die deutsche Sache doch zu jener Zeit schon so völlig klar, wie man in Politik nur überhaupt seine Ziele bezeichnen kann.

Es bleibt daher eines der Räthsel jener „traurigen" Zeit und eines der Anzeichen tiefgehender Verirrung, daß man fortfuhr, Herrn von Bismarck die schlimmsten Auffassungen und Absichten auch in Bezug auf die deutschen Dinge zuzuschreiben.

Schleswig-Holstein. Daß die Erwerbung Schleswig-Holsteins für Deutschland eine Wohlthat für das deutsche Volk gewesen, bedarf heute keiner näheren Begründung: von keiner politischen Richtung, von keinem politischen Standpunkt wird es mehr bestritten. Indem es daher nicht die Absicht sein kann, auf jene Frage selbst hier wieder einzugehen, verzichten wir zugleich auf den so naheliegenden und allerdings recht dankbaren Hinweis auf alle die Blößen, welche sich die politischen Gegner Bismarcks grade in dieser Angelegenheit auf so eklatante Weise gegeben haben, und beschränken uns auf die Hervorhebung einiger der Hauptgesichtspunkte, von welchen die Bedeutung der schleswig-holsteinschen Phase unserer neuesten Geschichte vorzugsweise einleuchtet.

Der damalige Krieg war zunächst die erste umfassendere

Probe unserer Reorganisation. Schon die Präzision, womit die Mobilmachung und alle Vorbereitungen zum Kriege vor sich gingen, war ein Gegenstand der allgemeinsten Genugthuung: wer die Zeit um Neujahr 1864 überhaupt ins Gedächtniß zurückruft, wird sich auch des erhebenden Eindrucks jener Tage und besonders auch der Thatsache erinnern, daß es im Unterschiede von früheren Mobilmachungen nicht nöthig war, alsbald die älteren Jahrgänge der Landwehr in Anspruch zu nehmen. Bald aber freute man sich nicht blos der Leichtigkeit der Mobilmachung, sondern der Leistungen und des Geistes unserer Truppen an ernsteren, schwereren Tagen, ihrer Hingebung, Ausdauer und Findigkeit beim Sturm auf Düppel, beim Uebergang nach Alsen, man merkte mit Genugthuung, daß trotz der langen Friedensjahre schneidige, tüchtige Führer da waren; alle die Kriegsschilderungen und Anekdoten ließen den Soldat im Preußen wiedererwachen. Die Widersacher der Regierung wiesen zwar auf das „kleine" Dänemark hin, mit dem wir es zu thun hatten, da sei es kein Wunder, daß wir (noch dazu mit Oesterreich zusammen) siegten; doch das Volk sagte mit Graf zu Eulenburg (I.): wir hätten auch ohne Reorganisation, aber nicht so elegant gesiegt, nicht mit solcher Präzision in allen Unternehmungen.

In dem Armeebefehl nach dem Friedensschluß konnte der König darauf hinweisen, daß, nachdem Preußens Waffen seit fast einem halben Jahrhundert geruht hatten, der preußische Waffenruhm durch die Sieger von Düppel und Alsen glanzvoll erneuert worden sei. Aber in seinen Dank nahm er zugleich die anderen Theile des Heeres auf, besonders die Streitkräfte, welche in schwerem Dienst die östliche Grenze gegen den andringenden Aufruhr schützten. Die neue Organisation, die der König der Armee gegeben, hatte sich glänzend bewährt und mit Stolz und Freude konnte er selbst und mit ihm das Volk auf das Heer blicken.

Bekanntlich hat man der Politik Bismarcks in der schleswig-holsteinschen Sache den Vorwurf gemacht, er habe von vornherein gar kein bestimmtes Programm gehabt und habe sich von den Ereignissen treiben lassen. Einem bekannten Abgeordneten,

der ihm dies mit den Worten vorwarf: „wie der Wind verschieden blies, ging das Schiff nach verschiedener Richtung“, hat er selbst mit folgenden Worten erwidert:

„Ich bin der Anerkennung in sehr geringem Maße bedürftig und gegen Kritik ziemlich unempfindlich. Nehmen Sie immerhin an, daß Alles, was geschehen ist, rein zufällig geschah, daß die preußische Regierung daran vollständig unschuldig ist, daß wir der Spielball fremder Intriguen und äußerer Einflüsse gewesen sind, den Wellenschlag uns zu unserer eigenen Ueberraschung an der Küste von Kiel ans Land geworfen hat. Nehmen Sie das immerhin an, mir genügt es, daß wir da sind, und ob Sie uns dabei ein Verdienst zuschreiben oder nicht, das ist mir vollständig gleichgültig.

Die Kritik des Herrn Vorredners über den Wechsel unseres Verfahrens kritisire ich lediglich mit einer einzigen Phrase, die er selbst gebraucht hat. Er hat uns vorgeworfen, wir hätten, je nachdem der Wind gewechselt hätte, auch das Steuerruder gedreht. Nun frage ich, was soll man denn, wenn man zu Schiffe fährt, Anderes thun, als das Ruder nach dem Winde drehen, wenn man nicht etwa selbst Wind machen will. Das überlassen wir Anderen.“

Das steht jedoch fest, daß das Ministerium Bismarck von vornherein entschlossen war, „das Höchste“, was überhaupt für die Herzogthümer und für Deutschland zu erreichen möglich war, wirklich zu erringen. Als unsere Truppen noch als bloße Bundesexekutionstruppen die Elbe überschritten, cirkulirte in vertrauten Kreisen das angeblich in einem hohen Kollegium gefallene Wort: „wenn die Preußen erst darin sind, gehen sie nicht wieder heraus; dafür werden schon die Dänen sorgen“, — ein Wort, welches sich in merkwürdiger Weise bewahrheitet hat.

Je höher aber Herr von Bismarck seine Ziele gesteckt hatte, desto mehr mußte ihm daran liegen, zumal die ersten Schritte in der Sache in Gemeinschaft mit Oesterreich zu thun. Der Ausgangspunkt mußte für jede Regierung, die nicht von vornherein die Reprobation von ganz Europa auf sich ziehen wollte, das Londoner Protokoll sein, welches dem König von Dänemark die Erbfolge auch in Schleswig-Holstein sicherte, zugleich aber ihn zur Achtung der Selbstständigkeit der Herzogthümer verpflichtete. Nur auf den letzteren Punkt und seine Nichterfüllung Seitens Dänemarks konnte man einsetzen, um schließlich die Giltigkeit des ganzen Londoner Protokolls in Frage

zu stellen; und daß es so kam, dafür haben in der That die Dänen gesorgt. Herr von Bismarck erklärte damals:

„Unsere Stellung zu der dänischen Frage ist durch eine Vergangenheit bedingt, von der wir uns nicht willkürlich lösen können, und welche uns Pflichten gegen die Herzogthümer, gegen Deutschland und gegen die europäischen Mächte auferlegt. Die Aufgabe unserer Politik wird es sein, diesen Verbindlichkeiten so zu entsprechen, wie es unsere oberste politische Pflicht, die Sorge für die Ehre und die Sicherheit unseres eigenen Vaterlandes gebietet. Die Entscheidung über die Frage, ob und wann wir durch Nichterfüllung der dänischen Verpflichtungen in den Fall gesetzt sind, uns von dem Londoner Vertrag loszusagen, muß die Regierung sich vorbehalten; sie kann dieselbe weder dem deutschen Bunde überlassen, noch sie hier zum Gegenstande von Erklärungeu machen".

Um nun aber mit irgend einer Zuversicht des Gelingens und mit voller Energie vorgehen zu können, war es für Preußen vom größten Werth, in Uebereinstimmung mit der anderen deutschen Großmacht zu handeln. Das Ausland würde sonst unfehlbar sich sofort in die dänische Angelegenheit gemischt, und nicht blos die Befriedigung der deutschen Bestrebungen für Schleswig-Holstein vereitelt, sondern auch die Zerwürfnisse in Deutschland zu nähren gesucht haben, deshalb mußte die preußische Regierung vom ersten Augenblicke alle ihre Bemühungen daran setzen, sich der Mitwirkung Oesterreichs für die deutsche Sache in Schleswig-Holstein zu versichern. Es war gewiß für beide Theile schwer, sich so kurze Zeit nach den tiefen Zerwürfnissen, welche der Fürstenkongreß in Frankfurt herbeigeführt hatte, zu gemeinsamer That zu vereinigen, es bedurfte, zumal auf Seiten Oesterreichs einer, großen Selbstverleugnung, um dem preußischen Impulse zu folgen, und wenn es, wie gesagt worden, der nationale Gesichtspunkt war, welcher Oesterreich mit fortriß, und dessen Befriedigung es nicht eventuell Preußen allein überlassen wollte, so muß Herr von Bismarck denselben jedenfalls in sehr geschickter Weise geltend gemacht haben, um Oesterreich, zumal bei der Stellung Englands, Frankreichs und Rußlands in dieser Frage, zu so fester Bundesgenossenschaft zu vermögen. Wenn aber, wie die Zukunft zu beweisen scheint, jedenfalls sehr verschiedene Konjekturen und

Berechnungen über den letzten Ausgang auf beiden Seiten gemacht wurden, so hat Herr von Bismarck jedenfalls richtiger gerechnet, d. h. die in Betracht kommenden Faktoren richtiger beurtheilt, als die Staatsmänner Oesterreichs. Ein bekanntes, drastisches Bild aus einer Konversation Bismarcks mit einem österreichischen Staatsmann dient zur Illustration jenes Verhältnisses.

Wir kommen hier nicht auf die einzelnen so glänzenden militärischen und politischen Phasen des interessanten Krieges zurück: wir haben oben die unmittelbaren Folgen desselben für die Würdigung unserer militärischen Einrichtungen im preußischen Volke (leider noch nicht im Abgeordnetenhause) erwähnt. Aber so groß in dieser Beziehung der Umschlag war, so fiel doch noch ein Anderes und Größeres ins Gewicht: nicht blos an dem Instrument des Ruhmes durfte sich das Volk freuen, sondern an dem Wiederaufleben dieses Ruhmes sekbst. Zum ersten Male war es Deutschland wieder vergönnt, in einer wichtigen und seit langer Zeit schwebenden, noch dazu dem öffentlichen Bewußtsein sympathischen Sache selbstständig eine Politik durchzuführen, ohne fremden Einflüssen folgen zu müssen, vielmehr den mächtigsten fremden Einflüssen zum Trotz und als Sieger über dieselben. „Preußen“, sagte eine bedeutsame Stimme in Frankreich, „hat jetzt den Ruhm erlangt, nach dem seine alte Politik stets trachtete? Wie war Preußens Rolle seit 1815 geschwächt? Niemals seit jener Zeit hatte es einen ernstlichen Einfluß auf die europäischen Verhältnisse ausgeübt. Man hatte sich deshalb gewöhnt, Preußen nur als einen bescheidenen Anhang Rußlands zu betrachten; in den Streitigkeiten mit Oesterreich hatte man es schließlich immer nachgeben gesehen. „Preußen“, so sagten die Wichtigthuer in Wien, die Vorwitzigen in Paris und die Uebermüthigen in London, „Preußen ist gar nicht die fünfte Großmacht, sondern nur der erste unter den Staaten zweiten Ranges.“ „Welche Antwort aber giebt jetzt die Politik des Herrn von Bismarck allen diesen Spöttern! Wie wird die Olmützer Konvention durch die Londoner Konferenz wett gemacht! Herr von Bis-

marck reißt Oesterreich mit sich fort, er hört nicht auf die Beschwerden Rußlands und macht sich lustig über die Drohungen Englands."

Eine damals vielgenannte Schrift sagte von der beginnenden Umwälzung in der öffentlichen Meinung: „Preußen beginnt sich wiederzufinden." Dieselbe hob als die drei hochwichtigen Anzeichen dieser Wendung die Darlegung einer unerschütterten Regierungsgewalt, die Bewährung der Armee und die Thatkraft der preußischen Politik nach außen hervor. An das Gefühl der bewiesenen Thatkraft, an die Ueberzeugung von der eigenen Macht knüpfe sich in allen Schichten des Staates das erwachende Bewußtsein, daß nur durch die wirkliche Kräftigung des eigenen Staates zur Verfolgung derjenigen Ziele geschritten werden dürfe, mit denen unter dem dunklen Namen „Deutschnationale Aufgaben" so viel Mißbrauch getrieben werde. Die Erinnerung werde im preußischen Volke wieder lebendig, daß schon sein großer Friedrich an die Stelle des deutschen Reichs-Sammelsuriums diesen preußischen Staat deutscher Nation zu setzen begonnen habe. Dieses wieder lebendiger werdende preußische Bewußtsein bezeichne einen entscheidenden Wendepunkt für Preußens und für Deutschlands Zukunft. Statt einer Mondscheinpolitik, welche auf die Erwerbung bloßer „Sympathien" ein großes Deutschland zu gründen vermeinte, in Wahrheit aber nur ein verwesendes Preußen schaffen könnte, sei das wirkliche Machtgewicht Preußens geltend zu machen und die deutschen Staaten darauf hinzuweisen, daß sie unsere Sympathien zu erwerben haben.

Noch Eines ist hier zu erwähnen, was nicht blos in dem dänischen Kriege; sondern auch später in der Bismarckschen Politik eine Rolle spielte. Von Anfang an verlangte man von ihm ein Programm.

Es giebt allerdings Politiker, die immer und für Alles schöne Programme fertig haben, aber vor lauter Programm nicht zum Handeln kommen. Auf Programme hat sich nun Fürst Bismarck nie viel eingelassen und vielleicht hat er eben deshalb viel vor sich gebracht. Jedenfalls ist es ein großes Verdienst

um das deutsche Volk, daß er dasselbe gelehrt hat, auf wirkliche Errungenschaften mehr zu geben, als auf die schönsten Programme.

Herr von Bismarck hatte seinerseits schon bei der Anleihedebatte im Abgeordnetenhause gesagt:

„Sie widersprechen den ruhmvollen Traditionen unserer Vergangenheit, indem Sie die Stellung, die Großmachtstellung Preußens, welche durch schwere Opfer an Gut und Blut des Volkes erkämpft wurde, desavouiren und damit der glorreichen Vergangenheit des Landes, indem Sie in einer Machtfrage zwischen der Demokratie und den kleinen Staaten auf der einen und dem preußischen Thron auf der anderen Seite, für die erstgenannte Seite Partei nehmen. Sie setzen den Parteistandpunkt über die Interessen des Landes; Sie sagen: „Preußen mag bestehen, wie wir es wollen, oder wenn nicht, so mag es zu Grunde gehen.“ Sie fühlen und denken nicht, wie das preußische Volk.

Fühlte das preußische Volk, wie Sie, so müßte man einfach sagen, der preußische Staat habe sich überlebt und die Zeit sei gekommen, wo er anderen historischen Gebilden Platz zu machen habe.“

Der deutsche Krieg. 1866.

„Sie könnten uns mit der Großmacht zu Hause bleiben. Wenn Preußen einmal gegen eine Großmacht gezeigt haben wird, daß es eine Großmacht ist, dann sprechen Sie wieder davon.“

So wurde nach dem Kriege mit Dänemark von einem demokratischen Abgeordneten ausgerufen, und so lautete fortan die demokratische Parole auf kurze Zeit, nämlich bis Preußen auch gegen eine Großmacht Krieg geführt und auch diesen Kampf glorreich bestanden hatte. Wenn es sich trotzdem der Anerkennung der Demokratie nicht zu erfreuen hatte, so hat das preußische Volk dagegen die Reorganisation des Heeres damals in vollem Maße anerkannt und all denen tiefsten Dank gewidmet, welche dieselbe durchführen geholfen.

Es war gewiß ein schweres Verhängniß, daß Preußen die entscheidende Probe seiner Kriegstüchtigkeit grade an der anderen

deutschen Großmacht, an Oesterreich, seinem Bundesgenossen vom schleswig-holsteinischen Kriege machen sollte; eine gewisse Versöhnung dafür liegt zunächst darin, daß Preußen jene Auseinandersetzung von vornherein vor Allem in Erfüllung seines deutschen Berufs und nach den Erfordernissen dieser seiner Mission auffaßte, sodann aber in der wichtigen historischen Thatsache, daß grade Fürst Bismarck es war, der, nachdem er für Preußen die gebührende Stellung in Deutschland errungen, es sich dringend angelegen sein ließ, Oesterreich im engsten Verein mit Deutschland in seiner Weltstellung zu fördern.

Schon in der Depesche vom 24. März 1866 an die deutschen Bundesregierungen sagte Graf Bismarck:

„Wenn wir Deutschlands nicht sicher sind, ist unsere Stellung gerade wegen unserer geographischen Lage gefährdeter, als die der meisten anderen europäischen Staaten, das Schicksal Preußens aber wird das Schicksal Deutschlands nach sich ziehen, und wir zweifeln nicht, daß, wenn Preußens Kraft einmal gebrochen wäre, Deutschland an der Politik der europäischen Nationen nur noch passiv betheiligt bleiben würde. Dies zu verhüten, sollten alle deutschen Regierungen als eine heilige Pflicht ansehen, und dazu mit Preußen zusammenwirken. Wenn der deutsche Bund in seiner jetzigen Gestalt und mit seinen jetzigen politischen und militärischen Einrichtungen den großen europäischen Krisen, die aus mehr als einer Ursache jeden Augenblick auftauchen können, entgegengehen soll, so ist nur zu sehr zu befürchten, daß er seiner Aufgabe erliegen und Deutschland vor dem Schicksale Polens nicht schützen werde.“

In der Erklärung des preußischen Gesandten am Bunde vom 9. April bei Beantragung der Bundesreform heißt es:

„Der dänische Krieg hat gezeigt, daß der Bund in seiner gegenwärtigen Gestalt für die Sicherheit der nationalen Unabhängigkeit und für die Erfordernisse einer aktiven Politik, wie solche in großen politischen Krisen jeden Augenblick hervortreten können, auch unter den günstigsten Verhältnissen nicht ausreichend ist. Denn selbst hier, wo die beiden deutschen Großmächte in voller Einigkeit der Nation vorangingen, hat es auf Grund der Bundesinstitutionen nicht gelingen wollen, Deutschland an einer aktiven, nationalen und erfolgreichen Politik theilnehmen zu lassen.“

Die damalige Kriegsgefahr zwischen Preußen und Oesterreich wird als Ausdruck des Mißbehagens über die mangelhafte Gestaltung der Bundesverhältnisse bezeichnet; wenn Deutschland in

derjenigen Verfassung, in welcher es sich befinde, großen europäischen Krisen entgegengehen sollte, so würde es entweder der Revolution oder der Fremdherrschaft verfallen! Deshalb stellte Preußen den Antrag auf Bundesreform, der nicht blos in der Entwickelung der damaligen Krisis, sondern nachher bei der Grundlegung des neuen Bundes von großer Bedeutung war.

Als aber Oesterreich am 11. Juni den bundeswidrigen Antrag auf Mobilmachung des außerpreußischen Kontingents stellte und am 14. Juni die Mehrheit des Bundes diesen Antrag annahm, Preußen aber hiernach den Bund für gebrochen erklärte, verkündete der Vertreter Preußens zugleich:

„Indeß will Se. Majestät der König mit dem Erlöschen des bisherigen Bundes nicht zugleich die nationalen Grundlagen, auf denen der Bund auferbaut gewesen, als zerstört betrachten.

Preußen hält vielmehr an diesen Grundlagen und an der über die vorübergehenden Formen erhabenen Einheit der deutschen Nation fest und sieht es als eine unabweisliche Pflicht der deutschen Staaten an, für die letzteren den angemessenen Ausdruck zu finden.

Die Königliche Regierung legt ihrerseits die Grundzüge einer neuen, den Zeitverhältnissen entsprechenden Einigung hiermit noch vor und erklärt sich bereit, auf den alten, durch eine solche Reform modifizirten Grundlagen einen neuen Bund mit denjenigen deutschen Regierungen zu schließen, welche ihr dazu die Hand reichen wollen.“

Wir werden sehen, wie dieser Verkündigung demnächst durch die Gründung des Norddeutschen Bundes Folge gegeben worden ist.

Man kennt den großartigen Verlauf des Krieges von 1866, und es ist hier nicht der Ort, die Erinnerungen desselben aufzufrischen, wir wissen wohl, daß er zunächst nicht das Verdienst eines Staatsmannes, sondern der Feldherren und des Heeres ist, deshalb erbat auch die Regierung ihrerseits nur für die Heerführer Nationalbelohnungen: aber seinen Antheil auch an diesem Verdienst hatte gewiß der Staatsmann, welcher durch seine kräftige innere, wie durch eine erfolgreiche auswärtige Politik so wesentlich dazu beigetragen hatte, das Heer in dieser Gestalt zu erhalten. Deshalb fügte der Landtag mit gutem Grund und Recht den zu Dotirenden in erster Linie den Namen des Grafen von Bismarck zu: man wollte jedoch den Streit über die innere

Politik grade bei dieser Gelegenheit nicht erneuern, die frischen Wunden von dem Militärkonflikt grade damals nicht wieder aufreißen, deshalb wurde als Grund der Dotation für Graf Bismarck nur „die Anerkennung der trefflichen Leitung der äußeren Politik“ ausdrücklich in dem Gesetze erwähnt, die Geschichte aber darf neben dieser Anerkennung dem großen Staatsmann auch den Dank für den heldenmüthigen Kampf und das unermüdliche Ringen für die reorganisirte Armee nicht vorenthalten.

Die äußere Politik wurde demselben übrigens grade nach dem deutschen Kriege und zwar auch von seinen Freunden recht schwer gemacht: man faßte nur die Größe unserer militärischen Erfolge besonders in Böhmen ins Auge und meinte, daß dieser entsprechend auch Oesterreich vorzugsweise die Zeche bezahlen müsse. Der Chauvinismus, sonst grade keine deutsche Krankheit, war plötzlich bei uns erwacht, und theilweise waren diejenigen, welche vorher am kleinmüthigsten vor dem Kriege gewarnt hatten, jetzt am schwersten zu befriedigen: je mehr sie vorher jeden Erfolg für unmöglich erklärt hatten, desto schwerer war jetzt ihr Appetit zu befriedigen und die bekannte Reminiscenz, daß, was das Schwert gut gemacht, die Feder verdorben habe, wurde wieder hervorgeholt. Zum Theil waren es wie gesagt grade die Freunde der Bismarckschen Politik, welche jetzt durch ungemessene Erwartungen, namentlich durch Hoffnungen in falscher Richtung, die öffentliche Meinung irreführten. Besonders steigerten gewisse Berliner patriotische Blätter ihre Forderungen immer mehr und in der nächsten Umgebung Bismarcks im Felde scheint es ebenso gegangen zu sein; er schrieb schon am 9. Juli:

„Uns geht es gut; wenn wir nicht übertrieben in unseren Ansprüchen sind und nicht glauben, die Welt erobert zu haben, so werden wir auch einen Frieden erlangen, der der Mühe werth ist. Aber wir sind ebenso schnell berauscht wie verzagt, und ich habe die undankbare Aufgabe, Wasser in den brausenden Wein zu gießen und geltend zu machen, daß wir nicht allein in Europa leben, sondern mit noch drei Nachbarn.“

Der Staatsanzeiger aber brachte zur Beruhigung der Gemüther u. A. folgende Worte:

„Europa weiß, daß nicht niedrige Eroberungssucht die Triebfeder

Preußens in dem großen Kampfe ist, zu welchem es durch Oesterreich und seine Bundesgenossen gezwungen worden. Was Preußen erobern will, dient den höchsten nationalen Zielen, betrifft die edelsten nationalen Güter. Wir verlangen für uns nur Garantien für die territoriale Sicherheit unserer Zukunft. Für Deutschland aber die Herstellung einer staatlichen Einheit, wenigstens unter der Mehrzahl deutscher Stämme und Staaten, um den unwürdigen Zuständen innerhalb seiner Grenzen ein Ende zu machen, welche das Ansehen und die Machtstellung der Nation so lange herabgedrückt und erniedrigt haben."

Es ist ein eminentes Verdienst des Grafen Bismarck um die deutsche Nation, daß er damals die Gesichtspunkte der Mäßigung und Selbstbeherrschung zur Geltung zu bringen wußte und einen Frieden abschloß, „durch welchen weder der Ehre noch der Macht Oesterreichs eine Wunde geschlagen wurde, welche eine unheilbare Feindschaft zwischen beiden Staaten zur Folge haben mußte. — Den Bruch zwischen Preußen und Oesterreich zu verewigen, konnte nicht im Interesse Deutschlands und Preußens liegen."

Auf eine Aeußerung der Unzufriedenheit mit dem Erreichten erwiderte Graf Bismarck bald darauf:

„Der Herr Vorredner hat gesagt, daß der Sieg auf dem politischen Gebiete nicht genug ausgebeutet sei. Ja, meine Herren, über die Tragweite eines Sieges kann man sich leicht irren; ob wir uns geirrt haben, wird erst die Zukunft zeigen. Es muß der späteren Geschichte vorbehalten bleiben, alle die Momente aufzuklären, die dabei mitgewirkt haben, und wenn Sie die alle kennen, glaube ich, wird man uns zugestehen, daß wir eine ziemlich kühne Politik gemacht haben. Man kann da sehr leicht die Linie überschreiten, wo die weitere Ausbeutung des Sieges in eine blinde Zuversicht ausartet, die Alles aufs Spiel setzt, und die dann kaum mehr Muth, sondern Waghalsigkeit genannt werden dürfte. Ich habe schon angedeutet, wir glauben in den Ergebnissen des Krieges die Grundlagen dessen zu besitzen, was wir brauchen, um feste, dem nationalen Gefühle entsprechende Anordnungen zu treffen."

Und in Wahrheit — welche großen Erfolge wurden schon jetzt für Preußen und Deutschland gewonnen!

Dreierlei große und wichtige Erfolge hatte Preußen davongetragen:

Preußen für sich allein hatte eine Ausdehnung und Ab-

rundung erhalten, die es ihm gestattete, seine Stellung als Großmacht in jeder Beziehung leichter und nachdrucksvoller als bisher geltend zu machen;

Preußen vereinigte ganz Norddeutschland bis an den Main durch einen engen militärischen und politischen Bund zu einer thatkräftigen deutschen Macht;

Preußen war die alleinige leitende Großmacht in Deutschland geworden; ganz Deutschland, insoweit es an der nationalen Macht und Entwickelung theilnehmen will, ist auf die Verbindung mit Preußen und mit dem Norddeutschen Bunde hingewiesen.

Wenn schon die Abrundung und Kräftigung des preußischen Staates an und für sich von größter Wichtigkeit für die Machtstellung Gesammtdeutschlands war, so hatte überdies das siegreiche Schwert Preußens unmittelbar für die nationale Entwickelung des gemeinsamen deutschen Vaterlandes freie Bahn gemacht. Während eine wahrhaft einheitliche Verbindung schon jetzt für Norddeutschland begründet wurde, war auch ein nationales Band für ganz Deutschland in Aussicht genommen, welches fester und fruchtbringender sein sollte, als die bisherige lose Bundesgemeinschaft.

Niemand ahnte damals, daß für dieses nationale Band in den Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten bereits ein festerer Grund durch die Schutz- und Trutzbündnisse gelegt war, welche erst zur Zeit der luxemburgischen Affaire veröffentlicht wurden.

Die Indemnität vom auswärtigen Standpunkt. Gleich nach den denkwürdigen Tagen von Nikolsburg, unmittelbar nach dem Abschluß des glänzenden Präliminarfriedens, den Graf Bismarck von da mitbrachte, war sein sehnlicher Wunsch auf schleunige Wiederherstellung des inneren Friedens gerichtet. Der Moment, den die Regierung von jeher dafür bezeichnet und vorausgesehen hatte, war herbeigekommen: die glorreichen

Thaten und Erfolge der Armee hatten die Militärfrage dem Bereiche des Zweifels und Streites vollends entrückt und alle Herzen in Preußen waren sichtlich in der Anerkennung unserer vortrefflichen Heereseinrichtungen vereint, der Streit über Budget und Verfassung hatte daher keinen Grund und Anlaß mehr und der Friede im Lande konnte neu und dauernd erblühen.

Der König wollte selbst vom Felde zurückkehren, um die Vertreter des Landes zu begrüßen. Aber bis in die höchsten Kreise der Regierung war man getheilter Ansicht, ob man nach dem herrlichen Ausgang des Krieges die Ausgleichung der früheren Gegensätze als selbstverständlich annehmen oder ausdrücklich Indemnität, d. h. die nachträgliche formelle Genehmigung der ohne ordnungsmäßigen Staatshaushalt geleisteten Zahlungen erbitten sollte.

Da drang Graf Bismarck schon bei den ersten Berathungen mit dem König und mit dem Kronprinzen (wenn wir nicht irren) in Prag darauf, daß schon in der Thronrede der ausdrückliche Friedensschluß mit dem Lande angekündigt werde. Es lag ihm daran, daß keinen Augenblick der Zweifel aufkommen könne, als ob der alte Zwiespalt in der Landesvertretung noch bestehe; er wünschte vielmehr, daß das preußische Volk, wie es innerlich einig war in begeisterter Freude an dem Errungenen, so auch nach Außen in voller Einigkeit mit seiner Regierung dastehe.

Er wußte den Frieden im Innern an und für sich und im Hinblick auf die gemeinsamen inneren Aufgaben vollauf zu schätzen, in jenem Augenblicke aber stand in seinem Geist zugleich die Rücksicht auf Deutschland, sowie auf das Ausland mit größtem Gewicht den inneren Friedenswünschen zur Seite. Er hatte es schon peinlich empfunden, daß Frankreich einen Einfluß auf die Friedensverhandlungen geübt und sich als vermittelnde Macht gerirt hatte: Napoleon aber schickte sich so eben an, den Lohn für diese Vermittlerdienste auch von uns durch die sogenannten Kompensationen einzufordern. Indem Graf Bismarck entschlossen war, ihm jede Abtretung zu versagen, mußte er dringend

wünschen, daß der Kaiser nicht etwa an ein innerlich durch Zwiespalt geschwächtes Preußen glauben könnte, daß vielmehr eine ausdrücklich vollzogene Versöhnung mit dem Abgeordnetenhause die Gewißheit von Preußens Macht erhöhte.

Graf Bismarck verhandelte überdies mit den Staaten nördlich des Mains wegen des abzuschließenden engeren Bundes, mit den süddeutschen Staaten über ihr künftiges Verhältniß zu Norddeutschland. Auch deshalb mußte ihm daran liegen, allen Zwiespalt im Innern, soviel an ihm lag, schwinden zu lassen.

Aus inneren (Verfassungs-) Gründen hatte die Regierung immerdar die Indemnität als nöthig anerkannt, nicht im Sinne der Verzeihung für begangenes Unrecht, sondern eben als nachträgliche Genehmigung der nicht verfassungsmäßig zu Stande gekommenen Ausgaben: eines Unrechts war sich die Regierung nicht bewußt, vielmehr war sie noch jetzt überzeugt, daß sie nach Pflicht und Gewissen gegen den Staat nicht anders hatte handeln können; aber im heißesten Kampfe selbst hatte sie durch den Mund des Finanzministers (von Bodelschwingh) anerkannt, daß sie der nachträglichen Genehmigung der Ausgaben bedürfe und dieselbe seiner Zeit nachsuchen werde. „Wenn ein Budgetgesetz", sagte er, „nicht zu Stande gekommen ist, so fragt es sich, was geschehen soll. Daß die Staatsmaschine deshalb nicht stillstehen soll, das liegt außer allem Zweifel." — — Er wisse kein anderes Mittel, die ungelöst gebliebene Differenz auszugleichen, als durch die nachträgliche Genehmigung des Landtages und die Regierung sei ernsten Willens, dieselbe herbeizuführen.

Herr von Bismarck sagte seinerseits schon gleich nach dem Eintritt ins Ministerium am 13. Oktober 1862:

„Die Regierung ist sich der Verantwortlichkeit in vollem Maße bewußt, die für sie aus diesem beklagenswerthen Zustande erwächst; sie ist aber ebenso der Pflichten eingedenk, welche ihr gegen das Land obliegen, und findet darin die Ermächtigung, bis zur gesetzlichen Feststellung des Etats die Ausgaben zu bestreiten, welche zur Erhaltung der bestehenden Staatseinrichtungen und zur Förderung der Landeswohlfahrt nothwendig sind, indem sie die Zuversicht hegt, daß dieselben seiner Zeit die nachträgliche Genehmigung des Landtages erhalten werden."

Graf Bismarck konnte daher grundsätzlich nicht den geringsten Anstand nehmen, die Indemnität zu erbitten: die Befriedigung darüber, daß er im heimischen Kampf als Sieger hervorgegangen war, und seinen politischen Widersachern gegenüber Triumphe feiern konnte, fiel für ihn nicht ins Gewicht gegen das Große, was fürs Vaterland errungen war und gegen das Größere, was er noch zu erringen hoffte und wozu er eben vollen Frieden im Innern und die geeinte Kraft des Volkes brauchte.

Es giebt vielleicht in der ganzen reichen Geschichte des Staatsmannes keinen Moment, wo sein hoher politischer Sinn, seine nur dem Vaterlande gewidmete Denkungsweise so rein zur Geltung gelangte, wie damals, wo der ganze heiße Kampf von vier Jahren, wo alle die Wunden, die ihm die Gegner geschlagen, vergessen waren über dem gemeinsamen Interesse, den gemeinsamen Aufgaben des Vaterlandes.

Sein Werk war es denn vor Allem, daß der König gleich am Tage seiner Rückkehr bei der Eröffnung des Landtags die Ausgleichung des alten Streits mit den Worten ankündigte:

„Wenn Meine Regierung den Staatshaushalt ohne die gesetzliche Grundlage mehrere Jahre geführt hat, so ist dies in der pflichtmäßigen Ueberzeugung geschehen, daß die Fortführung einer geregelten Verwaltung, die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen Existenzfragen des Staates waren. Ich hege das Vertrauen, daß die jüngsten Ereignisse dazu beitragen werden, die unerläßliche Verständigung insoweit zu erzielen, daß Meiner Regierung in Bezug auf die ohne Staatshaushaltsgesetz geführte Verwaltung die Indemnität, um welche die Landesvertretung angegangen werden soll und damit der bisherige Konflikt für alle Zeit zum Abschluß gebracht werden wird."

Graf Bismarck aber wies bei der Begründung besonders auf das Interesse der auswärtigen Politik hin:

„In diesem Augenblicke sind die Aufgaben der auswärtigen Politik noch ungelöst, die glänzenden Erfolge der Armee haben nur unseren Einsatz im Spiel gewissermaßen erhöht; wir haben mehr zu verlieren als vorher gewonnen jedoch ist das Spiel noch nicht; aber je fester wir im Innern zusammenhalten, desto sicherer sind wir, es zu gewinnen, in diesem Augenblick.

Unsere Aufgabe ist noch nicht gelöst, sie erfordert die Einigkeit des ge-

sammten Landes der That nach und dem Eindruck auf das Ausland nach. Wenn man oft gesagt hat, was das Schwert gewonnen hat, hat die Feder verspielt, so habe ich das volle Vertrauen, daß wir nicht hören werden, was Schwert und Feder gewonnen haben, ist von dieser Tribüne vernichtet."

Auch bei der Vertretung der Kreditvorlage schlug er denselben Ton an.

„Bethätigen Sie durch Ihre Bewilligung, daß die Versöhnung der Geister, daß die Absicht, gemeinschaftlich das Wohl des Landes, des engeren und des weiteren Vaterlandes, zu fördern, eine aufrichtige und tiefgreifende ist."

In demselben Sinne, wie die Regierung sie vorgelegt, wurde die Indemnität bewilligt; der Bericht des Abgeordnetenhauses (von Twesten erstattet) giebt den Sinn der Mehrheit in folgender Weise wieder:

Nach den Ereignissen dieses Jahres habe man allgemein wenig Sinn für den Budgetstreit, der Wunsch des Landes sei unzweifelhaft auf Beendigung des Konflikts und Versöhnung mit der Krone gerichtet. Eine Verständigung, welche unter voller Aufrechterhaltung des verfassungsmäßigen Rechts erfolge, und die nur auf Grund derselben mögliche Mitwirkung der Volksvertretung an den gegenwärtigen Aufgaben des Staates sei um so dringender geboten, als nach den großen Erfolgen des Krieges gegen die Sicherstellung derselben und gegen die neue Gestaltung Deutschlands alle anderen Rücksichten in den Hintergrund treten müßten.

Der Berichterstatter selbst schloß seine Rede mit einem Hinweis auf Scipio, der, als er angeklagt war, statt jeder Vertheidigung das römische Volk aufforderte, ihm zu folgen, um den Göttern für seine Siege zu danken.

Graf Bismarck war in Wahrheit nicht nur für die Erfolge des Vaterlandes gegen seine äußeren Feinde zu danken, sondern dafür, daß er damals in so hochherziger Weise alle Feindschaft der heimischen Parteien vergaß und nur den inneren Frieden ins Auge faßte. Er hat später, als die „Nachgiebigkeit" der Regierung in der Forderung der Indemnität von Seiten der äußersten Rechten getadelt wurde, geantwortet:

„Meine Herren, leben Sie erst etwa 4 Jahre eines solchen Konflikts hindurch mit dem Gefühle der Verantwortlichkeit für die gesammte Situation zwischen Kräften, deren Sie nicht Herr sind, weder der auswärtigen noch der inneren, und Sie werden sagen: daß die Regierung Recht gethan hat, diesen Konflikt geschlichtet zu haben, sobald sie es ohne Demüthigung der Krone konnte; der gewählte Moment aber war so, daß er jeden Verdacht einer Demüthigung derselben ausschloß."

Er ist neuerdings auf jene Zeit zurückgekommen, und ließ sich darüber, wie folgt, aus:

„Als wir aus dem Kriege 1866 zurückkamen, wäre es für mich sehr leicht gewesen, ja, ich habe sogar mit Mühe mich dessen zu erwehren gehabt, zu sagen: jetzt ist Preußen größer geworden, die Verfassung ist dafür nicht berechnet, wir müssen sie neu vereinbaren, kurz, die kühnste und einschneidenste Reaktionspolitik mit dem Erfolg, der noch von Königgräz an den Dingen klebte, mit vollen Segeln zu treiben. Sie wissen, daß ich das Gegentheil gethan habe, und daß ich mir dadurch zuerst die Abneigung eines großen Theils meiner älteren politischen Freunde zugezogen habe, und es hat mich schwere Kämpfe gekostet, das Gegentheil, die Indemnität, das Fortsetzen des konstitutionellen Systems durchzuführen. Habe ich das aus Liebe zum konstitutionellen System gethan? Meine Herren, ich will mich nicht besser machen, als ich bin, ich muß das ganz bestimmt verneinen. Ich bin kein Gegner des konstitutionellen Systems, im Gegentheil, ich halte es für die einzig mögliche Regierungsform, — aber wenn es in Preußen der Förderung des deutschen Einigungswerkes nützlicher gewesen wäre, so würde ich ganz unbedingt zum Absolutismus gerathen haben. Aber ich habe mich nach sorgfältigem Nachdenken, — und ich habe schwere und mir theure, nahestehende Einflüsse zu bekämpfen gehabt, — dafür entschieden: nein, wir müssen auf der Bahn des Verfassungsrechts weiter gehen, was außerdem meinen inneren Empfindungen und meiner Ueberzeugung von der Gesammtmöglichkeit unserer Politik entspricht."

Die Arbeit an der norddeutschen Verfassung.

Es ist ein weit verbreiteter Irrthum, daß Fürst Bismarcks größte Verdienste in der Aufrechterhaltung der Reorganisation und besonders in der trefflichen Leitung der auswärtigen Dinge liegen, welche letzteren alle Parteien offen anerkennen, auch diejenigen,

welche zur Militärfrage noch immer ein böses Gesicht machen und Bismarcks Energie in dieser Beziehung nicht gern rühmen hören; man hat sogar den Satz aufgebracht, der Kanzler verstehe sich sehr gut auf äußere Politik, viel schlechter auf innere, und diese bequeme Antithese wird gedankenlos nachgeplaudert. Vielleicht scheint es nur deshalb so, weil die inneren Angelegenheiten von vornherein auf dem öffentlichen Markt verhandelt werden und Jedermann sein Wort dazu geben kann: die Absichten der Regierung werden hier von allen Parteistandpunkten kritisirt, zerpflückt, selbst ins Lächerliche gezogen, ehe es zu irgend einem positiven Schaffen kommen kann; wogegen die auswärtigen Dinge mit dem diplomatischen Schleier bedeckt werden, bis sie fertig vorliegen. Wäre Fürst Bismarck auch in seiner auswärtigen Aktion an die Mitwirkung der parlamentarischen Körperschaften gebunden gewesen, die in inneren Fragen mit zu entscheiden haben, so würde seine Meisterschaft auch in jener Beziehung nicht so anerkannt sein. Gewiß konnte er auch hierin seine Gedanken und Pläne keineswegs so, wie er sie gefaßt, ins Werk setzen: er hatte, statt der Kritik der Parlamente die oft durchaus nicht leichteren diplomatischen Schwierigkeiten zu überwinden, und statt der Parteien die mannigfachen Interessen und Traditionen der Kabinette und die Charaktere und Eigenthümlichkeiten der mitwirkenden Personen ins Auge zu fassen. Aber es ist eben ein großer Unterschied für die öffentliche Beurtheilung, ob alsbald eine fertige Thatsache vorliegt oder ob die Parteien die ganze Entstehung, alle die Wege, welche die Regierung zu gehen genöthigt ist, mit ihrer lauten, oft heftigen Kritik begleiten und theilweise durchkreuzen. Wir sind nicht so weit im parlamentarischen Leben, haben auch ganz andere Grundlagen des Parteiwesens, wie etwa in England, wir haben auch noch keine wesentlich feststehende, überlieferte Politik, daß unsere Parteien in auswärtigen Dingen sich selbst gewisse Schranken auferlegten. Auch Frankreich, Italien und andere moderne Verfassungsstaaten haben offenbar von der Einmischung ihrer Parlamente in die auswärtige Politik bisher einen nachweisbaren Vortheil nicht gehabt. Man

vergegenwärtige sich, was aus der europäischen Behandlung der Polenfrage geworden wäre, wenn gleichzeitig die sogenannte „Seeschlange" der preußisch-russischen Konvention im Landtage eine ähnliche Rolle gespielt hätte, wie in der Presse, — wie die schleswig-holsteinsche Angelegenheit sich entwickelt hätte, wenn zur Zeit der Londoner Konferenzen die Parteinahme des preußischen Abgeordnetenhauses für die Augustenburgische Politik ebenso laut gewesen wäre, wie die des Sechsunddreißiger-Ausschusses und des Nationalvereins, und namentlich wenn sie irgend eine offizielle Berechtigung gehabt hätte, — wie sich vollends unser Verhältniß zu Oesterreich und die deutsche Frage gestaltet hätte, wenn nicht im Februar 1866 der Landtag geschlossen worden und erst nach Königgrätz und Nikolsburg wieder zusammengetreten wäre, wenn das Friedensgeschrei und die heftigen Anschuldigungen des preußischen Gouvernements damals nicht blos von städtischen Körperschaften (immer mit rühmlicher Ausnahme Breslaus), sondern Namens des Abgeordnetenhauses erfolgt wären? Ganz sicher hätte Bismarck den großen Namen und das allseitige Vertrauen auch in auswärtigen Angelegenheiten nicht gewonnen, wenn er genöthigt gewesen wäre, auch hierin jeden Schritt, jeden Entschluß vorher öffentlich zu diskutiren. Und doch hat es eben volle vier Jahre gedauert, ehe auch diese Befähigung des Grafen Bismarck anerkannt wurde, ehe er vom „Seiltänzer und Jongleur," als welchen ihn selbst recht hervorragende Leute behandelten, plötzlich zum großen Diplomaten avancirte. Wir geben deshalb die Hoffnung nicht auf, daß sich auch der Staatsmann für innere Fragen in ihm noch Anerkennung verschaffen werde, zumal er auch auf diesem Gebiet, wie die nachfolgenden Zeilen vielfach nachweisen sollen, doch schon recht Großes fürs deutsche Volk durchgeführt hat.

Der schaffende Politiker, der eigentliche Staatsmann, auch in den inneren Angelegenheiten, konnte bei Bismarck erst zur Geltung gelangen, nachdem die Beseitigung des Konflikts das Schaffen im Innern überhaupt ermöglicht, die gebundenen Kräfte des Staats gelöst hatte.

Die erste sehr wichtige That des Grafen **Bismarck** war in dieser Beziehung eben die rasche uud rückhaltlose Herbeiführung der Indemnität, durch welche die gesunden Kräfte des Staatswesens wieder zur Geltung kamen. Graf **Bismarck** zeigte gleich hierin, daß er Staatsmann, nicht Parteipolitiker war, indem er seinen Blick nur auf das Bedürfniß und das Interesse des Ganzen gerichtet hielt und sich durch keine Parteidoktrin, durch keine persönliche oder Fraktionsrancune davon abbringen ließ. Dem Staate waren überdies in Folge des Kriegs und seines Ausgangs neue und schwere Aufgaben erwachsen, in deren befriedigender Erfüllung sich alsbald zeigte, wieviel es werth war, daß der Boden des Vertrauens und der Gemeinschaft des Schaffens mit der großen Mehrheit der Landesvertretung wiedergewonnen war.

Das Nächste, was der Regierung oblag, war **die Errichtung des neuen deutschen Bundes**, welcher nach des Königs Verheißung auf den verbesserten Grundlagen des aufgelösten früheren Bundes mit denjenigen Regierungen errichtet werden sollte, welche ihm die Hand dazu reichen würden. Im Prager Frieden erkannte Oesterreich diesen engeren Bund für die nördlich von der Mainlinie gelegenen Staaten ausdrücklich an, und schon vor Rückkehr des Königs nach Berlin war der Bündnißvertrag mit den norddeutschen Staaten angeregt und noch im August abgeschlossen worden. Im Dezember 1866 wurde die neue Verfassung von den Bevollmächtigten der Regierungen berathen. Der Geist derselben wurde von **Bismarck** schon hier mit den Worten bezeichnet:

„Die unbeschränkte Selbstständigkeit, zu welcher im Laufe der Geschichte Deutschlands die einzelnen Stämme und dynastischen Gebiete ihre Sonderstellung entwickelt haben, bildet den wesentlichen Grund der politischen Ohnmacht, zu welcher eine große Nation bisher verurtheilt war. Die K. Regierung hat sich bei dem vorliegenden Entwurf der Bundesverfassung auf die Berücksichtigung der allseitig erkannten Bedürfnisse beschränkt, ohne über dieselben hinaus die Bundesgewalt in die Autonomie der einzelnen Regierungen eingreifen zu lassen. Die K. Regierung zweifelt aber nicht, daß der einmüthige Wille der verbündeten Fürsten und freien Städte, getragen von

dem Verlangen des deutschen Volkes, seine Sicherheit, seine Wohlfahrt, seine Machtstellung unter den europäischen Nationen durch gemeinsame Institutionen dauernd verbürgt zu sehen, alle entgegenstehenden Hindernisse überwinden wird."

Nachdem die Verständigung über den Verfassungsentwurf erreicht war, erfolgte am 28. Februar 1867 der Zusammentritt des konstituirenden Reichstages, dessen Aufgabe eben die nähere Vereinbarung der Verfassung des norddeutschen Bundes mit den Regierungen war. Damals hielt Graf Bismarck jene mächtige Rede über das Wesen der Bundesverfassung, welche für die gesammte Auffassung des Bundesverhältnisses nicht blos in seiner vorläufigen Beschränkung auf Norddeutschland, sondern bald für das ganze Reich maßgebend wurde. Dieser Auffassung, welche sich immer mehr Geltung verschaffte, und ihrer ungemein geschickten Handhabung war es vorzugsweise zu danken, daß der neue Bund so rasch und sicher eine lebensfähige Schöpfung wurde.

Wie schwer das Werk war, zunächst einige zwanzig Regierungen, sodann ebensoviel Volksvertetungen, darunter die preußische, bairische rc., und den Reichstag zur Uebereinstimmung zu bringen, das ließ sich umsoweniger in vollem Maße erkennen, als damals in der gehobenen nationalen Stimmung die Wenigsten die Versuche, die gemacht wurden, der Einigung der deutschen Regierungen entgegenzuwirken, recht würdigten. Selbst die Stimmung des französischen Kabinets, welche man noch am meisten beachtete, ist in ihrer ganzen Schärfe erst mehrere Jahre nachher, als die „dilatorischen Verhandlungen" in ihrem ganzen Zusammenhange bekannt wurden, erkannt worden; der Einfluß desselben suchte sich natürlich besonders in Süddeutschland geltend zu machen, aber auch die norddeutschen Regierungen erfuhren vielfache Aufmunterung gegenüber den preußischen Umstrickungen. Es kam daher Alles darauf an, den guten Willen der Regierungen zur Vereinigung mit Preußen auf jede Weise zu erhalten, besonders aber das Zustandekommen des neuzugründenden Bundes möglichst zu beschleunigen.

Den Regierungen mußte denn immer und immer wieder gesagt

werden, daß der Entwurf der Bundesverfassung sich auf die Berücksichtigung der allseitig erkannten Bedürfnisse beschränke, ohne über dieselben hinaus die Bundesgewalt in die Autonomie der einzelnen Regierungen eingreifen zu lassen. Aber es gehörte gewiß eine seltene Kraft der Unterhandlungs- und Ueberredungskunst Seitens des preußischen Ministers dazu, um grade damals alle anderweitigen Rathschläge oder Neigungen in den deutschen Kabinetten zum Schweigen zu bringen.

Vor Allem war es nöthig, den Glauben der bisherigen Bundesgenossen an Preußen zu stärken und so das Vertrauen auch derer zu erwecken, deren Anschluß noch in Frage stand. Je rückhaltloser Preußen zeige, sagte Graf Bismarck, daß es seine Feinde von der Landkarte wegfegen könne, desto pünktlicher müsse es auch seinen Freunden Wort halten. „Einem Bundesgenossen nach dem siegreichsten Kriege ist kein Fürst des Hauses Hohenzollern im Stande, ein Haar zu krümmen.“ Besonders verwahrte er sich gegen die Zumuthung aus dem befreundeten liberalen Lager, als könne man dazu schreiten, den Fürsten durch den Bund eine Mediatisirung aufzuerlegen.

„Es ist hier angedeutet worden, man könne sie mit Gewalt erzwingen; von anderen, sie werde sich zum Theil von selbst ergeben. Wir erwarten dies nicht in dem Maße und glauben nicht, daß deutsche Fürsten in größerer Zahl bereit sein werden, ihre jetzige Stellung mit der eines englischen Pairs zu vertauschen. Wir haben ihnen diese Zumuthung niemals gemacht, und beabsichtigen nicht, sie ihnen zu machen; noch weniger aber kann ich als unsere Aufgabe betrachten, auf die Gewalt, auf die Uebermacht Preußens in diesem Bunde sich zu berufen, um eine Konzession zu erzwingen, die nicht freiwillig entgegengetragen wird. Eine solche Gewalt konnten wir am allerwenigsten gegen Bundesgenossen anwenden, die im Augenblicke der Gefahr treu zu uns gestanden haben, ebensowenig gegen die, mit denen wir soeben einen völkerrechtlichen Frieden besiegelt haben.

Die Basis dieses Verhältnisses soll nicht die Gewalt sein, weder den Fürsten noch dem Volke gegenüber. Die Basis soll das Vertrauen zu der Vertragstreue Preußens sein und dieses Vertrauen darf nicht erschüttert werden, so lange man uns die Vertragstreue hält.“

Während Graf Bismarcks eifriges Streben aber darauf ging, die Fürsten selbst bei günstiger Stimmung zu erhalten, ermahnte

er zugleich das Parlament, zumal seine übereifrigen Freunde in demselben, die Gunst des Augenblicks nicht verscherzen und nicht die Verfassung, weil sie in diesem oder jenem Punkt nicht dem Bilde der Vollkommenheit entspreche, wieder ganz in Frage zu stellen.

„Es hat nicht, rief er, unsere Absicht sein können, ein theoretisches Ideal einer Grundverfassung herzustellen, in welcher die Einheit Deutschlands einerseits auf ewig verbürgt werde, auf der anderen Seite jeder partikularistischen Regung die freie Bewegung gesichert bleibe. Einen solchen Stein der Weisen, wenn er zu finden ist, zu entdecken, müssen wir der Zukunft überlassen."

„Wir glauben aber, fügte er hinzu, daß für das deutsche Volk die Bahn frei gemacht ist, und daß wir das Vertrauen zum Genius unseres Volkes haben können, daß es auf dieser Bahn den Weg zu finden wissen wird, der zu seinen Zielen führt."

„Wir haben, sagte er ferner, in sehr ernsten Zeiten unter gefahrvollen Kämpfen diese Sache soweit geführt, bis zu einem Punkte, dem Sie Ihre volle Anerkennung gezollt haben. Meine Herren! Sie halten uns für schüchterne, verlegene Leute, die ermuthigt werden müssen, denen man eine douce violence anthun müsse, damit sie sich entschließen, das zu fordern, was sie im Grunde ihres Herzens eigentlich selbst wünschen. Ich kann Ihnen auf das Bestimmteste erklären, daß dem nicht so ist. Wir haben uns die Grenze unserer Ansprüche an die Opfer, die von den übrigen Regierungen zu bringen wären, darin gestellt, wo ich sie schon öfter bezeichnet habe, in dem, was uns unentbehrlich schien zur Führung eines nationalen Gemeinwesens. Dies glauben wir erreicht zu haben, wir glauben, daß die Mittel dazu ausreichen.

Unsere Arbeit ist keine leichte gewesen, und Sie können leicht ermessen, mit welchem Eindruck wir nach unseren schweren und erschöpfenden Arbeiten hier Amendements hören, die von Allem, was wir gethan und geleistet haben, abstrahiren, von dem in der Geschichte unerhörten Fall, daß die Regierungen von 30 Millionen Deutschen sich nicht blos dem Wortlaute nach, wie bei der alten Bundesakte, sondern auch dem Geiste nach über einen solchen Entwurf geeinigt haben, keine Notiz nehmen."

Er wies immer aufs Neue auf die Gründe hin, die uns die Einheit hatten verlieren und nicht wieder gewinnen lassen, besonders jenen „Ueberschuß von Selbstgefühl", welches sich der Gesammtheit nicht unterordnen wolle; nun haben die Fürsten

das Beispiel der Hintansetzung aller Bedenken im Einzelnen gegeben; ihnen möge man folgen.

„Nur von uns, mahnte er, von unserer Einigkeit, von unserer Vaterlandsliebe hängt es daher in diesem Augenblicke ab, dem gesammten Deutschland die Bürgschaften einer Zukunft zu sichern, in welcher es, frei von der Gefahr, wieder in Zerrissenheit und Ohnmacht zu verfallen, nach eigener Selbstbestimmung seine verfassungsmäßige Entwickelung und seine Wohlfahrt pflegen und in dem Rathe der Völker seinen friedliebenden Beruf zu erfüllen vermag."

„Wir wollen, sagte er weiter, durch unser gemeinsames Werk den Traum von Jahrhunderten, das Sehnen und Ringen der jüngsten Geschlechter der Erfüllung entgegenführen. Helfen Sie uns die große nationale Arbeit rasch und sicher durchführen."

Denn es sei Pflicht jeder ehrlichen Regierung, „den höchsten Grad von Freiheit des Volkes, des Individuums, der mit der Sicherheit und gemeinsamen Wohlfahrt des Staats verträglich sei", zu gewähren.

Er wurde deshalb nicht müde, zu mahnen: „Arbeiten wir rasch! Setzen wir Deutschland so zu sagen in den Sattel! Reiten wird es schon können."

Den heftigsten Widerstand fand Graf Bismarck unerwartet von entschieden liberaler Seite gegen den vereinbarten Entwurf: das preußische Abgeordnetenhaus wurde von dieser Seite dringend aufgefordert, die vorgelegte deutsche Verfassung, die angeblich nicht einmal die Bürgschaften der Freiheit enthielt, welche die preußische Verfassung bietet. Damals sprach Graf Bismarck die berühmten Worte:

„Ich glaube, meine Herren, diejenigen, die dieses Wort aussprachen, unterschätzen denn doch den Ernst der Situation, in der wir uns befinden. Glauben Sie wirklich, daß die großartige Bewegung, die im vorigen Jahre die Völker vom Belt bis an die Meere Siziliens, vom Rhein bis an den Pruth und den Dnjester zum Kampf führte, zu dem eisernen Würfelspiel, in dem um Königs- und Kaiserkronen gespielt wurde, daß die Million deutscher Krieger, die gegeneinander gekämpft und geblutet haben auf den Schlachtfeldern vom Rhein bis zu den Karpathen, daß die Tausende und aber Tausende von Gebliebenen und der Seuche Erlegenen, die durch ihren Tod diese nationale Entscheidung besiegelt haben, mit einer Landtagsreso-

lution ad acta geschrieben werden können; meine Herren, dann stehen Sie wirklich nicht auf der Höhe der Situation. Es liegt mir fern, irgend eine Drohung auszusprechen, ich achte die Rechte unseres Landtages, ebenso wie ich sie von Hause aus gern geachtet hätte, wenn es mit dem Bestande des preußischen Staates nach meiner Ueberzeugung verträglich gewesen wäre; aber ich habe die sichere Ueberzeugung, kein deutscher Landtag wird einen solchen Beschluß fassen, wenn wir uns hier einigen.

Ich möchte die Herren, die sich diese Möglichkeiten denken, wohl sehen, wie sie etwa einem Invaliden von Königgrätz antworten würden, wenn der nach dem Ergebniß dieser gewaltigen Anstrengung fragt. Sie würden ihm etwa sagen: Ja freilich, mit der deutschen Einheit ist es wiederum nichts geworden, die wird sich wohl bei Gelegenheit finden, sie ist ja leicht zu haben, eine Verständigung ist ja alle Tage wieder möglich; aber wir haben das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses, des preußischen Landtages gerettet, das Recht, jedes Jahr die Existenz der preußischen Armee in Frage zu stellen, ein Recht, von dem wir als gute Patrioten niemals Gebrauch machen würden, und sollte jene Versammlung weit auf Abwege gerathen, die es wirklich wollte, so würden wir den Minister als Landesverräther zur Verantwortung ziehen, welcher sich zur Ausführung hergiebt. Aber es ist doch unser Recht: darum haben wir unter den Mauern von Preßburg mit dem Kaiser von Oesterreich gerungen und damit soll der Invalide sich trösten über den Verlust seiner Glieder, damit die Wittwe, die ihren Mann begraben hat?"

Das Abgeordnetenhaus aber stimmte seinem Berichterstatter (Twesten) zu, welcher die Annahme der Verfassung mit folgenden Worten empfahl:

„Es wird eine einheitliche Gesetzgebung auf weiten Gebieten des Lebens geschaffen, es eröffnet sich uns die Aussicht, daß die stockende Gesetzgebung wieder in Fluß geräth, Freizügigkeit und Gewerbefreiheit werden gesichert, das allgemeine Indigenat nicht mehr an den Kleinstaaten scheitern. Die Geldverhältnisse werden in ein einheitliches System geordnet werden, die Gemeinsamkeit der Interessen wird auch in politischer Beziehung auf die ganze Entwickelung unseres Volkes zurückwirken. Wir erlangen eine staatliche feste Einigung für den Norden und die Aussicht, dieselbe auch für den Süden auszudehnen. Um aber diese Macht des neuen Deutschlands zu begründen, wird es eines großen Aufwandes nationaler Kräfte bedürfen. Wir schaffen jetzt eine Grundlage für die deutsche Entwickelung und wir können mit gutem Gewissen diese Grundlage in dieser Verfassung annehmen. Meine Herren! Wäre sie ungenügender, als sie es ist, so würde ich es dennoch für ein großes Unglück und für eine furchtbare Verantwortung

halten, diese Verfassung abzulehnen. So aber wie sie ist, wird die Annahme gerechtfertigt sein für Mit- und Nachwelt."

Der Präsident des Reichstages (Dr. Simson) sprach nach allseitig erreichtem Einverständniß die Zuversicht aus, daß das, was mit so entgegenkommendem Willen und solcher Zustimmung vollbracht worden, auch in seiner weiteren Fortentwickelung Heil und Gedeihen verbreiten werde über den heiligen Boden unseres Vaterlandes!

Nord- und Süddeutschland. Schon im Frieden von Prag war vorgesehen, daß Preußen nicht blos ein engeres Bundesverhältniß nördlich von der Linie des Main begründen werde, sondern daß auch die nationale Verbindung der süddeutschen Staaten mit dem norddeutschen Bunde Gegenstand der Verständigung zwischen beiden sein solle.

Graf Bismarck richtete nun sein deutsches Streben vom ersten Augenblick außer der Gestaltung der Dinge in Norddeutschland zugleich auf die Anknüpfung möglichst hoffnungsvoller Beziehungen zu den Staaten des Südens. Um sich den Weg dazu offen zu halten, hatte er u. A. schon bei den Friedensverhandlungen mit Bayern, wie er selbst einst im Reichstage erwähnte, auf jede Erwerbung für Preußen im rechtsmainischen Franken verzichtet, wenn Bayern sich zur Genehmigung eines engen Vertrages mit Norddeutschland verstehe, worauf der Minister von der Pfordten, der alte Repräsentant süddeutscher Auffassung, ihm unter lebhaftester Bethätigung seiner inneren Bewegung mit Feierlichkeit erklärte, hieran erkenne er, wie sehr Graf Bismarcks deutsche Gesinnungen verleumdet werden und wie im Busen desselben ein deutsches Herz schlage.

Bekanntlich wurden gleich im Herbst 1866 mit den süddeutschen Staaten nicht blos die eigentlichen Friedensverträge, sondern auch jene zunächst geheim gehaltenen Schutz- und Trutzbündnisse abgeschlossen, deren Kenntniß Graf Bismarck schon damals sagen ließ, was die Machtfrage betreffe, „so halte er

die Vereinigung von Nord- und Süddeutschland jedem Angriffe gegenüber, wo es sich um die Sicherheit des deutschen Bodens handele, für definitiv gesichert".

Die Schutz- und Trutzbündnisse traten im Frühjahre 1867 bei den Verhandlungen über Luxemburg, also in der Richtung gegen Frankreich zunächst an den Tag, aber die bezügliche Depesche des Herrn von Beust, ohne einen bestimmten Protest zu formuliren, behauptete doch die Unvereinbarkeit dieses Vorgehens mit dem Buchstaben des Prager Friedens, — und in einer später nach München gerichteten Depesche sagte er, die Bestimmungen des Prager Friedens seien, noch ehe sie niedergeschrieben worden, schon verletzt gewesen.

Jedenfalls war es eine überaus kühne Politik, die Graf Bismarck damals trieb: alle deutschen Herzen schöpften aber aus den Verträgen, als dieselben bekannt wurden, die freudige Beruhigung, daß eine Besorgniß wegen einer Spaltung und Zerrissenheit Deutschlands dem Auslande gegenüber keinen thatsächlichen Grund mehr habe, daß Graf Bismarck schon bei den Friedensschlüssen vor Allem von dem Gesichtspunkte geleitet wurde, an die Stelle der vorhergehenden Zerwürfnisse ein Band aufrichtiger und inniger Bundesfreundschaft treten zu lassen. Es war bereits volle Gewißheit vorhanden, daß die Mainlinie keine Grenzscheide für die nationale Einigung sein solle, daß vielmehr die gemeinsame nationale Kraft auf festeren Grundlagen ruhen werde, als je zuvor.

Als damals von dem süddeutschen Bunde die Rede war, den der Friede zu Prag in Aussicht nahm, sagte Graf Bismarck das berühmte Wort:

„Wäre dieser (der süddeutsche Bund) zu Stande gekommen, oder hätte er Aussicht dazu, so ist meine Ueberzeugung, daß, wenn im Norden ein Parlament tagt auf einer nationalen Basis, im Süden ein ähnliches, diese beiden Parlamente nicht länger auseinander zu halten sein würden, als etwa die Gewässer des Rothen Meeres, nachdem der Durchmarsch erfolgt war."

und schon der erste norddeutsche Reichstag konnte das Bekenntniß entgegennehmen:

„Die Zeit ist herbeigekommen, wo unser deutsches Vaterland durch seine Gesammtkraft seinen Frieden, sein Recht und seine Würde zu vertreten im Stande ist.“

Aber so groß der gewonnene Erfolg war, er genügte dem einmal angeregten nationalen Sinn nicht, selbst als zu der Wehrgemeinschaft (der Schutz- und Trutzbündnisse) durch den Zollbund die wirthschaftliche Gemeinschaft hinzugekommen war: auch Graf Bismarcks Ideal war nicht ein politisch durch den Main getrenntes Deutschland, und sein unablässiges Streben war dahin gerichtet, die süddeutschen Staaten ganz und in jeder Beziehung der Theilnahme am politischen Leben des zunächst nur für den Norden gestifteten Gemeinwesens theilhaftig zu machen.

Schon bei der Berathung der Verfassung des norddeutschen Bundes wies Graf Bismarck wiederholt darauf hin, daß man den Zutritt der Süddeutschen nicht aus dem Auge verlieren möge, und zur Zeit der Luxemburger Affaire wurde von gewichtiger Seite darauf aufmerksam gemacht, es komme eben darauf an, Europa die Ueberzeugung beizubringen, „daß man es nicht mehr mit einem schwachen, zerrissenen, uneinigen Deutschland, sondern mit einem Volk zu thun habe, das in einem kräftigen Aufschwunge begriffen sei, um sich eine Verfassung und eine angesehene Stellung in Europa zu erringen“.

Von Anfang an aber war es des Grafen Bismarck Ueberzeugung, daß das Bedürfniß der Einigung in Süddeutschland um so sicherer hervortreten werde, je selbstständiger und freier man die dortige Bevölkerung gewähren lasse und je weniger man den Versuch mache, einen Druck auf dieselbe zum Beitritt zu üben.

„Der norddeutsche Bund“, sagte er, „wird jedem Bedürfnisse der süddeutschen Regierungen nach Erweiterung und Befestigung der nationalen Beziehungen zwischen dem Süden und dem Norden Deutschlands auch in Zukunft bereitwillig entgegenkommen, aber wir werden die Bestimmung des Maßes, welches die gegenseitige Annäherung inne zu halten hat, jeder Zeit der freien Entschließung unserer süddeutschen Verbündeten überlassen.“

und als ein süddeutscher Abgeordneter im Zollbunde Verwahrung einlegen zu müssen glaubte gegen Vergewaltigung durch unitarische Tendenzen, erwiderte Graf Bismarck:

„So lange als Sie nicht freier Entschließung erkennen, daß Ihrer Selbstständigkeit im höchsten und weitesten Sinne am besten damit gedient ist, und so lange nicht aus dem Grunde Ihres allgemeinen Nationalgefühls diejenige Majorität der Süddeutschen, die überhaupt staatliche Einrichtungen will, erklärt, es sei ihr Wille, sich dem norddeutschen Bunde anzuschließen, — so lange delibiriren Sie in Ruhe über die Gegenstände des Zollvereins."

Er bat jeder Zeit, die zurückhaltende Stellung, die man dem Süden gegenüber bewahrt habe, zu erhalten, und auch nicht den Schein des Druckes auf diejenigen Kräfte im Süden ausüben zu wollen, welche eine gewisse Sprödigkeit gegen die Annäherung zeigten. Durch jeden solchen Druck würde man nur das Gegentheil erreichen.

Bei der Berathung der norddeutschen Verfassung hatte er besonders auch im Hinblick auf Süddeutschland die Herstellung zentralistischer Einrichtungen bekämpft.

„Der Herr Abgeordnete Waldeck hat vorgestern sich lediglich von der Herstellung eines konstitutionellen Ministeriums die Wirkung versprochen, „dann hätten wir die Süddeutschen," wie er sich ausdrückte. Ich glaube, wir können sie nicht sicherer zurückschrecken, als wenn wir in eine solche Richtung treten, die mit der Mediatisirung der deutschen Fürsten große Aehnlichkeit hatte. Wer sind diese Süddeutschen? Einstweilen ist es die bayerische, die württembergische, die badische Regierung. Glauben Sie, daß Seine Majestät der König von Bayern oder von Württemberg, sich durch solche Einrichtungen, wie sie der Abgeordnete Waldeck in Vorschlag brachte, besonders angezogen fühlt? Meine Herren! Ich weiß das Gegentheil.

Unser Verhältniß zu Deutschland wird sich an der Hand des Artikels, der sich im Verfassungsentwurfe darüber befindet, meines Erachtens einfach und mit Sicherheit entwickeln."

Später sagte er mit Bezug auf diese und entsprechende Verhältnisse das berühmte Wort:

„Die Geschichte können wir nicht machen, sondern nur abwarten, daß sie sich vollzieht. Wir können das Reifen der Früchte nicht dadurch beschleunigen, daß wir eine Lampe darunter halten, und wenn wir nach unreifen Früchten schlagen, so werden wir nur ihr Wachsthum hindern und sie verderben. Ich möchte deshalb Ihnen doch mehr Geduld empfehlen, der Entwickelung Deutschlands Zeit zu lassen."

Das erste Zollparlament aber konnte mit folgenden Worten vom Thron entlassen werden:

„Ich darf hoffen, daß die Session des deutschen Zollparlaments dazu

gedient hat, das gegenseitige Vertrauen der deutschen Stämme und ihrer Regierungen zu kräftigen und manche Vorurtheile zu zerstören oder doch zu mindern, die der einmüthigen Bethätigung der Liebe zu dem gemeinsamen Vaterlande, welche das gleiche Erbtheil aller deutschen Stämme ist, etwa im Wege gestanden haben; Sie werden alle die Ueberzeugung in die Heimath mitnehmen, daß in der Gesammtheit des deutschen Volkes ein brüderliches Gefühl der Zusammengehörigkeit lebt, welches von der Form, die ihm zum Ausdrucke dient, nicht abhängig ist, und welches gewiß in stetigem Fortschreiten an Kraft zunehmen wird, wenn wir allseitig bestrebt bleiben, in den Vordergrund zu stellen was uns eint, und zurücktreten zu lassen, was uns trennen könnte."

Noch einmal vor der unerwarteten Erfüllung kam die Behandlung Süddeutschlands zur eingehenden Erörterung. Wenige Monate vor dem Kriege mit Frankreich und vor der Vollendung des Reiches wurde von den liberalen Freunden der Regierung der möglichst ungesäumte Anschluß Badens an den norddeutschen Bund angeregt.

Graf **Bismarck** widersprach auf das Lebhafteste und seine damaligen Erklärungen waren bezeichnend für seine Auffassung der Beziehungen zu Süddeutschland überhaupt. Von Neuem versicherte er, daß er in dem Streben, Nord- und Süddeutschland durch die intimsten gemeinsamen Institutionen zu vereinigen, mit den Antragstellern durchaus übereinstimme, — **aber in voller Freiwilligkeit, ohne Drohung, ohne Pression, ohne Druck.**

„Es fragt sich, sagte er, an welcher Stelle ist das Großherzogthum Baden, als Träger des nationalen Gedankens unter den vier süddeutschen Staaten, — an welcher Stelle ist es der nationalen Einigung Deutschlands förderlicher, als abgeschlossener Bestandtheil des Bundes, ausgeschlossen aus dem Süden, oder als vermittelndes Element innerhalb der Verhandlungen, die der Süden in sich und mit dem norddeutschen Bunde führt?

Ich glaube, daß wir nicht gut thun, das Element, welches der nationalen Entwickelung im Süden am günstigsten ist, auszuscheiden und mit einer Barriere abzuschließen, gewissermaßen — wenn ich ein triviales Bild gebrauche, so schreiben Sie es der kürzlichen Betheiligung an landwirthschaftlichen Verhandlungen zu — **den Milchtopf abzusahnen** und das Uebrige sauer werden zu lassen.

Aber diese Einverleibung in den norddeutschen Bund, paßt sie ganz in das System, die Annäherung des Südens ohne Druck zu erwarten? ist es

nicht ein sehr fühlbarer Druck, den wir auf Württemberg und Bayern üben? und dennoch, ist es ein hinreichend starker Druck, um zwingend zu sein? ist es nicht blos ein verstimmender Druck, der vielleicht die Entwickelung hemmen würde, von der ich annehme, daß sie in Bayern und Württemberg trotz Allem, was wir von dort her hören, doch in einem stetigen, mäßigen Fortschritt begriffen ist und nach jedem Lustrum, wenn wir noch Lustra warten sollen, in einem starken markirten Fortschritt begriffen sein wird?"

Damals sprach Graf Bismarck jene schönen Worte über das, was an Einheit auch mit Süddeutschland schon gewonnen war:

„Haben wir nicht in Bezug auf Süddeutschland ein kostbares Stück nationaler Einheit erreicht? Ich kann dreist behaupten: übt nicht das Präsidium des norddeutschen Bundes in Süddeuschland ein Stück Kaiserlicher Gewalt, wie es im Besitze der deutschen Kaiser seit 500 Jahren nicht gewesen? Wo ist denn — seit der Zeit der ersten Hohenstaufen — ein unbestrittener Oberbefehl im Kriege, eine unbestrittene Sicherheit der Gemeinschaft, denselben Feind und denselben Freund im Kriege zu haben, in deutschen Landen vorhanden gewesen? wo ist denn eine wirthschaftliche Einheit vorhanden gewesen, an deren Spitze der deutsche Kaiser gestanden hätte? Der Name macht es nicht! Aber, wenn das Präsidium, wenn der König, mein Allergnädigster Herr, im Nordbunde eine Macht übt, die zu erweitern im nationalen Interesse, im Interesse des Gewichts und des Schutzes von Deutschland kein Bedürfniß vorhanden ist, so kann ich behaupten: Das Haupt des Nordbundes hat in Süddeutschland eine Stellung, wie sie seit dem Kaiser Rothbart ein deutscher Kaiser nicht gehabt hat, und dieser doch auch nur, wenn sein Schwert grade siegreich war, vertragsmäßig und allgemein anerkannt nicht. Also unterschätzen wir dies nicht und drängen Sie nicht so auf neue Etappen: meiner Ueberzeugung nach würde in einer solchen Maßregel die Hemmung der Vollendung liegen, — nicht blos ein Anfang der Hemmung, sondern ein ziemlich dauerhafter Hemmschuh."

Wenige Monate nachher trat auf die französische Kriegsdrohung jene Erhebung ganz Deutschlands ein, welche früher und glänzender, als Jemand es ahnen konnte, die Richtigkeit des Bismarckschen Urtheils und die Heilsamkeit jenes schonenden, zuwartenden Verfahrens in Bezug auf die süddeutschen Staaten bestätigte. Es darf als zweifelhaft gelten, ob der König von Bayern, wenn er sich in den Jahren vorher über ein weniger rücksichtsvolles Benehmen, über jenen „verstimmenden Druck" Seitens Preußens zu beklagen gehabt hätte, den Ruf des Königs Wilhelm vom 20. Juli mit derselben Begeisterung erwidert,

seine Truppen ebenso freudig zum „Kampf für deutsches Recht und deutsche Ehre“ als Waffengenossen des norddeutschen Heeres unter dem Kronprinzen von Preußen ausgesandt hätte, — ob die württembergische Regierung mit ebenso rückhaltloser Hingebung das Land sofort aufgefordert hätte, mit voller Kraft zu zeigen, „daß ein selbstständiger deutscher Stamm aus freier Entschließung mit männlicher Kraft und mit freudigem Muthe eintritt in den Kampf um deutsches Land, um deutsche Ehre!“

Jene besonnene, weise und edle Politik, welche auch dem Sinne unseres Königs durchaus entsprach, welche aber vorzugsweise Fürst Bismarck gegenüber ungeduldigeren Tendenzen zur Geltung brachte, hatte das Resultat, daß der König mit freudiger Zuversicht sprechen konnte:

„Die Liebe zu dem gemeinsamen Vaterlande, die einmüthige Erhebung der deutschen Stämme und ihrer Fürsten hat alle Unterschiede und Gegensätze versöhnt, und einig, wie kaum jemals zuvor, darf Deutschland in seiner Einmüthigkeit, wie in seinem Recht die Bürgschaft finden, daß der Krieg ihm den dauernden Frieden bringen und daß aus der blutigen Saat eine neue von Gott gesegnete Ernte deutscher Freiheit und Einigkeit sprießen werde.“

Dieselbe Schonung ist auch demnächst bei der Vollendung des Reiches geübt worden, und der bayerische Minister konnte geltend machen, daß man in loyalster Weise fort und fort bestätigt habe, daß von keiner Seite ein Zwang zur Eröffnung und Weiterführung der Verhandlungen über die Neugestaltung Deutschlands geübt werde. Mit Bezug hierauf wies der Kaiser bei Eröffnung des ersten Reichstages ganz Deutschlands darauf hin, daß das gemeinsame staatliche Leben der Deutschen sich um so segensreicher entwickeln werde, als die für dasselbe gewonnenen Grundlagen von unseren süddeutschen Bundesgenossen aus freier Entschließung, nach Maßgabe ihrer eigenen Würdigung des nationalen Bedürfnisses bemessen und dargeboten worden sind.

Es ist gewiß nicht gering anzuschlagen, daß Fürst Bismarck durch seine rücksichtsvolle Behandlung sowohl des Selbst-

ständigkeitstriebs, wie des patriotischen Gefühls der süddeutschen Fürsten und Stämme das allmälige Werden und Wachsen der deutschen Einheit vorbereitet und gezeitigt hat. Sonst hätte selbst die Gemeinschaft auf den Schlachtfeldern die volle politische Einigung nicht so rasch und sicher erstehen lassen.

Während des französischen Krieges.

Aus den Depeschen und Enthüllungen, welche beim Beginn des Krieges veröffentlicht wurden, ersehen wir, wie die Versuche und Bemühungen Frankreichs, uns in das Netz seiner Begehrlichkeits- und Kompensationspolitik zu verstricken, schon seit Jahren an Preußen und Deutschland herantraten, und welche Mühe es Fürst Bismarck gekostet hatte, sich derselben zu erwehren; wir erfahren, daß Frankreich, zumal seit 1866, seit Rouher's „patriotischen Beklemmungen" nicht aufgehört hat, uns durch Anerbietungen auf Kosten Deutschlands und Belgiens in Versuchung zu führen.

Fürst Bismarck aber ließ sich dadurch aus seiner überlegenen und überlegten Ruhe nicht herauslocken, er wollte keinen Krieg, so lange derselbe mit Ehren zu vermeiden war.

„Ich war nicht der Meinung derjenigen Politiker, welche dazu riethen, dem Kriege mit Frankreich deshalb nicht nach Kräften vorzubeugen, weil er doch unvermeidlich sei. So sicher durchschaut Niemand die Absichten göttlicher Vorsehung bezüglich der Zukunft, und ich betrachte auch einen siegreichen Krieg an sich immer als ein Uebel, welches die Staatskunst den Völkern zu ersparen bemüht sein muß. Ich dürfte nicht ohne die Möglichkeit rechnen, daß in Frankreichs Verfassung und Politik Veränderungen eintreten könnten, welche beide große Nachbarvölker über die Nothwendigkeit eines Krieges hinweggeführt hätten — eine Hoffnung, welcher jeder Aufschub des Bruches zu Gute kam."

Daher die berühmte „dilatorische" Behandlung Frankreichs, d. h. das Verfahren, den französischen Staatsmännern die ihnen eigenthümlichen Illusionen so lange zu belassen, als dieses, ohne ihnen irgend eine auch nur mündliche Zusage zu machen,

möglich war. Bei den damaligen Darlegungen war von besonderer Wichtigkeit, was über Frankreichs Begehr nach Belgien bekannt wurde; es war gewiß ein Meisterstreich Bismarck's, daß er diese Enthüllungen gerade eintreten ließ, als es galt, das englische Volk vor jeder Versuchung einer Parteinahme für Frankreich zu bewahren. Es war eine Folge jener Veröffentlichungen, daß in dem neuen Neutralitätsvertrag mit England über Belgien ausdrücklich des Falls der Verletzung dieser Neutralität durch Frankreich gedacht wurde.

Als nun der Krieg gegen Frankreich trotz aller Vorsicht und Zurückhaltung unserer Politik unvermeidlich geworden war, trat (um es auch hier zu erwähnen) bei den Verhandlungen in Süddeutschland über den casus foederis eben unwiderleglich hervor, wie richtig die Bismarck'sche Politik Süddeutschland gegenüber gewesen war.

Während des Krieges selbst, als Gottes Gerichte an Frankreich sich erfüllten, war es Fürst Bismarck's wie unseres Kaisers Einfluß, der vor Allem den sittlichen Geist im deutschen Volke zu pflegen und dasselbe vor Ueberhebung zu wahren suchte. Sein Streben war auch inmitten des Krieges vor Allem darauf gerichtet, daß ein großes, einiges, deutsches Vaterland als Hort der Gottesfurcht, edler Sitte und wahrer Freiheit, als Bürgschaft eines dauernden Völkerfriedens im Herzen Europas erstehe.

Die Friedensverhandlungen. Die erste Sorge, nachdem die freventliche Herausforderung Frankreichs abgewiesen war, mußte die Sicherstellung unserer Grenze gegen Frankreich sein. In der That hatte Fürst Bismarck, gleich nach der Entscheidungsschlacht von Sedan, diesen Punkt in erster Linie als nothwendige Folge des siegreichen Krieges ins Auge gefaßt. Die beiden denkwürdigen Rundschreiben von Meaux vom 13. und 16. September 1870 geben davon Zeugniß.

„Unsere Friedensbedingungen sind uns durch die Natur der Dinge und durch das Gesetz der Nothwehr gegen ein gewaltthätiges und friedloses

Nachbarvolk vorgeschrieben. Die einmüthige Stimme der deutschen Regierungen und des deutschen Volkes verlangt, daß Deutschland gegen die Bedrohungen und Vergewaltigungen, welche von allen französischen Regierungen seit Jahrhunderten gegen uns geübt wurden, durch bessere Grenzen als bisher geschützt werde. So lange Frankreich im Besitz von Straßburg und Metz bleibt, ist seine Offensive strategisch stärker als unsere Defensive bezüglich des ganzen Südens und des linksrheinischen Nordens von Deutschland. Straßburg ist, im Besitze Frankreich, eine stets offene Ausfallpforte gegen Süddeutschland. Im deutschen Besitz gewinnen Straßburg und Metz dagegen einen defensiven Charakter; wir sind in mehr als zwanzig Kriegen niemals die Angreifer gegen Frankreich gewesen, und wir haben von letzterem nichts zu begehren, als unsere von ihm so oft gefährdete Sicherheit im eigenen Lande. Frankreich dagegen wird jeden jetzt zu schließenden Frieden nur als einen Waffenstillstand ansehen und uns, um Rache für seine jetzige Niederlage zu nehmen, ebenso händelsüchtig und ruchlos wie in diesem Jahre, wiederum anzugreifen, sobald es sich durch eigene Kraft oder fremde Bündnisse stark genug dazu fühlt. —

Von Deutschland ist keine Störung des europäischen Friedens zu befürchten; nachdem uns der Krieg, dem wir mit Sorgfalt und mit Ueberwindung unseres durch Frankreich ohne Unterlaß herausgeforderten nationalen Selbstgefühls vier Jahre lang aus dem Wege gegangen sind, trotz unserer Friedensliebe, aufgezwungen worden ist, wollen wir zukünftige Sicherheit als den Preis der gewaltigen Anstrengungen fordern, die wir zu unserer Vertheidigung haben machen müssen."

Der Kanzler hat später in den Debatten über die Stimmungen in Elsaß-Lothringen wiederholt darauf hingewiesen, daß diese Provinzen keineswegs um ihres ursprünglich deutschen Wesens willen und aus Deutschthümelei begehrt worden, und daß man wohl gewußt habe, welch' harten Kampf man mit der Bevölkerung zu bestehen haben werde, daß man aber aus jenem praktischen, defensiven Gesichtspunkt auf der Erwerbung bestehen mußte. Fürst Bismarck sagte u. A.:

„Denn nicht aus Besitzsucht nach Land und Leuten, auch nicht aus dem berechtigten Gefühl, altes Unrecht sühnen zu wollen, was uns vor 200 Jahren geschehen ist, sondern in der bitteren Nothwendigkeit, uns auf weitere Angriffe eines kriegerischen Nachbarn gefaßt machen zu müssen, haben wir die Forderung auf Landabtretung, auf Festungsabtretung soweit ausgedehnt, wie es geschehen ist, damit wir ein Bollwerk haben, hinter dem wir weitere Angriffe von der Art abhalten können, wie sie seit 300 Jahren jede Generation in Deutschland erlebt hat. Ich glaube, unter uns Allen ist Niemand, dessen

Vorfahren nicht in jeder Generation seit 300 Jahren in der Lage gewesen wären, mit Frankreich zu fechten, wenn sie überhaupt Soldaten waren. Also lediglich die Rücksicht auf unsere Sicherheit hat uns geleitet, eine Rücksicht, die um so berechtigter ist, als Frankreich in der Regel bei seinen Angriffen in Deutschland, bei dessen früherer Zerrissenheit Bundesgenossen gefunden hat und dadurch stärker geworden ist und die Abwehr schwerer."

Süddeutschland vor Allem galt es gegen Angriffe Frankreichs sicherzustellen. Bismarck erinnerte einmal drastisch daran, wie schon zur Zeit des orientalischen Krieges der König Karl von Württemberg erklärte, im Falle eines Krieges gegen Frankreich könne er nicht für seine Leute stehen, weil Württemberg von Frankreich überrannt würde, ehe das übrige Deutschland ihm zu Hilfe kommen könne.

„Geben Sie uns Straßburg", sagte der König, „und wir werden einig sein für alle Eventualitäten; so lange Straßburg aber ein Ausfallthor ist für eine stets bewaffnete Macht, muß ich befürchten, daß mein Land überschwemmt wird von fremden Truppen, bevor mir der deutsche Bund zu Hilfe kommen kann. Ich werde mich keinen Augenblick bedenken, das harte Brot der Verbannung in ihrem Lager zu essen, aber meine Unterthanen werden an mich schreiben. Sie werden von Kontributionen erdrückt werden, um auf Aenderung meines Entschlusses zu wirken. Ich weiß nicht, was ich thun werde, ich weiß nicht, ob alle Leute fest genug bleiben werden. Aber der Knotenpunkt liegt in Straßburg, denn so lange das nicht deutsch ist, wird es immer ein Hinderniß für Süddeutschland bilden, sich der deutschen Einheit, einer deutsch-nationalen Politik ohne Rückhalt hinzugeben. So lange Straßburg ein Ausfallthor für eine stets waffenbereite Armee von 100—150 000 Mann ist, bleibt Deutschland in der Lage, nicht rechtzeitig mit ebenso starken Streitkräften am Oberrhein eintreten zu können — die Franzosen werden stets früher da sein."

Es kam also darauf an, den Ausgangspunkt der französischen Truppen weiter zurückzuverlegen, es kam darauf an, ein Bollwerk zu errichten, „gegen die Irruptionen, die seit 200 Jahren diese leidenschaftliche, kriegerische Völkerschaft, deren alleiniger,

direkt ausgesetzter Nachbar in Europa zu sein Deutschland das Unglück hat und die Unannehmlichkeit hat — diesen Kriegern gegenüber die Spitze von Weißenburg, die tief in unser Fleisch hineinragt, abzubrechen."

Um dieser militärischen Nothwendigkeit willen, aus der heraus er handelte, bei der Abwesenheit jeder Illusion über die Denkungsweise der Elsässer und der Lothringer hielt es der Fürst umsomehr für seine Pflicht, wie er es einmal nannte, der Advokat dieser Bevölkerung zu sein: er empfinde ein gewisses Gefühl der Verantwortlichkeit für sie wegen des Antheils, den er an ihrer Loslösung von Frankreich gehabt.

Kaiser und Reich. Die herrlichste Frucht des Sieges aber war im Kriege selbst gereift — Kaiser und Reich standen schon in Versailles an jenem denkwürdigen 18. Januar fertig da, der für immer einer der größten Tage der deutschen Geschichte sein wird. Auch für Fürst Bismarck war jener Tag die Erfüllung seines innigsten Strebens: es soll nicht von Neuem untersucht werden, welchen Antheil sein Wirken und Ringen an dieser Erfüllung gehabt, dies ganze Schriftchen soll ja davon Zeugniß geben. Die künftigen Veröffentlichungen werden auch zeigen, welchen Antheil er an den letzten Ereignissen hatte, die das Werk der Einheit förderten, an den Entschließungen der Fürsten, an den Verträgen und Verhandlungen, durch welche das Reich zu Stande kam.

Der Kanzler hatte die Genugthuung, daß die deutsche Entwickelung in den Bahnen, in welche er sie geleitet hat, rascher als irgend Jemand es ahnen konnte, zum glorreichen Abschlusse gelangte, daß aus den Keimen der Einigung zwischen Nord und Süd, die er gepflanzt und sorglich gepflegt hatte, in der Stunde der Entscheidung die reife Frucht der vollen Einheit und Kraft hervorging. Die nationale Erhebung Süddeutschlands und die glorreiche Waffengemeinschaft, welche Deutschland schützte und Frankreich niederwarf, waren nur möglich in Folge jener um-

sichtigen, wahrhaft bundesfreundlichen Politik, welche in den letzten Jahren unsere Beziehungen zu Süddeutschland leitete.

„Setzen wir Deutschland in den Sattel, reiten wird es schon können!" — hatte Graf Bismarck bei der Gründung seines nationalen Werkes allen Zweiflern zugerufen, — und seine Zuversicht hat sich in wunderbarer Weise erfüllt. Durch den Ritt des geeinigten Deutschlands nach Frankreich hinein war nicht blos die Kraft des deutschen Volkes herrlich erprobt und bewährt, sondern ein neues Zeitalter der europäischen Politik war eingeleitet worden.

Was durch den letzten Krieg erreicht worden, das war für das gesammte Volk ein Gegenstand erhebender, fast andächtiger Betrachtung: mit Recht fand ein Redner im Reichstage diese Ereignisse so übergroß und gewaltig, daß man, um etwas Gleiches oder Aehnliches zu finden, auf Jahrtausende zurückliegende Zeitalter greifen muß.

Nach dem französischen Kriege.

Die Wiederanknüpfung mit Oesterreich noch vor völliger Beendigung des deutsch-französischen Krieges ist seiner Zeit über der Fülle der sich drängenden Ereignisse nicht genügend beachtet worden, sie war aber unzweifelhaft eine diplomatische Meisterleistung, deren wohlthätige Wirkung heute schwerlich Jemand verkennen wird. Dieselbe steht im genauesten inneren Zusammenhange mit der oben geschilderten süddeutschen Politik des Fürsten Bismarck und ist ein Ausfluß desselben Geistes.

Es war unzweifelhaft nach den Ereignissen von 1866, zumal in ihrer Konnexität mit Oesterreichs Mitwirkung in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit, überaus schwer, es war vollends nach Oesterreichs Verhalten am Anfange des französischen Krieges überraschend, daß ein leidliches Verhältniß zwischen Preußen

und Oesterreich wieder angebahnt wurde; daß die Beziehungen aber so bald vertrauliche, intime wurden, dazu gehörte die ganze Klugheit und Erhabenheit der Bismarck'schen Staatsklugheit, die Hochherzigkeit eines politischen und patriotischen Sinnes, der Alles vergißt und hintansetzt, wenn es gilt, große Ziele fürs Vaterland zu erreichen.

Um die menschliche und politische Größe und Bedeutung jener Wiederanknüpfung vollauf zu würdigen, darf man nicht vergessen, daß noch derselbe Graf von Beust die österreichische Politik leitete, welcher nach 1866 als einer der Hauptrepräsentanten des Preußenhasses und zugleich einer ohnmächtigen Rivalität gegen Fürst Bismarck an die Spitze der österreichischen Regierung getreten war und seitdem keine Gelegenheit vorübergelassen hatte, seiner Gegnerschaft gegen das neue Deutschland Ausdruck zu geben.

Er hatte zumal beim Beginn der deutsch-französischen Verwickelung, während er offiziell und zum Schein im Sinne der Beschwichtigung und Versöhnung auftrat, doch vertraulich Alles gethan, um ein Bündniß zwischen Frankreich, Oesterreich und Italien gegen Deutschland zu Stande zu bringen; er versicherte nach erfolgter Kriegserklärung die französische Regierung, daß Oesterreich „getreu den übernommenen Verpflichtungen", die Sache Frankreichs „wie die seinige" betrachten und in den Grenzen des Möglichen zum Erfolge seiner Waffen mitwirken werde. Nur machte er darauf aufmerksam, daß der Eintritt Oesterreichs in die Aktion sofort denjenigen Rußlands nach sich ziehen würde, deshalb sei das Wort Neutralität „vorläufig" eine Nothwendigkeit; aber diese Neutralität sei nur das Mittel, sich dem eigentlichen Ziele zu nähern, nämlich die Rüstungen Oesterreichs zu vollenden, ohne dasselbe einem vorzeitigen Angriffe Preußens oder Rußlands ausgesetzt zu sein, — es gelte dem „Ueberfluthen des Teutonismus", welchen Preußen, eine vorzugsweise protestantische Macht aufgenommen habe, einen Damm entgegenzusetzen.

Bekanntlich scheiterten jene Absichten Beust's daran, daß wir zu rasch siegten: die Tage von Weißenburg, Wörth und Spichern,

sprachen zu deutlich zu den Gegnern des Teutonismus und mahnten sie zur Vorsicht, aber noch im Spätherbst 1870 beklagte Graf Beust, daß es „kein Europa mehr" gebe, um wenigstens „vermittelnd" für Frankreich einzuschreiten.

Derselbe Graf von Beust stand noch an der Spitze der Dinge in Oesterreich, als Bismarck gegen Ende des Jahres sich anschickte, die Vollendung des deutschen Reiches als erste bereits reife Frucht dieses Krieges zu ernten. Um dieses Werk zu fördern, erstrebte er den vollen Ausgleich mit Oesterreich; er wußte, daß wichtige Schichten der süddeutschen Bevölkerung den größten Werth auf gute Beziehungen zum alten Kaiserstaat legten, und um so freudiger zum deutschen Reich stehen würden, wenn dasselbe von vorn herein in freundlichem Verhältniß zu Oesterreich stände. Schon vor den Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten ließ denn Graf Bismarck in Wien erklären, daß das neu zu gestaltende Deutschland auf die aufrichtige und dauernde Freundschaft Oesterreichs den größten Werth lege und kurz darauf erfolgte eine förmliche Eröffnung des Wunsches, „mit dem mächtigen Nachbarreiche Beziehungen zu pflegen, welche der gemeinsamen Vergangenheit ebenso wie den Gesinnungen und Bedürfnissen der beiderseitigen Bevölkerung entsprächen".

„Es lag außerhalb menschlicher Berechnung, daß diese Einrichtungen unter dem Drange der mächtigen Entwickelung, zu welcher ein unerwarteter französischer Angriff das deutsche Nationalgefühl aufrief, ihren Abschluß in den jetzt vorliegenden Verfassungsbündnissen und in der Errichtung eines neuen deutschen Bundes finden sollten. Es konnte nicht der Beruf Norddeutschlands sein, diese nicht von uns herbeigeführte, sondern aus der Geschichte und dem Geiste des deutschen Volkes hervorgegangene Entwickelung zu hemmen oder abzuweisen. Auch die Kaiserlich Königliche Regierung von Oesterreich-Ungarn, davon sind wir durch Ew. Hochwohlgeboren Berichterstattung versichert, erwartet und verlangt nicht, daß die Bestimmungen des Prager Friedens die gedeihliche Entwickelung der deutschen Nachbarländer erschweren sollten. Die Kaiserliche Regierung sieht der Neugestaltung, in welcher die deutschen Verhältnisse begriffen sind mit dem berechtigten Vertrauen entgegen, daß alle Genossen des neuen deutschen Bundes und insbesondere der König, unser Allergnädigster Herr, von dem Verlangen beseelt sind, die freundschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu dem österreichisch-

ungarischen Nachbarreiche zu erhalten und zu fördern, auf welche beide durch die ihnen gemeinsamen Interessen und die Wechselwirkung ihres geistigen wie ihres materiellen Verkehrslebens angewiesen sind. Die verbündeten Regierungen hegen ihrerseits die Zuversicht, daß derselbe Wunsch auch von der österreichisch-ungarischen Monarchie getheilt wird."

So Graf Bismarck, und es war gewiß bezeichnend für die Entwickelung, die wir durchgemacht hatten, daß Graf Beust ein halbes Jahr, nachdem er dem Kaiser Napoleon mit obigen Worten die Hilfe Oesterreichs gegen Deutschland in Aussicht gestellt, nunmehr im Dezember schrieb:

„Unsere Auffassung neigt dahin, in der Einigung Deutschlands unter Preußens Führung einen Akt von historischer Bedeutung, eine Thatsache ersten Ranges in der mordernen Entwickelung Europas zu erblicken und danach das Verhältniß zu beurtheilen, welches zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und der neuen staatlichen Schöpfung an unseren Grenzen angebahnt und befestigt werden soll.

Von diesem Standpunkte aus kann es Mir nur zu hoher Befriedigung gereichen, jetzt schon bestätigen zu dürfen, daß in maßgebenden Kreisen Oesterreich-Ungarns der aufrichtige Wunsch vorherrscht, mit dem mächtigen Staatswesen, dessen Gründung sich nunmehr vollziehen wird, die besten und freundschaftlichsten Beziehungen zu pflegen. Dieser Wunsch wurzelt in der festen Ueberzeugung, daß eine unbefangene Erwägung und Würdigung der gegenseitigen Bedürfnisse nur die ersprießlichste und wohlthätigste Wirkung auf beide Reiche äußern, sie in Frieden und in reger Mitarbeiterschaft an den Aufgaben der Gegenwart und Zukunft einigen wird. —

Seine Majestät der Kaiser wird die neuen Verhältnisse des deutschen Volkes mit dem rückhaltlosen Wunsche auffassen, daß dasselbe in den neuen Formen seines staatlichen Daseins die wahren Bürgschaften einer glücklichen, für seine eigenen, wie für die Wohlfahrt des ihm in geschichtlicher Tradition, in Sprache, Sitte und Recht so vielfach verwandten Kaiserstaates gleich segensreichen Zukunft finden möge."

Diese Vorgänge sind, wie gesagt, bei ihrem ersten Bekanntwerden kaum genügend beachtet worden: am Anfang des Jahres 1871 nahmen die letzten großartigen Peripetien des merkwürdigen Krieges, sowie die Verhandlungen über Kaiser und Reich die öffentliche Aufmerksamkeit zu sehr in Anspruch, als daß die Depeschen über jene Wiederanknüpfung lange hätten die Beachtung fesseln können. Heute aber, wo zumal schon reiche Früchte und Ergebnisse jener neuen Beziehungen zwischen dem deutschen und dem österreichisch-ungarischen Reiche vorliegen, wird man auch jene Wiederanknüpfung als einen Beweis seltener Voraussicht, Umsicht und Energie in der Politik preisen.

In der Thronrede zur Eröffnung des Reichstages im Oktober 1871 sagte der Kaiser:

„Das deutsche Reich und der österreichisch-ungarische Kaiserstaat sind durch ihre geographische Lage und ihre geschichtliche Entwickeluug so zwingend und so mannigfaltig auf freundnachbarliche Beziehungen angewiesen, daß die Befreiung der letzteren von jeder Trübung durch die Erinnerung an Kämpfe, welche eine unerwünschte Erbschaft tausendjähriger Vergangenheit waren, dem ganzen deutschen Volke zur aufrichtigen Befriedigung gereichen wird.“

Die Friedenspolitik und die Milliarden. Die Politik des deutschen Reiches nach seiner Wiedererstehung war schon in den Worten verkündet, welche der Kaiser, als die Fürsten und freien Städte Deutschlands die Aufforderung zur Herstellung des Kaiserthums an ihn richteten, zu denselben sprach: „Deutschland, stark durch die Einheit seiner Fürsten und Völker hatte seine Stellung im Rathe der Nationen wiedergewonnen, aber das deutsche Volk hat weder das Bedürfniß, noch die Neigung, über seine Grenzen hinaus etwas Anderes als den auf gegenseitiger Achtung der Selbständigkeit und gemeinsamer Förderung der Wohlfahrt begründeten Verkehr der Völker zu erstreben.“

„Sicher und befriedigt in sich selbst und seiner eigenen Kraft“, sagte der Kaiser, „wird das deutsche Reich, nach Sicherstellung seiner Grenzen gegen Frankreich ein Reich des Friedens und des Segens sein, in welchem das deutsche Volk finden und genießen wird, was es seit Jahrhundert erstrebt hat.“ Dem neuen Reichstage gegenüber gelobte der Kaiser ebenso, „das neue Deutschland solle ein zuverlässiger Bürge des Friedens sein, weil es stark und selbstbewußt genug sei, um sich die Ordnung seiner eigenen Angelegenheiten als sein ausschließliches, aber auch ausreichendes und zufriedenstellendes Erbtheil zu bewahren“.

Fürst Bismarck war berufen, die Aufgaben der auswärtigen Politik des Reiches zu erfüllen und er fand in der deutschen Nation auf Grund seiner bisherigen Leistungen das unbedingteste Vertrauen; selbst die Gegner seiner Gesammtauffassungen schlossen sich freiwillig oder nothgedrungen der Anerkennung an, daß er in der äußeren Politik unbedingter Meister sei. War in dieser Beziehung sein Ruf schon durch die Erfolge von 1866 und seitdem fest begründet, so hatten die Veröffentlichungen beim Beginn des französischen Krieges, die Kenntniß von den (dilatorischen) Verhandlungen und der fortgesetzten Zurückweisung Frankreichs seit 1876 seinen Ruhm und das Vertrauen zu ihm noch erhöht, und unser Volk sah die Sorge für seinen Frieden in seiner Hand mit Zuversicht; aber man konnte nicht ahnen, wie bald durch ihn das deutsche Reich zum mächtigsten Hort des europäischen Gesammtfriedens werden sollte.

Wir können, da in Betreff der Anerkennung und Würdigung der Verdienste des Fürsten Bismarck in dieser Beziehung nur eine Stimme ist, uns hier kurz fassen und erinnern nur in allgemeinen Zügen an die beispiellosen Erfolge, die Deutschland seiner diplomatischen Meisterschaft zu danken hat.

Das deutsche Reich sollte ein Reich des Friedens sein. Fürst Bismarck hatte längst seine persönliche Ueberzeugung dahin ausgesprochen, daß selbst ein siegreicher Krieg doch immer ein Uebel sei, vor welchem die Staatskunst die Völker bewahren müsse, ihm war es vornehmlich zu danken, daß nicht nur unsere eigenen

Verhältnisse, sich friedlich entwickelten, sondern daß Deutschland auch der Mittel- und Stützpunkt einer allgemeinen Friedenspolitik in Europa wurde.

Die erste Zeit nach dem Friedensschlusse mußte natürlich der Auseinandersetzung mit Frankreich gewidmet sein, und insofern hatte sich auch hierbei seine Entschiedenheit und Festigkeit zu bewähren, daß er jede Versuchung, in diese rein finanzielle Angelegenheit politische Gesichtspunkte zu mischen. Gleich im Anfange wies er die Zumuthung zurück, die Verlegenheiten, welche Frankreich durch die Kommune bereitet wurden, zu benutzen, und stellte den Grundsatz auf, daß es nicht Deutschlands Aufgabe sei, sich in die inneren Angelegenheiten Frankreichs über das Bedürfniß der Sicherstellung seiner eigenen Interessen einzumischen. Denselben Gesichtspunkt hielt er fort und fort fest und machte ihn namentlich in der berühmten Depesche an den Grafen Arnim geltend, in welcher näher ausgesprochen wurde, daß, so lange der Frankfurter Friede nicht völlig ausgeführt sei, wir nur das Interesse an den inneren Verhältnissen Frankreichs haben können, daß die gouvernementalen Verhältnisse in einer regelmäßigen, legalen Entwickelung bleiben, und daß wir nicht zur Befriedigung unserer Forderungen von Neuem das Schwert ziehen müßten, sei es, daß durch gewaltsame Umwälzung eine Republik mit einer anderen Gattung von Führern ans Ruder käme, sei es, daß durch monarchische Institutionen Frankreich bündnißfähiger für unsere bisherigen Freunde würde. Unsere Aufgabe sei es nicht, die Zustände Frankreichs zu konsolidiren; kein Franzose würde jemals auf den Gedanken kommen, uns wieder zu den Wohlthaten der Monarchie zu verhelfen, wenn Gott über uns das Elend einer republikanischen Anarchie verhängen sollte. „Unser Bedürfniß“, sagte er, „ist, von Frankreich in Ruhe gelassen zu werden, und zu verhüten, daß Frankreich, wenn es uns den Frieden nicht halten will, Bundesgenossen finde. So lange es solche nicht hat, ist uns Frankreich nicht gefährlich, und so lange die großen Monarchien Europas zusammenhalten, ist ihnen keine Republik gefährlich. Dagegen wird

eine französische Republik aber sehr schwer einen monarchischen Bundesgenossen gegen uns finden."

Die Thatsache freilich, daß Frankreich im Stande war, die ihm auferlegte Kriegsentschädigung statt in vier Jahren, wie zuerst bestimmt war, schon nach zwei Jahren völlig abzutragen und in derselben Zeit noch ungeheure Summen auf die Wiederherstellung seiner Armee zu verwenden, gibt vor Allem den Beweis, daß die finanziellen Forderungen, welche Deutschland an Frankreich gestellt hatte, keineswegs so übertrieben und so drückend waren, wie beim Friedensschlusse auf vielen Seiten, besonders in England, behauptet wurde. Alle ängstlichen Vorhersagungen, welche damals mit dem Scheine größter Autorität in Bezug auf den wirthschaftlichen Ruin Frankreichs und auf gleichzeitige verhängnißvolle Erschütterungen des Weltgeldmarktes laut wurden, haben sich als irrthümlich erwiesen.

Unsere Regierung aber hat in Anerkennung des besonnenen Geistes, welcher in der Politik Frankreichs zur Geltung gelangte, bereitwillig die Hand dazu geboten, Frankreich die Abtragung der Schuld zu erleichtern und die Fristen der Auseinandersetzung abzukürzen.

So gelang es, das Friedenswerk zwischen Deutschland und Frankreich früher als man gehofft, schon im März 1873 zum Abschluß zu bringen. Fürst Bismarck legte so großes Gewicht darauf, daß er selbst die schließlichen Verhandlungen darüber führte: er bot, zumal einer Regierung gegenüber, deren Bestrebung unzweifelhaft auf die loyale Erfüllung der Verpflichtungen gegen Deutschland gerichtet war, bereitwillig die Hand dazu, durch eine weitere vertrauensvolle Vereinbarung unsere Rechnung mit Frankreich abzuschließen und die letzten Nachwehen des Kriegszustandes verschwinden zu lassen. Der Geist wahrhafter Mäßigung und Friedensliebe, der diesen Abschluß gelingen ließ, war offenbar von großer Bedeutung auch für die weiteren Beziehungen der beiden Großmächte. Jedenfalls wurde dieser Abschluß mit Frankreich damals allgemein als ein hocherfreuliches Ereigniß begrüßt und vom Präsidenten des Reichstages in besonderer Ansprache

als ein hohes Verdienst des Kanzlers um das deutsche Volk gepriesen.

Es ist seitdem freilich die pessimistische Auffassung vielfach zur Geltung gekommen, daß uns „die Milliarden“ überhaupt nichts genützt, vielmehr alle die späteren wirthschaftlichen Ausschreitungen verursacht haben; es wäre mithin gar kein Verdienst, jene Zahlungen gesichert und zumal beschleunigt zu haben. Es soll hier nicht untersucht werden, inwieweit die schnelle Zahlung ökonomisch schädlich war; jedenfalls ist dies ein Urtheil ex post, und die allgemeine Ansicht war zur Zeit für die Beschleunigung, weil sie in dieser vor Allem die Sicherung der Zahlung erblickte. Die Frage aber nach dem Nutzen der Milliarden ist längst dahin beantwortet, daß dieselben eben als Kriegskostenentschädigung zunächst und vor Allem für die unmittelbaren Folgen des Krieges, für die Invalidenpensionen, zu den umfassenden Retablissements, sodann für die fernere Ausbildung der Wehrhaftigkeit des Volkes zur Sicherung des Friedens verwandt worden sind. Es versteht sich von selbst, daß zahlreiche Verluste und Opfer, welche der „mit leichtem Herzen“ von Frankreich unternommene Krieg den Einzelnen, wie den Familien auferlegt worden sind, auch durch die Milliarden nicht ausgeglichen werden konnten. Was aber den Krach betrifft, so hat das ungesunde wirthschaftliche Treiben, das ihn herbeiführte, seinen Ursprung in der plötzlichen Friedensseligkeit nach langem Bangen und steter Kriegsfurcht, und er hätte wohl ebenso stattgefunden, wenn wir drei statt fünf Milliarden erhalten hätten, wie er denn in Oesterreich, welches überhaupt keine Milliarden empfangen hatte, die ärgsten Verwüstungen anrichtete.

Soviel steht fest, daß der rasche und glatte Abschluß mit Frankreich seiner Zeit in ganz Deutschland als ein großes Verdienst des Fürsten Bismarck anerkannt wurde.

Die Drei-Kaiser-Politik. Unsere Beziehungen zu Frankreich würden wohl nicht einen so befriedigenden Verlauf genommen haben, wenn die deutsche Regierung nicht vom ersten Augenblick nach Wiederherstellung des Friedens dafür gesorgt hätte, daß Deutschland nicht für sich allein die Aufgabe zu erfüllen hätte, welche nach allen Ankündigungen das Hauptziel des neuerstandenen Reiches sein sollte, nämlich den Frieden zu verbürgen, daß vielmehr die großen Nachbarreiche sich dieser Politik offen anschlössen und ganz Europa immer entschiedener dieselben Wege verfolgte.

Auch ein Thiers an der Spitze Frankreichs, so sehr er relativ und zumal im Vergleich mit seinen republikanischen Hintermännern das Lob der sagesse, das ihm so bereitwillig gespendet wurde, gewiß verdiente, und obwohl Fürst Bismarck mit Recht dem Grafen Arnim Vorwürfe machte, daß er aus monarchisch-doktrinären Gründen das uns günstigste Gouvernement erschüttern half, — selbst Thiers war doch von Herzen durchaus Chauvinist und zumal Deutschland gegenüber, hatte er aus seinem Haß und neuerdings aus seiner Eifersucht nie ein Hehl gemacht. Der Vorwurf, den er dem Kaiserthum gemacht, bestand nicht darin, daß es Krieg gegen Preußen begonnen, sondern daß es ihn schlecht vorbereitet und unter ungünstigen Umständen begonnen. „Sie wollen Preußen einen Stoß geben, ich will es auch", rief er im Juli 1870, „nur halte ich diesen Krieg für unklug. Die Ereignisse von 1866 gingen mir mehr nahe, als irgend wem, aber die Gelegenheit, das Uebel gut zu machen, ist schlecht gewählt." Die gerühmte Weisheit Thiers bestand jetzt eben darin, daß er die Nothwendigkeit, sich mit Deutschland gut zu stellen, klar erkannte, und daß er Frankreich, so lange es nicht vollständig wieder erstarkt, und so lange es nicht eines mächtigen Bundesgenossen sicher sei, vor jedem „neuen Abenteuer" bewahren wollte.

Fürst Bismarck vermied daher einerseits, wie wir gesehen, Alles, was Frankreich bündnißfähig machen konnte, andererseits richtete er sein eifrigstes Bemühen dahin, Deutschland zum Mittelpunkt einer Friedensliga zu machen.

Auch nach dieser Seite war zunächst die Wiederanknüpfung mit Oesterreich von großer Bedeutung gewesen. Aber dies Verhältniß selbst konnte nur fruchtbringend werden, wenn als der dritte im Bunde der Kaiser von Rußland erschien. Schon im Jahre 1871 wurde verkündet, daß „unsere Politik den größten Werth darauf lege, mit den nächsten Nachbarn Deutschlands, den Herrschern der mächtigen Reiche, welche dasselbe von der Ostsee bis zum Bodensee unmittelbar begrenzen, freundschaftliche Beziehungen von solcher Art zu pflegen, daß ihre Zuverlässigkeit auch in der öffentlichen Meinung aller Länder außer Zweifel stehe."

Die Drei-Kaiser-Zusammenkunft, welche im folgenden Jahre in Berlin stattfand, war die deutliche und Allen verständliche Erfüllung der vom Fürsten Bismarck verkündeten Friedenspolitik des deutschen Reichs. Die drei Kaiser bekannten sich jetzt gemeinsam zu der Aufgabe, welche das Reich gleich nach seiner Wiederaufrichtung übernommen hatte, und eben dadurch wurde dem segenverheißenden Streben eine erhöhte Sicherheit der Erfüllung gegeben. Es war ein Zeichen des festen Vertrauens der Mächte zu dem Ernst und der Aufrichtigkeit der friedlichen Richtung der deutschen Politik, wenn sie von vornherein verkündigt hatte, daß Deutschland inmitten seiner Erfolge vor jeder Versuchung zum Mißbrauch seiner durch seine Einigung gewonnenen Kraft bewahrt sei, daß es dieselbe Achtung, welche es für seine eigene Selbstständigkeit in Anspruch nimmt, bereitwillig auch der Unabhängigkeit aller anderen Staaten und Völker zolle. Der Reichskanzler hatte die Bedeutung der fürstlichen Zusammenkunft soeben dahin zusammengefaßt: die bloße Thatsache derselben werde überall als ein den Frieden verbürgender Abschluß der bisherigen großen Ereignisse angesehen werden und der allgemeine Glaube an den Frieden sei ja besonders für die emporblühende Gewerbthätigkeit fast ebenso wichtig, als die Erhaltung des Friedens selbst.

Der stillschweigende, aber durchaus verständliche und überall verstandene Friedensbund der drei Kaiser, der seit dem vorigen

Jahre immer neue Bestätigung und innigere Befestigung gefunden hatte, übte seine Wirkung sichtlich auch auf die anderen großen Staaten, und der König von Italien erachtete es für eine fürstliche Aufgabe im Interesse seines Volkes, wie der allgemeinen Politik, jenem großen und mächtigen Bunde für die Ruhe und den Frieden Europas offen und entschieden beizutreten.

Es ist später üblich geworden, die ganze Drei-Kaiser-Politik geringschätzig zu behandeln und ihre politische Bedeutung herabzusetzen, weil sie eben nicht bestimmte Ziele, nicht ein ausdrückliches Bündniß in sich schloß, zumal, als sie nicht zu verhindern vermochte, daß z. B. in der orientalischen Krisis sich die Sonderinteressen der einzelnen Theilnehmer geltend machten.

Dennoch ist nicht in Abrede zu stellen, daß die an dem Drei-Kaiser-Tage ins allgemeine Bewußtsein getretene Strömung Jahre lang Europa beherrscht und das Vertrauen desselben bestätigt und gestärkt hat. Es war zunächst für Frankreichs Verhalten von größter Bedeutung, daß ihm das klare und lebendige Bewußtsein beigebracht wurde, wie Preußen-Deutschland nicht blos durch eigene Kraft, sondern als Mittelpunkt der allgemeinen Politik allen Versuchen zur erneuten Störung des Friedens wirksam zu begegnen in der Lage sei. Man versetze sich in jene ersten Jahre nach dem Frankfurter Frieden zurück, wo von allen Dächern gepredigt wurde, daß Frankreich nach seiner schweren Demüthigung unfehlbar die erste Gelegenheit benützen werde, um Revanche an uns zu nehmen, daß namentlich die letzten Raten der Kriegsentschädigung, die man damals für unerschwinglich hielt, den Anlaß zum Kriege bieten würden; die letzten Milliarden, hieß es, würden wir unzweifelhaft „holen müssen“. Durch die Politik, deren höchster Ausdruck eben die Drei-Kaiser-Vereinigung war, ist jene Besorgniß allmälig in den Hintergrund getreten: zwar bedurfte es, zumal den Parteien in Frankreich gegenüber, auch später dann und wann, eines sogenannten „kalten Strahls“, als welchen man wohl auch die „Krieg in Sicht“-Episode zu betrachten hat.

Fürst Bismarck selbst hat das Wesen der in Rede stehen-

den Politik dahin bezeichnet, daß das Drei-Kaiser-Verhältniß überhaupt nicht auf geschriebenen Verpflichtungen beruhe und keiner der drei Kaiser verpflichtet sei, sich von den anderen zwei Kaisern überstimmen zu lassen. Es beruhe auf dem persönlichen Vertrauen, welches diese hohen Herren zu einander haben und auf dem auf langjährige persönliche Beziehungen basirten Verhältnisse der leitenden Minister in allen drei Reichen.

Auch Graf Andrassy erklärte später:

„Ein Drei-Kaiser-Bündniß in dem Sinne, daß die drei Mächte bestimmten Fragen, namentlich der Orientfrage gegenüber, Verpflichtungen eingegangen seien, habe nicht bestanden und bestehe nicht. Die drei Kaiser und deren Regierungen seien nur übereingekommen, im Interesse des europäischen Friedens in den auftauchenden Fragen im Einvernehmen, nicht gemeinschaftlich, vorzugehen, und das sei mehrere Jahre gelungen.“

Auch im Reichstage wurde denn die Wichtigkeit des Drei-Kaiser-Bündnisses für die Erhaltung des europäischen Friedens, sowie die Stellung Deutschlands in demselben und vermöge desselben laut und freudig anerkannt.

Bei dieser politischen Bedeutung des Drei-Kaiser-Bündnisses durfte Fürst Bismarck, wie erwähnt, besonders betonen, daß der allgemeine Glaube an den Frieden für das Emporblühen der gewerblichen Thätigkeit vorzugsweise von segensreichem Einflusse sei. Wenn hierin grade dem ersten Aufschwung ein schwerer Rückschlag folgte und das deutsche Reich in seiner jungen Entwickelung arg schädigte, so wurde dies durch Ursachen herbeigeführt, welche von der eigentlichen Politik unabhängig waren, — sicherlich aber hat der „wirthschaftliche Krach“, welcher eben das Reich trotz seiner so glücklichen und hoffnungsvollen politischen Anfänge so schwer traf, die Aufmerksamkeit des Kanzlers damals in erhöhtem Maße auf das wirthschaftliche Leben des Volkes gerichtet und die Pläne gezeitigt, die er für die Hebung desselben in seinem für das deutsche Vaterland erglühenden Herzen ausbildete.

Deutschland in der Orientfrage. Die größte Probe und Bewährung der Bismarck'schen Politik war die orientalische Frage und die Stellung, welche Deutschland in derselben einnahm. Seit dem Beginn der betreffenden Bewegungen hatten sich die europäischen Mächte, besonders die Regierungen der Kaiserstaaten zu gemeinsamen Schritten behufs Friedensstiftung vereinigt, besonders von dem Wunsche beseelt, Alles zu vermeiden, was eine verfrühte Einmischung Europas herbeiführen konnte.

Den allgemeinen Standpunkt der deutschen Politik für die ganze orientalische Krisis faßte Fürst Bismarck dahin zusammen: Deutschland sucht vor Allem den Frieden zu erhalten; wenn dennoch der Krieg ausbricht, denselben zunächst zu lokalisiren, wenn sein Verlauf die Lebensinteressen Oesterreichs bedrohen sollte, für Oesterreich einzutreten.

So groß die Verschiedenheit der Gesichtspunkte und Interessen der Mächte in Bezug auf jene Fragen an und für sich ist, so hat doch die aufrichtige Gemeinschaft friedlichen Wollens und Strebens, welche von dem Drei-Kaiser-Bund ausgehend mehr und mehr alle europäischen Großstaaten verknüpft hatte, zu einer Verständigung geführt, durch welche eine Beilegung der Bewegung versucht und dann wenigstens die Ausdehnung derselben auf die Nachbarstaaten verhindert wurde. Die Natur der Sache brachte es mit sich, daß in der orientalischen Frage innerhalb des Drei-Kaiser-Bundes das Einvernehmen zwischen Rußland und Oesterreich die Grundlage aller Entschließungen bildete; die Aufgabe der deutschen Politik bestand daher wesentlich darin, dieses Einvernehmen unter Berücksichtigung der allgemeinen europäischen Verhältnisse auf jede Weise zu fördern. Dem Ernst und der Macht des Friedensgedankens, wie er besonders im Drei-Kaiser-Bunde gepflegt wurde und dem allgemeinen Vertrauen zu der vom Fürsten Bismarck so umsichtig geleiteten deutschen Politik war es zu danken, daß jene Verständigung „von Fall zu Fall", welche Graf Andrassy als das Wesen der gemeinsamen Aktion bezeichnete, immer und immer wieder gelang und inmitten jener drohenden Zerwürfnisse Europa den Frieden sicherte. Deutschland

bildete in Wahrheit, wie es der Gründer des Reiches gewollt und verkündet hatte, das feste Bollwerk des Friedens, nach Fürst Bismarcks treffender Bezeichnung „die Bleigarnirung, welche die Figur immer wieder zum Stehen brachte".

Der Einfluß Bismarcks auf die gesammte Entwickelung der orientalischen Dinge war um so wunderbarer, um so mehr ein Zeugniß für die moralische Größe der deutschen Politik, als Bismarck laut verkündet hatte, er werde zu irgend welcher aktiven Betheiligung Deutschlands nicht rathen, so lange in dem ganzen Streite für Deutschland kein Interesse in Frage stehe, welches auch nur die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers werth wäre.

Man hat über das Wort Bismarcks „das Bischen Herzegowina" später, als die türkische Frage so sehr an Bedeutung gewonnen hatte, viel wohlfeile Bemerkungen gemacht, gleichsam als über einen Mangel an Voraussicht von seiner Seite; jene Aeußerung ist jedoch nur im Zusammenhang mit Bismarcks Ansichten über die aktive Betheiligung Deutschlands an der Frage aufzufassen. Bekanntlich ist der Augenblick niemals eingetreten, wo die türkische Angelegenheit für Deutschland die Knochen eines pommerschen Musketiers werth wurde, wo daher das „Bischen Herzegowina" für uns „ein schwarzer Punkt am Horizont" geworden wäre. Allerdings war sie für den Kanzler selbst damals, wie später, ein Gegenstand vieles politischen Denkens und Sorgens, — aber es ist eben gelungen das deutsche Vaterland vor aller Mitleidenschaft in der Frage zu bewahren.

Die damalige Lage aber enthielt für die deutsche Politik die Aufforderung zu einer außerordentlich vorsichtigen Politik, die sich den anderen Mächten durch ihr Wohlwollen und ihre Friedensliebe empfiehlt, weil sie dadurch keins ihrer Interessen verletzt.

Damals, schon vor dem Kongreß, der das Ansehen der Bismarckschen Stellung so unendlich erhöhen sollte, sprach

Herr von **Bennigsen** unter Zustimmung aller Seiten der Reichsvertretung:

„In diesem Augenblicke sind die Augen der ganzen Welt vielleicht mehr als vor einigen Jahren auf die Dinge gerichtet, die im Orient vorgehen. Da erinnert sich doch gewiß die dankbare deutsche Nation und ihre Vertretung, welche Stellung sich das deutsche Reich, sein Kaiser und sein Kanzler in diesen Dingen der europäischen Politik in wenigen Jahren verschafft haben. Ist das nicht eine wunderbare Entwickelung und Fügung in den Zuständen Deutschlands, in der Stellung und dem Einfluß, welchen Deutschland sich erworben hat, daß, nachdem noch nicht ein Dutzend Jahre hinter uns liegen, wo Deutschland in furchtbarer Anspannung aller Kräfte, in den gewaltigsten Anstrengungen und Leistungen militärischer Energie sich eine Stellung verschafft hat auf kriegerischem Wege gegen Oesterreich, gegen Frankreich, daß nach so kurzer Zeit eine Politik, die im ersten Augenblicke nach solchen Ereignissen und Erfolgen bei den anderen Kabinetten mehr Staunen und Furcht hervorrief als irgend einen anderen Eindruck, daß es gelungen ist, nach solchen Ereignissen an der Hand einer so ungewöhnlichen militärischen Energie und solcher militärischen Erfolge dem Auslande das Gefühl beizubringen, daß man es hier in dem neuen Deutschland nicht mit einer vorzugsweise militärischen oder kriegerischen Macht zu thun habe, sondern mit der Macht einer Nation, welche sich die Aufgabe gestellt hat, innerhalb der wiedergewonnenen alten Grenzen mit dem erstarkten Einflusse, der dem deutschen Volke zukommt, nun auf diesem Boden friedlich das Weitere zu gestalten, was hier von der Natur und der Vorsehung bestimmt ist und auch andere Mächte in ihrem Besitze und in ihrer Entwickelung ungestört zu lassen?

Wer hat im Jahre 1866, wer hat noch mehr im Jahre 1871 erwarten können, daß nach wenigen Jahren die Stellung Deuschlands, sein Einfluß in Europa gerade in dieser Linie liegen würde, und daß das geschehen ist, das ist das Verdienst des deutschen Kaisers und seines Kanzlers. Dafür ist das Gefühl in Deutschland wie im übrigen Europa so lebhaft, daß die Lücke, die durch das Ausscheiden des Kanzlers gerissen worden, nach allen Seiten hin als eine verhängnißvolle empfunden wird."

Es war eine Anerkennung der uneigennützigen Bemühungen der deutschen Politik um den europäischen Frieden in allen Stadien der orientalischen Angelegenheit, daß der **Kongreß** zur endlichen Beilegung der ganzen Frage grade in Berlin, unter dem Einfluß des Fürsten **Bismarck**, abgehalten wurde. Welcher Kontrast gegen die frühere Stellung Deutschlands in dieser Frage, daß alle Mächte, und am meisten die unmittelbar betheiligten,

die Vermittelung der deutschen Politik vorzugsweise anriefen. Fürst Bismarck hatte noch kurz zuvor jede aktive Einmischung Deutschlands entschieden abgelehnt.

„Nur für den Schutz unserer Unabhängigkeit nach außen, hatte er gesagt, unserer Einigkeit unter uns und für diejenigen Interessen, die so klar sind, daß, wenn wir für sie eintreten, die volle Ueberzeugung, die volle Begeisterung der deutschen Nation uns trägt, — nur einen solchen Krieg bin ich bereit, dem Kaiser anzurathen.“

Dagegen hatte Fürst Bismarck sich und der deutschen Politik die Rolle des „ehrlichen Maklers“ vindizirt, nicht des Schiedsrichters, der sagt: so soll es sein, und dahinter steht die Macht des deutschen Reichs, sondern eben des allseitig geachteten Vermittlers, der das Geschäft wirklich zu Stande bringt.

Nicht der ehrwürdigen und allgemein verehrten Person des Kaisers galt jene Huldigung; denn der treffliche Monarch lag zur Zeit, wo der Kongreß zu Stande kam, schwer danieder, sondern es war recht eigentlich eine allgemeine Anerkennung der vom Fürsten Bismarck geleiteten deutschen Politik und eine Huldigung für die persönliche Wirksamkeit, die er seit Jahren in der orientalischen Frage geübt hatte.

Beim Zusammentritt des Kongresses erschien der Friede Europas von Neuem unmittelbar bedroht. Der Friede von San Stefano hatte den Krieg zwischen Rußland und der Türkei zunächst abgeschlossen, aber aus den Fragen von europäischem Interesse schien ein schwererer, umfassenderer Konflikt hervorgehen zu sollen. Der Ausbruch desselben schien so nahe gerückt, so sehr von jedem Zwischenfall vor Konstantinopel abhängig, daß es fraglich war, ob nicht die Gewalt der Thatsachen alle Absichten der Verständigung vereiteln würde.

Bei dem schneidenden Gegensatze der grundsätzlichen Auffassungen und Ansprüche zwischen England und Rußland war es überaus schwierig, einen Boden zu finden, auf welchem der Versuch einer Verständigung überhaupt unternommen werden konnte.

Graf Andrassy hat in seinen bekannten Worten Namens des ganzen Kongresses anerkannt, wie viel die Weisheit und die un-

ermüdliche Energie des Fürsten Bismarck dazu beigetragen hat, das Werk der allgemeinen friedlichen Beilegung gelingen zu lassen. Der Kongreß konnte nicht die Aufgabe haben, eine volle und absolute Lösung der orientalischen Frage zu finden, die ganz bestimmte und begrenzte Aufgabe aber, den zwischen Rußland und der Türkei allein geschlossenen Friedensvertrag mit den Interessen und Ansprüchen der europäischen Mächte überhaupt und mit den Verträgen in Einklang zu bringen, diese Aufgabe ist durch den Kongreß vollständig gelöst und dadurch dem allgemeinen Frieden zunächst eine neue Bürgschaft gegeben worden.

Damals vereinigten sich alle Parteien in der Anerkennung der großen Resultate der deutschen Politik; unter allgemeiner Zustimmung wurde darauf hingewiesen, daß die Art und Weise, wie seit dem französischen Kriege unsere Politik geleitet werde, volles Vertrauen finde; ausdrücklich wurde der Beifall der Nation auch von Seiten der entschiedenen Linken bezeugt.

Wir berühren nur obenhin die auswärtigen Beziehungen seit dem Berliner Frieden, um wiederholt auf die anerkannt mächtige Stellung Deutschlands in denselben hinzuweisen. Eine besondere Erwähnung möge nur die Anknüpfung des engen Verhältnisses zu Oesterreich-Ungarn finden, welche in dem Augenblicke stattfand, wo in Rußland die revolutionären und deutschfeindlichen Stimmungen die Regierung zu überfluthen drohten. Was Fürst Bismarck in jener Zeit für Deutschland geleistet hat, welche Schwierigkeiten er damals zu überwinden hatte, um zu dem erwünschten Ziele zu gelangen, davon ist das Bewußtsein gar nicht in weitere, selbst politische Kreise gedrungen. Die Chronik jener Zeit verzeichnet sehr treulich alle die Festlichkeiten, welche dem deutschen Kanzler in Wien gegeben wurden: wir lesen dagegen sehr wenig von der geistigen Arbeit, die unter jenem heiteren Schein vor sich ging, vollends erfahren wir fast nichts von den geistigen Kämpfen, die den Festwochen folgten. — Und doch schwebte damals in Wahrheit die größte Staatskrisis, die wir seit 1866 durchgemacht haben. Es ist mit dem Wort und Begriff „Krisis“ in den letzten Jahren viel Miß-

brauch getrieben worden, von der damaligen Krisis aber wußten nur sehr Wenige: es handelte sich um die Modifikation eines Grundprinzips der gesammten auswärtigen Politik des deutschen Reichs, die sich ja seit Jahren auf die engeren Beziehungen zu Rußland in erster Linie gestützt hatte: sehr einflußreiche Kreise mußten zu der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Vorsicht und Zurückhaltung in dieser Beziehung gebracht, sehr mächtige Strömungen überwunden werden, und die Meisten erhielten erst eine Ahnung von der Wichtigkeit der damaligen Vorgänge innerhalb der Regierung, als Notizen vom Auslande her darauf aufmerksam machten und als eine berühmte Ministeransprache die Schwierigkeit als überwunden zeigte. Im Reichstage aber fand die damalige Hinwendung zu Oesterreich von allen Parteien die lebhafteste Zustimmung: von einer Seite, welche den Fürsten Bismarck nicht grade mit Beifall verwöhnt hat, wurde die damalige diplomatische Aktion als eines der unverwelklichsten Lorbeerblätter in der Geschichte seiner politischen Thätigkeit bezeichnet.

„Hier zum ersten Male, sagte ein Redner, hat der Kanzler, der bei der Erreichung und Durchführung der schwierigen Aufgaben, welche er an Preußen und Deutschland gestellt hat, fast bei jedem Schritt auf starken Widerstand großer Kreise, großer Interessen, ganzer politischer und kirchenpolitischer Parteien in Deutschland gestoßen ist, hier zum ersten Male hat er eine poplomatische Aktion vorgenommen und ein wesentliches Resultat in derselben erreicht, wo alle Interessen, alle Parteien, ja ich kann sagen, ganz Deutschland ihm freudig zustimmt."

Der geistliche Kampf. Unter den Verdiensten des Fürsten Bismarck um das deutsche Reich soll der „Kulturkampf" nicht (ohne Weiteres) aufgezählt werden: ein großer Theil der deutschen Bevölkernng, und zwar manche höchst ehrenwerthe Elemente derselben würden hierin nicht einstimmen können. Aber diesen wichtigen Punkt seiner Wirksamkeit und das Verhältniß desselben zu dem sonstigen Streben Bismarcks hier mit Stillschweigen zu übergehen, würde sich um so weniger empfehlen, als aus

solchem Stillschweigen leicht unberechtigt Schlüsse gezogen werden könnten.

Der Verfasser kann auch hier nur wiederholen, was vor Jahr und Tag in anderem Zusammenhange ausgeführt worden ist, „daß man auch von Seiten des Staats von vornherein den Kampf nicht gewollt habe, daß man durch die Macht und Gewalt der vertretenen Grundsätze, durch die beiderseitige erklärliche und entschuldbare Schärfe und steigende Bitterkeit in der Geltendmachung derselben weitergetrieben worden ist, als man zu gehen gedachte.“ An und für sich war die Geltendmachung jener staatlichen Grundsätze gegenüber der Art und Weise, wie die katholischen Auffassungen und Ansprüche vom vatikanischen Konzil erneut wurden, eine politische Nothwendigkeit, aber Fürst Bismarck gerade konnte nach seiner ganzen kirchlichen Stellung als Mensch und als Staatsmann, nimmermehr an einen scharfen, prinzipiellen Kampf gegen die katholische Kirche als solche denken. Von vornherein beklagte er die Bitterkeit und Leidenschaftlichkeit, die sich in den Streit gemischt haben und ermahnte alle Betheiligten, aus jener großen Kalamität für das Vaterland einen friedlichen Ausgang zu suchen. Es sei der ernste Wille der Regierung, daß jede Konfession, besonders die so angesehene und große katholische sich innerhalb des Staates frei bewege, jedes Dogma müsse der Regierung heilig sein, nur der Anspruch auf Ausübung eines Theils der Staatsgewalt seitens der geistlichen Behörden könne nicht eingeräumt werden.

Auf Seiten Bismarcks war gewiß das politische Moment in der Bildung und in dem ersten Auftreten der katholischen Partei das vorzugsweise Maßgebende und Entscheidende für die Behandlung der Sache. Er selbst hat in der ersten großen Rede über die Stellung der katholischen Partei näher dargelegt, wie er nach seiner Rückkehr aus Frankreich die Bildung der katholischen Fraktion als eine Mobilmachung gegen den Staat habe auffassen müssen, — und wie er besonders an der Stellung jenes streitbaren Korps irre geworden sei, weil es der Führung von Männern gefolgt, welche mit Widerstreben sich der preußischen

Gemeinschaft angeschlossen haben und welchen ebenso die Neubildung des deutschen Reiches unwillkommen sei.

„Wie ich gefunden habe, daß die Parteirichtung im Reichstage sich bereitwillig Elemente aneignete, deren fortdauernder prinzipieller Widerspruch gegen den preußischen Staat und gegen das deutsche Reich notorisch war — Protestanten, die nichts mit dieser Partei gemein hatten, als den Haß gegen Preußen —, daß sie Billigung und Anerkennung fand bei all den Parteien, die, sei es vom nationalen, sei es vom revolutionären Standpunkt, gegen den Staat feindlich gesinnt, — da bin ich mir immer klarer in der Besorgniß geworden, daß wir durch diese Partei zu der Situation kommen würden, in der wir uns befinden.“

Es ist unzweifelhaft, daß die Seite der Frage, welche Fürst Bismarck vorzugsweise bewegte und bestimmte, die rein politische war, und daß er auch im kirchlichen Kampfe die Interessen von Kaiser und Reich zunächst im Auge hatte. Er wollte gegenüber der katholischen Auffassung den staatsrechtlichen Standpunkt vor Allem zur Geltung bringen. Er mag darin gefehlt haben, daß er den Tendenzen, welche sich ihm in dem einmal entbrannten Kampfe für eine Weile anschlossen, welche aber ganz andere, und viel weitergehende Ziele verfolgten, zu viel Einfluß gewährte, ebenso wie die katholische Kirche es geschehen ließ, daß ihre Sache vielfach durch zu leidenschaftliche Wortführer vertreten wurde; jedenfalls ist es dem Fürsten Bismarck zu danken, daß selbst in der größten Hitze des Streites das friedliche Ziel nicht aus dem Auge verloren wurde, daß niemals die Hoffnung auf den „friedliebenden Papst“ aufgegeben wurde, mit dem sich ein dauernder Friede schließen lassen werde, und daß, als dieser Papst gekommen war, immer und immer wieder der Versuch gemacht wurde, zur Verständigung mit Rom zu gelangen, und soweit dies bisher nicht möglich war, den religiösen Bedürfnissen der katholischen Bevölkerung thunlichste Erleichterung zu verschaffen.

Fürst Bismarck und der weitere Ausbau des Reichs.

Schon am Anfange des Jahres 1873, als Fürst Bismarck aus dringenden Gründen seiner leidenden Gesundheit zeitweise das preußische Minister-Präsidium an seinen Kollegen und alten Freund, den Kriegsminister Graf von Roon abgab, hatte der Kaiser ihm geschrieben:

„Zehn inhaltschwere Jahre liegen hinter uns, seit Sie Meiner Berufung, an die Spitze der preußischen Verwaltung zu treten, Folge leisteten. Schritt für Schritt hat Ihr Rath und Ihre That Mich in den Stand gesetzt, Preußens Kraft zu entwickeln und Deutschland zur Einigung zu führen. Ihr Name steht unauslöschlich in der Geschichte Preußens und Deutschlands verzeichnet, und die allerhöchste Anerkennung ist Ihnen von allen Seiten gerecht zu Theil geworden."

„Gewöhnlich," sagte damals Fürst Bismarck, „und in allen größeren Staaten wenigstens nimmt die Aufgabe eines auswärtigen Ministers die volle Arbeitskraft eines Mannes in Anspruch, und es dürfte in keinem großen Staate den Fall geben, daß man von dem Träger der auswärtigen Geschäfte auch nur eine anhaltende und eingreifende Mitwirkung in den inneren Angelegenheiten erwartet. Die auswärtigen Geschäfte des deutschen Reiches sind, dank sei es unseren guten Beziehungen zu allen Regierungen, im Augenblick friedliche, aber diesen Frieden nach allen Seiten hin zu wahren und zu pflegen, ist eine Aufgabe, die die Arbeit eines Mannes erfordert."

Die Zusammengehörigkeit der Aufgaben im Reiche und in Preußen brachte es vor Allem mit sich, daß Fürst Bismarck bei dem Rücktritt des Grafen von Roon aus dem Staatsdienst überhaupt, auch den Vorsitz im preußischen Staatsministerium wieder übernahm während ihm jedoch in den laufenden Geschäften eine Erleichterung durch Ernennung eines Vizepräsidenten des Staatsministeriums gewährt wurde.

Noch in demselben Jahre gab der im Reichstage gestellte

Antrag, die geheimen Fonds zu verweigern, Anlaß grade zu einem ausdrücklichen Vertrauensvotum für den Fürsten Bismarck. Namens der Mehrheit wurde dasselbe mit den Worten begründet:

„Wenn derselbe Eindruck eben bei dem Herrn Vorredner und seinen Freunden nicht vorhanden ist, so ist der Grund hiervon, daß sie in diesen Dingen auf einem ganz anderen Boden stehen, als die Mehrheit unserer Nation und die entscheidende Mehrheit dieses Reichstages. Sie haben die Politik des Kanzlers mißbilligt vom ersten Augenblicke an, sie haben Alles gethan, was in ihren Kräften lag, das Zustandekommen des norddeutschen Bundes, des deutschen Reiches zu hindern; sie werden auch nicht aufhören, soweit sie glauben, daß ihre Kräfte dazu reichen, diese Politik auch später zu hindern. Aber, meine Herren, gerade diese erbitterten und leidenschaftlichen Angriffe gegen die Person des Reichskanzlers, als den Träger unserer deutschen Politik, werden von Tag zu Tag mehr dazu beitragen, diese Politik zu festigen, das Vertrauen der Nation und der Mehrheit dieses Reichstages zu dem Träger dieser Politik zu stärken und gerade dazu dienen, dasjenige nicht zu erreichen, vielmehr zu zerstören, was der Herr Vorredner und seine Freunde wollen.“

Als dann einige Jahre später (1877) der Kanzler in Folge seiner durch die anstrengende und aufreibende Thätigkeit erschütterten Gesundheit den Abschied erbat, erklärte der Kaiser in voller Uebereinstimmung mit den Kundebungen der öffentlichen Meinung, ihm jede zeitweise nöthig erscheinende Entbindung von den Geschäften zugestehen zu wollen, nimmer aber in seinen Rücktritt zu willigen. Der Kaiser und das deutsche Volk könne und wolle sich nicht mit dem Gedanken vertraut machen, daß der Staatsmann, aus dessen gewaltigem Denken und Schaffen die Gestaltung unseres nationalen Gemeinwesens hervorgegangen war, und der die Entwickelung desselben seither durch alle Schwierigkeiten von Stufe zu Stufe glücklich durchgeführt hatte, seine Hand von der weiteren Leitung desselben zurückziehen sollte, so lange diese Hand nicht wirklich erlahmt und erschlafft ist; — der Kaiser konnte aber zu der stets bewährten treuen und patriotischen Hingebung des Kanzlers das Vertrauen hegen, daß er, ungeachtet der schweren Erschütterung seiner Gesundheit, auf den Rücktritt von seinem erhabenen Berufe verzichten würde, so lange diese Hoffnung be-

gründet erschiene, daß er die unerläßliche Erfrischung und neue Stärkung zu weiterem Wirken und Schaffen ohne jene volle Entsagung wiedergewinnen werde.

Daher erfolgte nur eine längere Beurlaubung des Kanzlers, bei deren Besprechung im Reichstage der Abgeordnete von Bennigsen, dessen Worte in Bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten bereits mitgetheilt sind, weiter Folgendes sagte:

„Vergleicht man das Resultat dieser zehnjährigen Gesetzentwickelung mit den Verfassungszuständen in Deutschland mit den Einrichtungen, der Zerfahrenheit und Uneinigkeit nicht blos in politischen Dingen, nein, mit dem Mangel an Uebereinstimmung auf allen Gebieten der Gesetzgebung, dann sind die Fortschritte, die in weniger als einem halben Menschenalter auf diesem Gebiete unter der Herrschaft der jetzigen Verfassung gemacht worden sind, so ungeheuer, daß ich jedes Mitglied der Versammlung auffordere, mir eine Zeit ähnlichen Umfanges aus der Geschichte irgend eines Volkes, geschweige denn des deutschen, zu nennen, in dem so Großes auf so weiten Gebieten erreicht worden ist. Wir wollen also zu dem guten Sterne und zu dem guten Glücke Deutschlands das Vertrauen haben, daß uns das, was uns noch fehlt, auch noch werden kann, auch uns, den Mitgliedern, und daß, wo das Bedürfniß so stark hervorgetreten ist, wie in den hier zur Sprache gebrachten Verhältnissen, daß es in nächster Zukunft möglich sein wird, an die Lösung dieser Frage zu gehen. Nach des Kanzlers Rückkehr werden meine politischen Freunde gern auf diese Fragen eingehen, in seiner Abwesenheit jedoch nicht. Nach 1866 hegte man in Deutschland bei den Einzelstaaten die Sorge einer Entwickelung und Führung in den Einzelstaat hinein, und nachher hat sich das Verhältniß so gestaltet, daß grade der deutsche Kanzler der bestimmte und feste Halt für diese Regierungen gewesen ist. Das Vertrauen, welches der Kanzler in dieser Richtung gewonnen hat, ist so unentbehrlich für die weitere Gestaltung der Dinge in Deutschland, daß ein Ersatz in dieser Hinsicht nicht möglich wäre.

Also wenn wir in diesem Augenblicke nicht in der Lage sind, auf diese Fragen näher einzugehen, geschweige darüber Beschlüsse zu fassen, so werden wir uns doch denselben keineswegs entziehen und wenn ich es mir versagen muß, auf eine nähere Erörterung der Frage im Einzelnen einzugehen, so kann ich doch nicht umhin, auf ein und das wichtigste Verhältniß hinzuweisen, welches im Hause im letzten Monat auch sehr deutlich hervorgetreten ist; das ist das Verhältniß der deutschen Finanzen zu den Finanzen der einzelnen Länder. Diese Frage ist grade in diesem Augenblicke, wo wir uns so sehr viel beschäftigt haben mit den Erörterungen über direkte und indirekte Steuern, Ueberlastung einzelner Kreise der Bevölkerung, über die Schwierigkeiten, in

welche die Finanzen der großen deutschen Bundesstaaten gerathen sind oder in nächster Zeit kommen werden — grade jetzt ist dieses Verhältniß ein so brennendes geworden und ich glaube, in der Richtung wird man schon im nächsten Winter versuchen müssen, irgend eine Abhülfe herbeizuführen.

Wir wollen hoffen, daß der Reichskanzler, wenn er durch den Urlaub, der ihm jetzt gewährt ist, seine Gesundheit gekräftigt sieht, wenn er inzwischen auch die großen völkerrechtlichen Angelegenheiten leitet von seinem Urlaube aus, wenn er dann zurückkehrt, mit uns weiter zusammen arbeiten wird an der Entwickelung des deutschen Reiches und seiner Zustände auf der einmal gewonnenen verfassungsmäßigen Grundlage, die Niemand von uns, am wenigsten meine politischen Freunde, antasten will, und daß er dann die im Einzelnen praktisch hervorgetretenen Mängel und Lücken auf Grundlage der Verfassung mit uns in Uebereinstimmung mit den übrigen verbündeten Regierungen zu heilen sich vornehmen wird."

Das war die Ansicht des Reichstages vor einigen Jahren; es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Herr von Bennigsen damals der Wortführer der großen Mehrheit war, welche sich der Erfolge des jungen deutschen Reiches nicht blos in den auswärtigen Angelegenheiten, sondern „auf weiten Gebieten", besonders auch in der Entwickelung der Verfassung freute, und als Aufgabe der nächsten Zukunft die Fragen der Finanzpolitik des Reiches, besonders die Erörterungen über Steuern, über die zu großen Lasten einzelner Kreise der Bevölkerung, über die Finanzschwierigkeiten der großen Bundesstaaten. Diese Aufgaben vertagte man ausdrücklich, um an ihre Lösung im nächsten Winter mit dem Kanzler zu gehn; — man war weit davon entfernt, seine Autorität nur in auswärtigen völkerrechtlichen Dingen anzuerkennen, freudig gestand man vielmehr zu, daß auch die innere Entwickelung der letzten Jahre ihm vornehmlich zu danken war.

Er hatte schon damals, wie wir des Näheren sehen werden, aus seinen Grundsätzen in Finanzsachen kein Hehl gemacht: „er hatte es bereits Jahre zuvor als sein Ideal bezeichnet, möglichst ausschließlich durch indirekte Steuern den Staatsbedarf aufzubringen; er hatte schon lange das Bestreben kundgegeben, die Steuern in einer Weise zu kombiniren, die auf der einen Seite Erleichterung, auf der anderen Seite neue Einnahmequellen

schaffe, — selbst seine Ansicht, daß der Tabak ein vorzüglicher Gegenstand für die Besteuerung sei, war durchaus bekannt und er hatte schon ein Jahr zuvor laut erklärt, daß er die Steuerreform, von deren Nothwendigkeit er fest überzeugt sei, lieber noch ausgesetzt wissen wollte, als eine bloße Tabaksteuer mit mäßigem Ertrage hinzunehmen und die ganze Reform dadurch zu schädigen, daß man einen der besten Artikel vorläufig nicht genügend heranziehe, von dessen Schwimmkraft er erwarte, daß er andere vielleicht mittragen werde".

Wenn hiernach über die Richtung, in welcher Fürst Bismarck die Regelung der Finanzfragen des deutschen Reichs erstrebte, schon damals kein Zweifel obwalten konnte, und wenn der Reichstag trotzdem in Aussicht nahm, mit ihm und nur mit ihm diese Frage zu erledigen, so durfte und mußte er annehmen, daß sein Streben und Wollen eben nicht im Gegensatz gegen das Interesse der deutschen Nation liege, wie man jetzt, nachdem sich das Parteiwesen jener Pläne bemächtigt hat, glauben machen möchte.

Fürst Bismarck hat uns selbst erzählt, daß er sich von Hause aus um jene finanziellen und wirthschaftlichen Fragen wenig gekümmert, wie er seine Verantwortlichkeit nur dahin aufgefaßt habe, daß er den rechten Mann an die rechte Stelle gesetzt, und das sei nach der damaligen Ueberzeugung Delbrück im eminentesten Grade gewesen. Er hat beim Rücktritt dieses Beamten versichert, daß zwischen demselben und ihm selbst niemals irgend eine größere Meinungsverschiedenheit zum Ausdruck gekommen sei, und daß er auch die bedeutendste Frage lieber vertagt haben würde, als dieselbe zum Anlaß des Rücktritts Delbrücks werden zu lassen.

Mit der Entfernung Delbrücks und dem Wegfall seines hohen Ansehens trat aber für Fürst Bismarck die Nothwendigkeit ein, schon um seiner Verantwortlichkeit willen sich mit jenen Dingen mehr direkt zu beschäftigen, und er that es natürlich in

der Richtung, die er nach seiner Ueberzeugung als die heilsamste für das Reich erachtete.

Für die Stellung des Reichskanzlers, hatte er einst gesagt, ist vor allen Dingen die Erwägung eine entscheidende, ob die politische Lage des Reiches verbessert oder verschlechtert wird. Er hatte bei einer anderen Gelegenheit als das Schwerste und Aufreibendste in seinem Amte eben das Gefühl der Verantwortlichkeit für große Dinge und für Interessen bezeichnet, die die Interessen von 40 Millionen Deutschen sind. Wer ein Herz für sein Land habe, den müsse dies packen.

Je mehr aber Fürst Bismarck mit eigener Beobachtung und Forschung in die wirthschaftlichen Dinge eindrang, desto klarer wurde es ihm, daß in der mit einer gewissen Einseitigkeit eingeschlagenen Richtung ein Fehler sei und er hielt sich verpflichtet, als Wächter des Reiches abhelfend einzuwirken. Als nun in jener Zeit der Kaiser jeden Gedanken an Fürst Bismarcks Abgang zurückgewiesen und andererseits der Reichstag den Willen erklärt hatte, die Finanzfragen des Reiches grade mit ihm zu lösen, da stand es bei ihm fest, dieser Aufgabe den Rest seines Lebens zu widmen. Er bezeichnete sich selbst als einen „müden Jäger", der um gewöhnlicher niederer Jagd willen nicht wieder zu erneuter Thätigkeit belebt werde; wenn ihm aber Gegenstände großer und schwieriger Jagd gezeigt werden und wenn er dazu willige Helfer finde, dann raffe er sich trotz aller Müdigkeit zu neuen Thaten auf. Dieser Vergleich, den man kurzweg als die Aeußerung von der „Sauhatz" bezeichnete, wurde in verschiedenen Lesarten wiedererzählt: das Gemeinsame war der Hinweis auf die großen wirthschaftlichen Reformprojekte, die er mit sich herumtrug, und für die er willige Helfer zunächst in seinen Kollegen, sodann nach dem vorläufigen Anschein im Reichstage zu finden hoffte.

Im besten Glauben und mit kühnen Hoffnungen ging daher der Fürst der Aera der Wirthschaftsreform entgegen.

Er wurde hierin noch bestärkt durch die Pflichten, welche der Regierung und der Gesellschaft aus den schweren Erfahrungen

des Jahres 1878, aus den Attentaten und aus den Maßregeln zur Abwehr sozialistischer Umtriebe erwuchsen. Gewiß hatte die deutsche Nation allen Grund, der Bismarckschen Regierung für die Energie zu danken, mit welcher sie gegen das Verbrechen und die „Schule des Verbrechens" einschritt; dieser Dank mußte aber um so entschiedener sein, je mehr Fürst Bismarck von jeher das Berechtigte in den Arbeiterbestrebungen anerkannt und nur vor Ausbeutung Seitens der sozialdemokratischen Irrlehre zu bewahren gesucht hatte, je mehr die Regierung grade auch damals bemüht war, neben der Repression der Gesellschaft auch ihre positiven Pflichten gegen die Arbeiterkreise ins Gedächtniß zu rufen.

Schon bei der Vorlegung des Gesetzentwurfs gegen die Sozialdemokratie hatte der Vizepräsident des Staatsministeriums Graf zu Stollberg gesagt, die Regierung lebe nicht in der Täuschung, als wenn die vorgeschlagenen Maßregeln allein genügten, die schwierigste Arbeit werde auf anderen Gebieten liegen. Die Kommission des Reichstags hatte ihrerseits erkannt, jenes Gesetz solle nur den Boden ebnen und vorbereiten, auf welchem die eigentliche Heilung stattfinden könne, diese Heilung selbst aber müsse neben der Aufklärung der Bevölkerung durch Reformen auf dem wirthschaftlichen Gebiete und im Interesse des Arbeiterstandes erfolgen.

Wie aber Fürst Bismarck selbst seine Pflicht dem Arbeiterstande gegenüber auffaßte, das sprach er zunächst in einer Rede gegen den Abgeordneten Richter aus:

„Der Abgeordnete Richter hat in meiner Abwesenheit angedeutet, ich hätte mich mit der Sozialdemokratie in Beziehungen befunden, die mir eine gewisse Mitverantwortlichkeit für die jetzige Entwickelung der Sachen auferlegten; wenigstens war es offenbar sein Wunsch, diesen Eindruck im Publikum und in der Versammlung zu machen. Ich bin, als ich das gelesen habe, doch etwas erstaunt gewesen, daß der Abgeordnete Richter sich an den äußerlichen Buchstaben des Wortes „Sozialdemokratie" klammert und daß er nicht unterscheidet zwischen den ehrlichen Bestrebungen nach Verbesserung des Looses der Arbeiter, die uns allen am Herzen liegt, und dem, was wir heute zu unserem Bedauern und mit Schmerz genöthigt sind, unter dem Be-

griff Sozialdemokratie zu begreifen. Will der Abgeordnete Richter so zu sagen das Kind mit dem Bade ausschütten und uns veranlassen, daß wir, wenn wir die bis zum Königsmord gesteigerten Bestrebungen der jetzigen Sekte niederzuhalten suchen, gleichzeitig dabei auch jede Bemühung, das Loos der Arbeiter, seinen Antheil an dem Lohn, den die Gesammtarbeit hat, zu verbessern, dann gehe ich nicht mit ihm, und ich bin entschlossen, die Bestrebungen, die man mir von damals vorwirft, sobald ich Zeit und Möglichkeit dazu habe, auch noch fortzusetzen, und rechne mir das zur Ehre an." — — —

Fürst Bismarck fügte hinzu:

„Wenn ich eine Scheidewand errichte für dasjenige, was die verbündeten Regierungen, wenigstens unter meiner Mitwirkung, nicht bekämpfen und was sie bekämpfen, so kann ich das wesentlich mit den Worten positive Bestrebungen und negative Bestrebungen bezeichnen. Sobald uns von sozialdemokratischer Seite irgend ein positiver Vorschlag entgegenträte oder vorläge, wie sie in vernünftiger Weise die Zukunft gestalten wollen, um das Schicksal der Arbeiter zu verbessern, so würde ich wenigstens mich einer wohlwollenden, entgegenkommenden Prüfung der Sache nicht entziehen und würde selbst vor dem Gedanken der Staatshülfe nicht zurückschrecken, um den Leuten zu helfen, die sich selbst helfen."

Das ganze Bestreben des Kanzlers in den letzten Jahren ist in der That einerseits durch das Interesse der Arbeiterbevölkerung und des „kleinen Mannes" überhaupt, wie andererseits durch die Fürsorge für das deutsche Reich bestimmt.

Die finanzielle Sicherstellung des Reiches. Wir könnten hier abbrechen und auf die beispiellosen Verdienste des Fürsten Bismarck nicht blos um die Gründung und Befestigung, sondern auch um die innere Ausbildung des deutschen Reiches hinweisen, um dem Urtheil des Volkes zu überlassen, ob ein Mann, der das für sein Volk geleistet, dessen Geist alle jene Schöpfungen selbstständig erfaßt und zunächst mit sich herumgetragen hat, bis der Augenblick ihrer Verwirklichung gekommen war, der zumal fast alle jene Dinge gleichfalls gegen den schroffsten Widerspruch der Parteien, unter Verdächtigung seiner Absichten und unter

Verlästerung seiner Person durchgesetzt hat, während freilich hinterher alle Welt an seinen Thaten Theil genommen haben will, — ob dieser Mann auch bei seinen jetzigen Unternehmungen nicht das Vertrauen des deutschen Volkes in Anspruch nehmen darf, daß er nicht gradezu Unverständiges und Gemeinschädliches mit seiner Wirthschaftsreform erstrebe.

Je mehr diese Reform von ihm selbst als ein Ganzes aufgefaßt wird, desto mehr wäre es gerechtfertigt, das endliche Gelingen oder Mißlingen auch erst im Zusammenhange zu behandeln: auch liegt es uns fern, die einzelnen Theile der Reform hier von Neuem eingehend zu besprechen und zu rechtfertigen. Wohl aber entspricht es dem Rahmen dieser Schrift und der Aufgabe, die wir uns gestellt haben, die wesentlichen Gesichtspunkte, von denen Fürst Bismarck je und je ausging, möglichst mit seinen eigenen Worten darzulegen, und zugleich die Erfolge, die er auch in dieser Beziehung zum Theil schon erreicht hat, zu beleuchten; denn es ist ein Irrthum, im Parteiinteresse erfunden und verbreitet, daß der Kanzler in den letzten Jahren nur Mißerfolge gehabt habe; in Wahrheit hat er selbst in dieser Zeit, neben dem vorläufigen Scheitern gewisser Pläne, die ihm allerdings sehr am Herzen liegen, doch Erfolge, zum Theil thatsächlicher Natur, zum Theil in der öffentlichen Meinung errungen, wie sie nur ein so hervorragender Geist zu erreichen im Stande war und welche um so mehr das schließliche Gelingen auch der seither zurückgewiesenen Projekte erhoffen lassen.

Die Grundlage für die gesammte Finanzpolitik des Fürsten Bismarck bildet der Artikel 70 der Reichsverfassung, welcher bestimmt, daß die Reichsausgaben, insoweit sie durch die gemeinschaftlichen Einnahmen aus Zöllen, Verbrauchssteuern, dem Post- und Telegraphenwesen nicht gedeckt werden, so lange Reichssteuern nicht eingeführt sind, durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten (Matrikularbeiträge) aufgebracht werden sollen. Er erklärte dies schon, als im Reichstage die Matrikularbeiträge die Matrikularbeiträge zum ersten Male zur Sprache kamen, für einen bloßen Nothbehelf: es sei des Reiches unwürdig, an alle

Einzelthüren zu klopfen und Beiträge zu sammeln, das Reich müsse vielmehr der freigebige Versorger der Einzelstaaten sein.

„Die Anweisung auf Matrikularbeiträge", sagte er, „kann ich nicht annehmen. — — Das große Bindemittel einer starken, gemeinsamen Finanzeinrichtung, eines gemeinsamen Finanzsystems fehlt einem Reiche, welches nur auf Matrikularbeiträge begründet ist. Die Matrikularbeiträge zu vermindern ist meines Erachtens Aufgabe einer wohlerwogenen Reichspolitik."

Dies ist der leitende Gedanke des Fürsten **Bismarck** immerdar geblieben, und er hat noch jüngst geäußert:

„Ich habe von Anfang meiner Karriere an nur einen Leitstern gehabt: durch welche Mittel und auf welchem Wege kann ich Deutschland zu einer Einigung bringen, und, so weit dies erreicht ist, wie kann ich diese Einigung befestigen, fördern und so gestalten, daß sie aus freiem Willen aller Mitwirkenden dauernd erhalten wird."

Er fand darin von vornherein die Aufforderung, Reichssteuern, wie die Verfassung sie in Aussicht nimmt, einzuführen.

„— — Ich halte die eigenen Einnahmen des Reiches für in so hohem Grade wichtig, daß ich nicht glaube, daß ein seiner Verantwortung sich bewußter und von dem richtigen Interesse für den Bestand und die Fortentwickelung des Reiches beseelter Kanzler jemals seine Zustimmung dazu geben wird, daß die eigenen Einnahmen des Reiches ohne hinlänglichen Ersatz vermindert werden. Die Anweisung auf andere Steuern ist zweifelhaft."

Der Reichskanzler war von vornherein auch deshalb gegen die Matrikularumlagen, weil sie die einzelnen Staaten nicht gerecht, nicht nach ihrer Leistungsfähigkeit treffen.

„Ich möchte sagen, es ist eine rohe Form, die zur Aushülfe dienen kann, so lange man in dem ersten Jugendalter des Reichs demselben eigene Einnahmen zu verschaffen nicht vollständig in der Lage war. Ist es anerkannt, daß es eine Steuer ist, die nicht gerecht trifft, so gehört sie von meinem politischen Standpunkt als Reichskanzler nicht zu den Mitteln, die das Reich konsolidiren. Das Gefühl, zu ungerechten Leistungen herangezogen zu werden, entwickelt das Bestreben, einer solchen Ungerechtigkeit sich zu entziehen und verstimmt.

Also aus dem Gesichtspunkte der Befestigung des Reichs — das Reich ist jung im Vergleich zu den einzelnen Staaten, ich möchte sagen, bei allen den Knochenbrüchen, denen Deutschland im Laufe der Jahrhunderte ausgesetzt worden ist und deren Heilung jetzt versucht ist, da ist der callus noch nicht

wieder so fest verwachsen, daß nicht Verstimmungen oder ein starker Druck parlamentarischer Machtprobe und dergleichen das Reich empfindlicher treffen sollten, als den einzelnen Staat. Je mehr gemeinsame Reichseinrichtungen wir schaffen, je mehr gemeinsames Reichsvermögen, desto mehr befestigen wir das Reich."

Neuerdings hat der Kanzler sich noch einmal in der eindringlichsten Weise über seine Stellung zu diesen Fragen geäußert:

„Für mich hat immer nur ein einziger Kompaß, ein einziger Polarstern, nach dem ich steuere, bestanden: das Wohl des Staates. Ich habe mich immer der Frage untergeordnet: was ist für mein Vaterland, was ist — so lange ich allein in Preußen war — für meine Dynastie, und heut zu Tage, was ist für die deutsche Nation das Nützliche, das Zweckmäßige, das Richtige? In erster Linie kommt die Nation, ihre Stellung nach außen, ihre Selbstständigkeit, unsere Organisation in der Weise, daß wir als große Nation in der Welt frei athmen können. Von dem Bau des deutschen Reichs, von der Einigkeit der deutschen Nation, da verlange ich, daß sie sturmfrei dastehen. Seiner Schöpfung und Konsolidation habe ich meine ganze politische Thätigkeit vom ersten Augenblick, wo sie begann, untergeordnet, und wenn Sie mir einen einzigen Moment zeigen, wo ich nicht nach dieser Richtung der Magnetnadel gesteuert habe, so können Sie mir vielleicht nachweisen, daß ich geirrt habe, aber nicht nachweisen, daß ich das nationale Ziel einen Augenblick aus den Augen verloren habe."

In gleicher Auffassung wurde von Seiten der liberalen Freunde der nationalen Sache laut verkündet:

„Eine festere und umfassendere Begründung der Reichsfinanzen ist gradezu Lebensfrage für das Reich geworden, sie wird andererseits von den Einzelstaaten eingehende Unterstützung und nichts weniger als Widerstand gegenwärtig zu erwarten haben. So liegt hier unbedingt einer der springenden Punkte der gegenwärtigen Lage; nur die Regierung bleibt möglich, die sich diesen Bedürfnissen gewachsen zeigt."

Indem nun Fürst **Bismarck** daran ging, das Reich finanziell selbstständig zu machen und auf eigene Einnahmen zu stellen, mußte er weiter erwägen, welche Art von Steuer am besten zur Grundlage dieser Einnahmen zu machen sei.

Sein **Ideal** waren von jeher die indirekten Steuern ge-

wesen: er hielt die direkten Steuern nur für einen harten und plumpen Nothbehelf, mit alleiniger Ausnahme einer hohen Einkommensteuer für die wirklich reichen Leute, — im Uebrigen war das Ziel, nach dem er sein Streben richtete, den Staatsbedarf möglichst ausschließlich durch indirekte Steuern aufzubringen. Sein Aufenthalt in Frankreich hatte offenbar dazu beigetragen, ihn darin zu bestärken; denn er hatte dort gesehen, daß viel größere Steuern, als bei uns, doch weniger drückend erscheinen, weil in Frankreich wie in England die Staatsbedürfnisse vorzugsweise durch indirekte Steuern aufgebracht werden, und was auch theoretisch gegen diese gesagt werden könne, Thatsache sei doch, daß man sie weniger fühle.

So handelte es sich denn für Bismarck, sobald er der Abschaffung der im Interesse des Reichs unerträglichen Beiträge der einzelnen Staaten näher trat, bald um eine Reform der Besteuerung unseres Volkes überhaupt, und zwar hatte er dabei von Hause aus die Absicht, die Steuern in einer Weise zu kombiniren, daß mit den neuen Einnahmequellen zugleich eine Erleichterung in den alten Steuern und in der Aufbringung der unvermeidlichen Lasten des Staats überhaupt geschafft werde. Der „unvermeidlichen" Lasten sagen wir, denn er versicherte von vornherein:

„Ich kann mit bestem Gewissen erklären, daß ich keinen Ueberschuß erstrebe, sondern nur die Deckung dessen, was uns fehlt."

Schon damals wurde ihm der Einwand der parlamentarischen Macht entgegengehalten, er wollte jedoch nicht glauben, daß man um scheinbaren parlamentarischen Einflusses willen unbequeme Steuern beibehalten wolle.

Die parlamentarische Macht, sagte er, bleibt einer verfassungstreuen Regierung gegenüber durch das Ausgabenbewilligungsrecht gesichert, und einer der Verfassung nicht treuen Regierung gegenüber sind ebensowenig Bürgschaften zu finden, wie einer parlamentarischen Kammer gegenüber, die in ihren Beschlüssen sich an den Fortbestand des Reichs oder Staats nicht weiter kehren wollte, sondern daraufhin beschließen, bis er eben zu Grunde ginge. Auf beiden Seiten muß man doch eine ehrliche, vernünftige, gesetzliche und verfassungstreue Gesinnung und Absicht voraussetzen."

In der bekannten Proklamation über „die Absichten und Wünsche der Regierung" im Sommer 1878 wurde denn verkündet:

„Seit langer Zeit ist das Streben der Regierung auf eine wirthschaftliche Reform gerichtet, von welcher man eine allseitige Erfrischung der finanziellen Verhältnisse des Reichs und der einzelnen Staaten und somit einen neuen Aufschwung der Volkswohlfahrt erwartet. Aus den darüber gepflogenen Verhandlungen geht hervor, daß der eigentlich bestimmende Grund und Zweck dieser Reform im Sinne der Regierung vor allem die feste, dauernde Begründung einer selbstständigen und ersprießlichen Finanzpolitik des Reiches und zwar unter wesentlicher Erleichterung der Einzelstaaten und behufs möglichster Schonung der Steuerkraft des Volkes war.

Die leitenden Gesichtspunkte, von denen der Reichskanzler bei ihrem Reformplane von vornherein ausging, waren: einerseits die Selbstständigkeit der Reichsfinanzen und zu dem Zweck die Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches; andererseits die überwiegende Heranziehung und Ausnutzung der dazu vorzugsweise geeigneten indirekten Steuern, um gleichzeitig die seit Jahren immermehr in den Kreis- und Kommunalverbänden vermindern zu können.

Nur auf dem von den Regierungen eingeschlagenen Wege, wurde hinzugefügt, ist es möglich, das Volk von bisherigen drückenden Lasten zu befreien und vor der sonst unvermeidlichen anderweitigen Steigerung der staatlichen und kommunalen Lasten zu bewahren."

Namens der damaligen Finanzverwaltung wurde noch erklärt:

„In Preußen sind wichtige Kulturzwecke mit einem größeren Aufwand als bisher zu fördern. Es gilt das Unterrichtsgesetz durchzuführen, welches bedeutende Ansprüche an den Staatshaushalt stellen wird. Für die Volksschulen und ihre Lehrer, für die höheren Unterrichtsanstalten, für die solidere Vorbildung unserer Handwerker und Gewerbtreibenden u. s. w. sind größere Ausgaben nöthig. Wir müssen für die weitere Entwickelung unseres Verkehrs, für Kanäle, Hafenbauten, zur Förderung des Eisenbahnwesens, insbesondere für Lokal- und Kulturbahnen rc. die Mittel bereit haben. Die Stockung in unseren wirthschaftlichen Verhältnissen muß uns ein Ansporn mehr sein, durch solche produktive Anlagen um so sicherer und rascher den Druck der Gegenwart zu überwinden. Welche Forderungen sind in dieser Hinsicht von der Volsvertretung nicht alljährlich gestellt! rc. rc."

„Die Erfüllung dieser Bedürfnisse ist theils schon gesetzlich geboten, theils entspricht sie dem unzweifelhaft kundgegebenen Willen des Volkes. Dazu aber gewährt der Haushalt der Einzelstaaten nicht mehr die erforderlichen

Mittel und kann sie selbst dann nicht gewähren, wenn die hoffentlich bald sich bessernden wirthschaftlichen Zustände auch eine Vermehrung der Einnahmen aus einigen der bisherigen Quellen herbeiführen sollte. Die Steuerreform muß zugleich reichlichere Quellen für Staatsausgaben schaffen; aber nur für nothwendige, von der Mehrheit der Nation selbst gebilligte, ja, geforderte Ausgaben.

Die Steuerreform setzt voraus, daß Regierung und Volksvertretung aufrichtig und wahr mit einander zu verfahren. In allen diesen Dingen ist die Verständigung leicht, wenn man den ernsten Willen hat, sich mit der Staatsregierung zu verständigen. Die Staatsregierung will weder auf dem politischen, noch auf dem Steuer- und Wirthschaftsgebiete die Redaktion. Sie will auf allen diesen Gebieten die vernünftige Entwickelung."

Und diese umfassende Reform durfte der Kanzler nach den ausdrücklichen Kundgebungen aller gemäßigten Parteien hoffen, mit Zustimmung und Genehmigung der Reichsvertretung durchzuführen.

Die Haltung, zumal auch der national-liberalen Presse im letzten Jahre hatte den Beweis gegeben, daß sie eine umfassende und tiefgreifende Steuerreform sowohl vom Standpunkte der allgemeinen Reichspolitik und um der Reichsidee willen, als auch im wirthschaftlichen Interesse der Bundesstaaten und der kommunalen Verbände in Uebereinstimmung mit dem Kanzler als nothwendig erkannt hatte.

Eines der vorzugsweise maßgebenden Organe der Partei schrieb damals:

„Wie der Kanzler überhaupt die Befestigung des Reiches, das er gegründet, als seine Lebensaufgabe betrachtet, so auch in Bezug auf die Finanzen desselben. Als einem Staatsmanne, der nicht blos den Augenblick, sondern die Zukunft bedenkt, wird ihm die Möglichkeit vorschweben, daß Zeiten des Krieges oder anderer Gefahr eintreten können, in denen die Matrikularbeiträge so sehr in die Höhe geschraubt werden müßten, daß sie ein schneidiges Agitationsmittel aller partikularistischen Parteien abgeben könnten, und er wird andererseits erwägen: daß das Reich, wäre es durch ergiebige eigene Einnahmen finanziell selbstständig, durch nützliche, den Volkshaushalt fördernde Verwendungen, die Anhänglichkeit aller Klassen an den jungen nationalen Staat stärken und vertiefen könnte."

Wie hätte Fürst Bismarck nach solchen Aeußerungen nicht

auf energische Unterstützung seiner Bestrebungen eben um des Reiches willen rechnen sollen.

Seine Zuversicht wurde noch erhöht, als sich im Reichstage selbst eine alsbald die Mehrheit umfassende sogenannte „volkswirthschaftliche Vereinigung“ bildete, welche zum großen Theile aus bisherigen Gegnern der Reichspolitik, wie sie der Kanzler verstanden und geübt hatte, bestand. Die Ankündigungen der 204 bezeichneten einen entschiedenen und bedeutsamen Wendepunkt in der Behandlung der wirthschaftlichen Fragen, sie durften als hoffnungsreiche Anzeichen gelten, daß die Regierung in dem neuen Reichstage auch für ihre wirthschaftlichen Bestrebungen die Stütze einer Mehrheit finden werde, welche entschlossen war, die Behandlung der wirthschaftlichen Fragen „nicht nach den Auffassungen und Geboten bloßer Lehrmeinungen, sondern vor Allem nach den Anforderungen der thatsächlichen Lage der Dinge und nach den wirklichen Bedürfnissen und praktischen Interessen des Volkes zu gestalten.“

Auf Grund dieser ermuthigenden Anzeichen von allen Seiten stellte Fürst Bismarck beim Bundesrath durch das denkwürdige Schreiben vom 19. Dezember 1878 seine Anträge auf Zollreform und auf Steuerreform. In erster Linie stand für ihn auch damals das Interesse der finanziellen Reform, die Verminderung der direkten Steuerlast durch Vermehrung der auf indirekten Abgaben beruhenden Einnahmen des Reichs; eben diesem Zweck aber sollte die Zollrevision dienen. Er wies besonders auf die Thatsache hin, daß andere Großstaaten, zumal solche mit weit vorgeschrittener politischer und wirthschaftlicher Entwickelung, die Deckung ihrer Ausgaben vorzugsweise in dem Ertrage ihrer Zölle und indirekten Steuern suchen.

Die Thronrede vom 12. Februar 1879 bezeichnete den Standpunkt der Regierung den neuen Aufgaben gegenüber, wie folgt:

„Ich bin der Meinung, daß unsere wirthschaftliche Thätigkeit in ihrem gesammten Umfange auf diejenige Unterstützung

vollen Anspruch hat, welche die Gesetzgebung über Steuern und Zölle ihr zu gewähren vermag, und in den Ländern, mit denen wir verkehren, vielleicht über das Bedürfniß hinaus gewährt. Ich halte es für meine Pflicht, dahin zu wirken, daß wenigstens der deutsche Markt der nationalen Produktion insoweit erhalten werde, als dies mit unseren Gesammtinteressen verträglich ist, und daß demgemäß unsere Zollgesetzgebung den bewährten Grundsätzen wiederum näher trete, auf welchen die gedeihliche Wirksamkeit des Zollvereins fast ein halbes Jahrhundert beruht hat.“

In dem Schreiben des Fürsten Bismarck vom 15. Dezember 1878 besonders war das Wesen und der leitende Gedanke der in Aussicht genommenen Gesammtreform klar bezeichnet; diese grundsätzliche Kundgebung hatte eine mächtige und tiefgehende Bewegung nicht blos in den politischen Kreisen, sondern augenscheinlich im Volke selbst hervorgerufen: die Bewegung und Aufregung führte zunächst zu einer gewissen Verwirrung des eigentlichen Parteiwesens, weil die Gegensätze, um die es sich bei den wirthschaftlichen Fragen und Interessen handelt, nicht in dem Rahmen der Parteien aufgingen, von welchen das öffentliche Leben sonst beherrscht war. Die Parteiführung stand jener mächtig erregten Volksbewegung zunächst machtlos gegenüber, in weiten Kreisen des Volkes trat unmittelbar Zustimmung und Verständniß für die Ziele hervor, welchen der Kanzler einen klaren, Jedermann verständlichen Ausdruck gegeben hatte. Seinem thatkräftigen Vorgehen und seinem mächtigen Ansehen war es gelungen, die bisherige Herrschaft unbedingt freihändlerischer Lehrmeinungen zu brechen und damit der unbefangenen Erwägung der wirklichen Volksbedürfnisse freieren Raum zu schaffen.

Ein parlamentarisches Hinderniß, welches der Bewilligung neuer Mittel im Reiche entgegenstand, wurde unter allgemeiner Mitwirkung beseitigt: auch die Gemäßigt-Liberalen, die ja vor Allem die Stärkung des Reiches auf ihre Fahne geschrieben hatten, waren, wie wir gesehen, bereit, reiche Steuerquellen durch größere Anspannung der indirekten Steuern, namentlich auch behufs Er-

leichterung der Einzelstaaten zu bewilligen; nur wollten sie vorher sicher gestellt wissen, daß die Mehreinnahmen im Reiche auch wirklich zu Erleichterungen in den Einzelstaaten durch Uebertragung von Steuern an die Kommunen oder durch Herabminderung der Personalsteuern benutzt würden. Diese „konstitutionellen Bürgschaften“ hatte die Regierung bereitwillig gewährt: durch die im Abgeordnetenhause auf Grund einer Allerhöchsten Ordre vom Finanzminister gegebenen Erklärungen in Bezug auf die Wahrung der Rechte der Landesvertretung wurde die Uebereinstimmung über das zu erstrebende Ziel noch bestimmter festgestellt und durch die förmliche Kundgebung der „dankbaren Annahme der Erklärung der Regierung“ anscheinend besiegelt.

Wie hätte nach diesen Vorgängen der Kanzler sich nicht Seitens der Reichstagsmehrheit und namentlich auch Seitens aller Derjenigen, welche mit ihm bisher an dem Ausbau und der selbstständigen Befestigung des nationalen Gemeinwesens gearbeitet haben, eines bereitwilligen Entgegenkommens für die Lösung der wirthschaftlichen Reformaufgaben, zunächst mindestens für denjenigen wichtigen Theil seiner Pläne versichert halten sollen, welchen er seit Jahren unter allmälig wachsender Zustimmung entwickelt und vorbereitet hatte.

Jenes grundsätzliche Einverständniß bezog sich allerdings zunächst nur auf die eigentliche Finanz- und Steuerreform; die Ausführung des anderen Theils der wirthschaftlichen Reform, der Zollreform, zum Theil mit Hülfe anderer Kräfte, ließ bald darauf den Eifer für die finanzielle Reform des Reiches bei denen grade, welche jüngst noch die heilsamen Absichten des Fürsten Bismarck freudig anerkannt hatten, immer mehr erkalten.

Die Zollreform.

Der Reformplan des Kanzlers war, wie wir gesehen haben, zunächst auf eine entsprechende Aenderung der dem Auslande gegenüber zu erhebenden Zölle gerichtet. Den dringenden Anlaß zu dieser Voranstellung hatte einerseits die zunehmende Nothlage der deutschen Gewerbethätigkeit, andererseits der Ablauf der Handelsverträge mit großen Nachbarstaaten gegeben; je mehr bei den Verhandlungen über die Erneuerung derselben sich das Bestreben der anderen Staaten geltend machte, zum Schutze ihrer Produktion die Zollschranke zu erhöhen, desto unerläßlicher wurde die Pflicht der deutschen Zollpolitik, unserer heimischen Industrie gleichfalls eine wirksamere Fürsorge und Rücksichtnahme zuzuwenden und das Augenmerk darauf zu richten, daß den „vaterländischen Erzeugnissen in erhöhtem Maße die Versorgung des deutschen Marktes vorbehalten und dadurch die Vermehrung der inländischen Produktion gefördert werde".

Indem Fürst Bismarck sein Reformprogramm auf dieses Gebiet der deutschen Wirthschaftspolitik ausdehnte, konnte er nach gewichtigen Kundgebungen aus den Kreisen der Reichsvertretung heraus der Zustimmung eines bedeutenden Theils derselben von vornherein gewiß sein.

Auch den Kampf gegen einen großen Theil der Liberalen, der daraus hervorgehen sollte, konnte man kaum vorhersehen; denn von dieser Seite erschollen damals von maßgebender Stelle u. A. folgende aufmunternden Worte:

„Versucht man, sich ein Bild von der Zukunft zu machen, und dabei das Sichere vorauszunehmen, so darf man mit großer Wahrscheinlichkeit als den Hauptniederschlag der jetzigen wirthschaftlichen Bewegung eine beträchtliche Erhöhung der indirekten Steuern in Rechnung setzen. Wir haben uns schon vorlängst in den geeigneten Grenzen mit einem solchen Verlauf einverstanden erklärt. Wir waren dabei der Ansicht gewesen, es handle sich um Maßregeln, deren Unpopularität nur durch die Einsicht in die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit mühsam überwunden werden könnte. Heute hat es den Anschein, als wollte eine doppelte Hochfluth das schon so oft gestrandete

Boot der indirekten Steuern mit Schnelligkeit und Eleganz über die Barre bringen. Das Stichwort „indirekte Steuern“ ist ausgegeben und in zahlreichen Kreisen sieht man es mit einem wahren Enthusiasmus aufgenommen.

Es wurde dem Kanzler zugestanden: er habe zu gestalten gewußt, was unklar in den Köpfen von Millionen spukte, — das gebe seinem Beginnen den Nachdruck.“

In Bismarcks Sinne sollte die Reform zugleich einen neuen festen Kitt in die Fugen der deutschen Staatsgemeinschaft legen, er war seinerseits davon durchdrungen, daß das begonnene Werk „zum Heil, zum Glück und Gedeihen unseres Vaterlandes führen werde“.

Die damals schon viel ausgesprochene und ausgebeutete Befürchtung, es könne durch die vorgeschlagenen Zollsätze eine Vertheuerung nothwendigster Lebensmittel eintreten, erklärte er von vornherein für vollständig grundlos. Aber selbst zugegeben, ein solcher Fall sei möglich, so würde sie sicherlich durch eine entsprechende Vermehrung der inländischen Produktion aufgewogen, und es würden die arbeitenden Klassen durch die Hebung der gesammten nationalen Erwerbsthätigkeit und durch die daraus resultirende Vermehrung der Nachfrage nach Arbeitskräften, sowie durch eine entsprechende Erhöhung der Löhne reichlich entschädigt werden.

Im Frühjahr 1879 fanden die Erörterungen des Reichstages über die Zollreform statt, und Fürst Bismarck hielt jene großen Reden, in welchen er die Grundsätze, die ihn leiteten, seitdem er auch in wirthschaftlichen Dingen „auf sich selbst gestellt war“, und alle die reichen Erfahrungen, die er in seinem staatsmännischen Leben gemacht hatte, aussprach.

Wir lassen, dem Zwecke dieser Schrift gemäß, alle speziellen Fragen über direkte oder indirekte Steuern über Landwirthschaft und Industrie, über Eisen- und Kornzölle 2c. bei Seite, um nur die allgemeinsten Gesichtspunkte Bismarcks, zunächst bei der Zollreform, kurz anzudeuten. Als einen Hauptvorwurf, welcher der bisherigen Zollordnung zu machen sei, bezeichnete er es, daß der einheimischen, vaterländischen Arbeit und Produktion nicht das Maß von Schutz gewährt werde, das ihr gewährt werden

könne, ohne die allgemeinen Interessen zu gefährden. Auf den Streit zwischen Schutzzoll und Freihandel solle man sich nicht einlassen, auch die neue Vorlage sei nur mäßig schutzzöllnerisch und erreiche nicht entfernt die Prohibition, wie sie in anderen Ländern, mit denen wir zu thun haben, stattfinde.

„Die abstrakten Lehren der Wissenschaft", sagte er, „lassen mich in dieser Beziehung vollständig kalt, ich urtheile nach der Erfahrung, die wir erleben. Ich sehe, daß die Länder, die sich schützen, prosperiren, ich sehe, daß die Länder, die offen sind, zurückgehen, und das große mächtige England, der starke Kämpfer, der, nachdem er seine Muskeln gestärkt hatte, auf den Markt hinaustrat und sagte: wer will mit mir kämpfen? ich bin zu jedem bereit, — auch dieses geht zum Schutzzoll allmälig zurück und wird in wenigen Jahren bei ihm angekommen sein, um sich wenigstens den englischen Markt zu bewahren.

Nach meinem Gefühl sind wir, seitdem wir unsere Tarife zu tief heruntergesetzt haben, — in einem Verblutungsprozeß begriffen, der durch die verrufene Milliardenzahl um ein paar Jahre aufgehalten worden ist, der ohne diese Milliarden aber wahrscheinlich schon vor 5 Jahren soweit gekommen wäre wie heute. Die Frage, die vorliegt, ist keine politische, sondern eine rein wirthschaftliche Frage; wir wollen sehen, wie wir dem deutschen Körper wieder Blut, wie wir ihm die Kraft der regelmäßigen Cirkulation des Blutes wieder zuführen können, aber meine dringende Bitte geht dahin, alle Fragen der politischen Parteien, alle Fragen der Fraktionstaktik von dieser allgemeinen deutschen reinen Interessenfrage fernzuhalten."

Die eigentliche Zollreform wurde bekanntlich zunächst genehmigt und zwar vor Allem durch die Mehrheit, welche sich bereits im vorhergehenden Jahre zur wirthschaftlichen Reform vereinigt hatte und in welcher auch das katholische Centrum vertreten war. Erst zuletzt kamen die Finanzzölle und die mit der Finanzreform verknüpften politischen Fragen zur Verhandlung. Sie wurden schließlich mit dem Franckenstein'schen Antrage angenommen, wonach die verfassungsmäßigen Rechte des Reichstages in der Weise gewahrt werden sollten, daß der zu hoffende Mehrbetrag den Bundesstaaten überwiesen werde, vorbehaltlich der Abrechnung zwischen der Reichskasse und den Einzelstaaten in Bezug auf die zu entrichtenden Matrikularbeiträge. Dem Antrage Franckenstein, der hiernach die so entschieden verurtheilten Matrikularbeiträge der Form nach beibehielt, der Sache nach

sie allerdings aus den zu bewilligenden Mitteln fließen ließ und somit thatsächlich die Einzelstaaten entlastete, stand ein Antrag von national-liberaler Seite entgegen, der in der That die Matrikularbeiträge der alten Forderung gemäß gradezu aufhob, aber einen Theil der Einnahmen von der jährlichen Bewilligung des Reichstages abhängig machte und deshalb von den entschiedenen Freunden der Regierung zurückgewiesen wurde. Die Finanzzölle und die auf denselben beruhende Selbstständigkeit des Reiches kam demzufolge mit der sogenannten Franckenstein'schen Klausel zur Annahme; die zur liberalen Partei gehörigen bisherigen Anhänger der Bismarckschen Politik wandten sich aber, weil die Bürgschaften für die Erhaltung der Büdgetrechte des Reichstages nicht in der von ihnen für nothwendig erachteten Form gewährt worden, auch von der Finanzreform in der Gestalt, in welcher sie zunächst allein möglich war, ab. Es erfolgten Kundgebungen der bestimmtesten Art, welche die Regierung des Abfalls von der Reichsidee beschuldigten. Fürst Bismarck wies dies mit Entschiedenheit zurück: er führte zunächst aus, wie seine seit Jahren verfolgten Bestrebungen auf Verbesserung der deutschen Finanzen stets vergeblich gewesen seien, weil ihm von liberaler Seite niemals die Hand dazu geboten worden sei. Von der Fortschrittspartei und den ihr verwandten Elementen sei noch niemals ein positiver Vorschlag ausgegangen, sondern stets nur die Verneinung dessen, was die Regierung gewollt habe. Nach einem Rückblick auf seine Beziehungen zur liberalen Partei, welche in den letzten Jahren immer weniger zur Unterstützung der Regierung bereit gewesen sei, erklärte der Kanzler, daß er es für einen Verrath an der im Interesse des Vaterlandes unternommenen Sache angesehen hätte, unter solchen Umständen nicht den ihm von anderer Seite gemachten Vorschlag (den Franckenstein'schen Antrag) näher zu prüfen, — dieser Vorschlag aber gewähre ihm die Abstellung der Uebelstände, die er an den Matrikularbeiträgen gerügt habe. Das Reich werde danach eben nicht mehr ein lästiger Kostgänger, ein mahnender Gläubiger bei den Einzelstaaten, sondern in Wahrheit ihr freigebiger Versorger

sein, — die Finanznoth des Reiches und der Einzelstaaten schwinde damit, und die Reformen an den direkten Steuern könnten, wenn auch noch nicht in vollem Maße durchgeführt, doch in Angriff genommen werden. Alle Behauptungen wegen Verletzung der Reichsverfassung wies der Kanzler entschieden zurück und forderte die Parteien auf, den zornigen Kampf der Fraktionen nicht so weit zu treiben, daß die Interessen des Reiches darunter leiden.

„Die Stellung zum Franckensteinschen Antrage, sagte er, wird hier als Probirstein behandelt in Bezug auf die Reichstreue oder Nichtreichstreue. Die Behauptung, daß die Finanzhoheit des Reichs durch den Franckensteinschen Antrag verloren ginge, muß ich für eine gänzlich unbegründete und aus der Luft gegriffene halten. Die Finanzhoheit des Reichs ist in der Verfassung begründet, in verschiedenen Paragraphen; keiner dieser Paragraphen erleidet durch die Annahme des Franckensteinschen Antrages auch nur die mindeste Aenderung."

„Meine Herren, lieber wäre mir die ganze Sache allerdings ohne Matrikularumlagen, aber ich habe doch eben nicht die Wahl, die Dinge so zu machen, wie ich sie mir an die Wand malen kann. Wenn ich von der liberalen Seite ohne Unterstützung, ohne Anhalt, ohne bestimmte annehmbare Vorschläge bleibe, so muß ich den von anderer Seite kommenden Vorschlag prüfen, was giebt er denn? Nun, er giebt mir in dem Sinne, wie ich die Matrikularumlagen bekämpft habe, Recht. Ich habe gesagt, bisher sei das Reich ein lästiger Kostgänger bei den einzelnen Staaten, ein mahnender Gläubiger, während es der freigebige Versorger der einzelnen Staaten sein müßte bei richtiger Benutzung der Quellen, zu welcher der Schlüssel durch die Verfassung in die Hände des Reiches gelegt, bisher aber nicht benutzt worden ist. Meine Herren, dieser „freigebige Versorger" wird das Reich durch die Annahme des Franckensteinschen Antrages, der sich von dem früher in der Kommission vorgelegten Bennigsenschen bezüglich der Versorgung der Staaten nur dadurch unterscheidet, daß man den einzelnen Staaten ein höheres Maß der Selbstbestimmung in der Verwendung dessen, was ihnen zugestanden wird, beläßt. Das Reich ist nicht mehr ein lästiger Kostgänger, sondern ein Kostgänger, der ein gutes Kostgeld bezahlt und darüber hinaus sich freigebig erweist, es ist ein Kostgänger wie ein König, der bei einem Privatmann wohnt, und das Reich steht in voller Berechtigung seiner Finanznoth da, wenn es sich der Pflicht unterzieht, durch Flüssigmachung der Quellen, die unter seinem Verschluß liegen, der Finanznoth der einzelnen Staaten aufzuhelfen. Das System der bisherigen Matrikularbeiträge hatte das Ergebniß, daß das Reich die Einzelstaaten durch Versagung der Zuflüsse, die aus den indirekten Steuerquellen kommen könnten, aushungerte und dabei

doch in jedem Jahre als mahnender Gläubiger die Matrikularumlagen verlangte; — durch die heute in Aussicht genommene Reichshülfe aber schwindet die Finanznoth der Staaten und des Reiches, die ja die einleitende Begründung meines ganzen Vorgehens in dieser Frage gebildet hat, die Finanznoth wird zum Theil gehoben, und wenn auch nicht in dem Maße, daß alle die Reformen an den direkten Steuern, die Erleichterung der nothleidenden Gemeinden sofort ausgeführt werden können, die mir vorschweben, so doch, daß, wie ich glaube und hoffe, ein erheblicher Theil davon schon bald dieses Reformwerk in Angriff genommen werden kann.

Wie nun dadurch die Finanznoth des Reiches geschädigt werden sollte, dafür suche ich vergeblich nach irgend einem Verfassungsparagraphen.

Von Seiten der Regierungen kann ich ganz bestimmt versichern, daß sie sich durch die meines Erachtens unzutreffenden Angriffe von dem Wege, den sie betreten haben und über den sie sich am vergangenen Sonntag vorläufig verständigt haben, nicht werden irre machen lassen, und ich für meinen Theil werde den Weg, den ich im Interesse des Vaterlandes für den rechten erkenne, unbedingt bis ans Ende gehen, unbeirrt; — mag ich Haß oder Liebe dafür ernten, das ist mir gleichgültig."

So war denn die Zollreform in ihren Grundzügen angenommen und damit ein bedeutsamer Schritt in unserer wirthschaftlichen Reform überhaupt geschehen. Der Natur des Fürsten Bismarck ist es eigen, daß er sich eines theilweisen Erfolges nie recht freut, wenn er eben nicht das Ganze, das seinem umfassenden Geiste vorschwebt, erreichen konnte, daß er nach Gewinnung einer wichtigen Etappe gleich an weitere Zielpunkte denkt; sonst wäre jener erste Erfolg wohl mehr gefeiert und ausgebeutet worden. Es war der Bruch mit den Anschauungen einer langen Vergangenheit, der Sieg über Theorien, welche seit Jahrzehnten auf den meisten Lehrstühlen und in tausenden von Preßorganen verkündigt worden waren und an denen zu zweifeln noch kurz zuvor als Zeichen eines schwachen Denkvermögens galt. Nur ein Geist von der unzweifelhaften Stärke Bismarcks konnte es unternehmen, gegen jene Theorien anzukämpfen, indem er das ganze Gewicht seiner praktischen staatsmännischen Erfahrungen und Anschauungen gegen jene Kathederweisheit, die den Aufschwung unserer Volkswirthschaft hemmte, in die Wagschale warf. Keinenfalls liegt Grund vor, Bismarcks Wollen und Streben in den wirthschaftlichen

Dingen als unwirksam und nichtig darzustellen, da schon sein erster Erfolg in dieser Beziehung ein durchgreifender war.

Es wird noch heute darüber gestritten, ob die Zollreform in ihren Wirkungen wohlthätig oder schädlich gewesen sei, und wir wollen uns in die streitenden Stimmen nicht mischen. Uns scheint es jedoch von großer Bedeutung, daß ungeachtet der unzweifelhaften Ungunst der letzten Jahre dennoch das Urtheil über den wirthschaftlichen Werth jener Reformen nicht gradezu abfällig ist, daß vielmehr selbst frühere Gegner derselben ihr Endurtheil über die Wirkungen noch vorbehalten. Es kommt dabei in Betracht, daß auch die Regierung nicht gedacht hat, mit allen Zöllen im Einzelnen gleich das absolut Richtige zu treffen, sondern sie hoffte, wie es auch namentlich Fürst Bismarck öfter ausgesprochen hat, das gewerbliche Leben überhaupt durch den Schutz gegen das Ausland neu zu beleben und dadurch allen Klassen, namentlich den arbeitenden Klassen zu reichlicherem Verdienst zu verhelfen. Und das darf die Regierung nach allen vorliegenden Anzeichen in der That annehmen, daß trotz der Ungunst der Verhältnisse und zum Theil grade in Folge des Schutzes, den die Industrie jetzt genießt, eine Wendung zum Besseren bereits eingetreten ist, und daß unsere Bevölkerung, wenn auch z. B. in Folge der Naturereignisse das Brot noch nicht billiger geworden ist, doch über reichlichere Mittel für ihren Lebensunterhalt gebietet. Die vollen Folgen der neuen wirthschaftlichen Gesetzgebung werden freilich erst hervortreten, wenn Gott uns gesegnete Ernten schenkt, dann erst wird auch der Aufschwung aller Geschäftsthätigkeit sich recht geltend machen.

Abgesehen aber von der Wirkung auf das wirthschaftliche Leben des Volkes ist der Einfluß der Reform auf das Finanzwesen des Reiches und der einzelnen Staaten unmittelbar fühlbar gewesen: der Kanzler hat in dieser Beziehung sein Streben wenigstens zum Theil erfüllt gesehen, das Streben nämlich, das Reich durch stärkere Heranziehung der indirekten Steuern, zunächst der Zölle, selbstständig und von den Beiträgen der einzelnen Staaten unabhängig zu machen. Es war die

nächste Absicht und der eigentliche Anlaß der ganzen Reform, das Reich von der Rolle eines „Kostgängers“, und zwar eines „lästigen Kostgängers“, eines „mahnenden Gläubigers“ aufzugeben bei den Einzelstaaten. Obwohl mit der Reform nur ein Anfang gemacht war, konnte doch sehr bald und in steigendem Maße die erfreuliche Thatsache konstatirt werden, daß jener nächste Zweck, nämlich daß die Matrikularbeiträge nicht mehr die Budgets der Einzelstaaten drückten, und damit ein höchst erwünschtes Resultat für die Reichspolitik erreicht war.

Nicht aber das allein: es war außerdem der Zweck gewesen, den Druck der Steuern auch in den Einzelstaaten zu erleichtern, und durch die Ausbildung des indirekten Steuersystems im Reiche den einzelnen Bundesstaaten die Möglichkeit zu verschaffen, auf einen Theil der ihnen aus direkten Abgaben zufließenden Einnahmen Verzicht leisten zu können. Es ergab sich in der That schon im nächstfolgenden Jahre in Preußen trotz der steigenden Bedürfnisse, ein mäßiger Ueberschuß, welcher zu einem Steuererlaß verwendet werden konnte. So wirkte die Reform schon in ihrem ersten Stadium segensreich in dem Sinne, in welchem sie unternommen war.

Nebensächliche Erfolge. Ehe wir die weiteren Stadien der eigentlichen wirthschaftlichen Reformpolitik Bismarcks verfolgen, verweilen wir noch in Kürze bei einem Erfolg, der zwar auf dem Gebiete eines Spezialressorts liegt und wesentlich dem Geschick und der Energie des betreffenden Ministers zu danken ist, dessen erste Anregung und kräftige Förderung in allen Phasen aber vor Abem als Verdienst des Fürsten Bismarck gelten muß.

Bekanntlich war es zunächst sein Wunsch und Plan, die Eisenbahnen zur Reichssache zu machen; aber für den Fall, daß dies nicht gelänge, faßte er alsbald das Staatsbahnsystem für Preußen ins Auge; denn das stand für ihn fest, daß die Eisenbahnen nicht dazu bestimmt sind', ein Gegenstand finanzieller Spekulation zu sein, um das Höchstmögliche herauszuschlagen, daß sie vielmehr

vor Allem für den Verkehr und für den Vortheil der Bevölkerung da sind. Er setzte von vornherein seinen ganzen Eifer, sein ganzes staatsmännisches Pathos an die Durchführung der Sache und bat den Reichstag dringend, ihm den ersten Schritt in dieser Sache machen zu helfen, die wohl bei seinen Lebzeiten nicht vollendet sein werde.

„Mag die Entwickelung noch so große Kämpfe kosten," sagte er, „wir werden, im Bewußtsein des guten Zieles, das wir verfolgen, nicht erlahmen und nicht entmuthigt werden, weil wir überzeugt sind, daß, wenn bei uns die öffentliche Meinung sich eines an sich richtigen Gedankens einmal bemächtigt hat, er nicht eher von der Tagesordnung verschwinden wird, bis er sich verwirklicht hat."

Er faßte die Kompetenz im Bunde freilich so nicht auf, daß den anderen Staaten in dieser Frage Gewalt angethan werden könnte, um so mehr aber erklärte er es für eine Nothwendigkeit, daß Preußen auf seinem Gebiete den Gedanken des Staatsbahnsystems zu verwirklichen suchte, daß es sich in seinem Hause danach einrichtete.

Mancherlei Hindernisse wurden von den Vertretern der Privatbahnen, namentlich Namens der sogenanntenfreien Konkurrenz, dem Plane entgegengestellt. Obige Worte Bismarcks lassen erkennen, daß er selbst nur an einen langsamen, vielleicht sehr langsamen Sieg des Staatsbahnsystems dachte. Noch vor drei Jahren forderte das Abgeordnetenhaus die Regierung auf, unter den gegenwärtigen finanziellen und wirthschaftlichen Verhältnissen von dem Ankauf von Bahnen Abstand zu nehmen. Der Weg aber war unter der Leitung eines thatkräftigen, kundigen Fachmanns betreten und schneller als Fürst Bismarck selbst es ahnen konnte, hat derselbe zu einem vollständigen Erfolge geführt: der Uebergang der großen Privatbahnen in die Staatsverwaltung vollzog sich so schnell und glatt, und erwies sich schon bisher finanziell und wirthschaftlich als so vortheilhaft, daß die Gegner der Verstaatlichung, insoweit sie nicht grundsätzliche Gegner der Regierung sind, ihren Widerspruch vollständig aufgegeben haben. Das Interesse des öffentlichen Verkehrs, die Berücksichtigung der wirthschaftlichen Verhältnisse, eine einheit-

lichere, billigere Verwaltung und bessere finanzielle Resultate, sowie die Erhöhung der militärischen Schlagfertigkeit des Landes sind als Vortheile des neuen Systems jetzt fast allgemein anerkannt.

Hier liegt also aus der Zeit der angeblichen Erfolglosigkeit der Bismarckschen Regierung ein unzweifelhafter großer Erfolg vor, der wesentlich seiner thatkräftigen Initiative und seiner stets eifrigen Fürsorge für das Wohl des Volkes zu danken ist.

Noch einen anderen Sieg müssen wir hier erwähnen, der von Fürst Bismarck allein, wir möchten sagen gegen eine Welt von Gegnern und zwar gegen die gewichtigsten Stimmen ganz neuerdings erfochten worden ist, wir meinen den Zollanschluß Hamburgs. Man denke zurück, wie vor wenigen Jahren des Kanzlers erste Anträge nicht blos von den Hansestädten selbst und von fast allen Parteien, sondern auch von Seiten der anscheinend berufensten Autoritäten aufgenommen wurden, welcher Fluth von Schmähungen, Verleumdungen und Verdächtigungen der Kanzler sich ausgesetzt sah, wie man seine Absicht nur auf Rechnung einer übeln Laune gegen die Hansestädte brachte, sein Vorgehen nur als Vergewaltigung des Schwachen durch den Starken darstellte — und man vergleiche damit die jetzigen Auffassungen des Ausgangs, wie im Parlamente offen anerkannt worden, daß es sich um eine wichtige Frage von nationaler Bedeutung, um die Ausführung einer Forderung der deutschen Verfassung, welche nur „vorläufig" ausgesetzt war, handelte und wie die Hamburger selbst in der vermeintlichen Vergewaltigung jetzt ein durchaus rücksichtsvolles Verfahren erkennen. Wenn Hamburg bei dem bisherigen Zustande, der durch Jahrhunderte bestanden hat, zu hoher Blüthe gelangt ist, so hätte Fürst Bismarck schon im Interesse der großen nationalen Gemeinschaft, sowie bei seiner Fürsorge für das Wohl und Gedeihen der einzelnen Glieder, als deren bester Anwalt er sich bewährt hat, jeden Schritt zurückgewiesen, der jene Blüthe beeinträchtigt oder bedroht hätte. In der That konnte bei dem endlichen Abschluß der Hamburger Bevölkerung von ihrem eigenen Vertrauensmann die

Versicherung gegeben werden, daß Hamburg seine Handelsgröße bewahren solle, das Kleingewerbe und Handwerk hoffentlich noch gewinnen werde, daß Hamburg auch fernerhin der Handelsplatz des mit ihm eng verbundenen deutschen Vaterlandes für weite Verbindungen auf der ganzen Erde bleiben werde.

Ein Rückblick auf all die Phasen und Schwierigkeiten der Hamburger Angelegenheit zeigt zugleich, daß nur ein Staatsmann von Fürst Bismarcks Größe, Willenskraft und Umsicht diesen Erfolg fürs deutsche Vaterland erringen konnte.

Bis in die letzten Jahre also sind die Erfolge der Bismarckschen Politik, die Wohlthaten für das deutsche Volk, welche daraus geflossen und fortgesetzt fließen, auch auf dem inneren Gebiet nachweisbar, und jeder Staatsmann könnte sich solcher Thaten und Erfolge freuen.

Die sozialen Bestrebungen Bismarcks und das Tabaksmonopol.

Wir kommen zu den neuesten „Mißerfolgen" des Kanzlers, zu den politischen Entwickelungen, welche sein „Prestige" vernichtet haben sollen: zu den Zeiten des bisher noch praktisch erfolglosen Kampfes für soziale Verbesserungen. Denn unter diesen höheren Begriff ist sein ganzes jetziges Streben, auch sein so ausdauerndes Ringen für das Tabaksmonopol, unterzuordnen. Es kann unsere Aufgabe nicht sein, von Neuem in die Einzelnheiten jener Projekte und Gesetzentwürfe einzugehen und die Einwendungen gegen dieselben nochmals zu prüfen; wir erachten es aber als Pflicht, nachzuweisen, daß Fürst Bismarck auch in dieser Phase seines Wirkens lediglich von der Sorge für das dauernde Gedeihen des deutschen Reiches, sowie von dem Bewußtsein der Pflichten des Staates für dessen bedürftigste Angehörigen geleitet ist, und daß er auch in dieser Beziehung, wenn auch noch keine positiven Erfolge, doch vorläufig trotz der heftigsten Opposition eine Bewegung und Wandelung der öffent-

lichen Stimmung erreicht hat, wie man sie noch vor Jahr und Tag für unmöglich gehalten hätte, und die den endlichen Sieg auch seines jetzigen grundsätzlichen Strebens zu verbürgen scheint.

Wir haben gesehen, wie das erste Stadium der deutschen Finanzreform, das ursprüngliche Ziel derselben nach Fürst Bismarcks Auffassung, nämlich die Selbstständigkeit des Reiches, die Befreiung von den unwürdigen und für die Einzelstaaten lästigen Matrikularbeiträgen, durch die Zollreform wesentlich erreicht war, ja, daß auch mit dem weiteren Zweck, mit der Erleichterung der Bevölkerung in den direkten Steuern durch den Steuererlaß ein bescheidener Anfang gemacht war.

Aber die Absichten der Regierung in stärkerer Anspannung der indirekten Steuern waren eben nur zum Theil erfüllt: sie hatte von vornherein bei Anbahnung der Reform in Aussicht genommen, daß das Reich ein „freigebiger" Versorger der Einzelstaaten werde, um denselben die Möglichkeit zu verschaffen, auf ihre Einnahmen aus direkten Steuern in größerem Umfange zu verzichten und besonders den nothleidenden Gemeinden durch Ueberweisung von Mitteln die Erfüllung ihrer Aufgaben zu erleichtern. Der Betrag, bis zu welchem die Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches anzustreben ist, wird hiernach nicht etwa durch die gegenwärtige Höhe der Matrikularumlagen des Reiches, sondern durch den Umfang bezeichnet, in welchem für die Einzelstaaten das Bedürfniß vorliegt, zur Durchführung einer Reform der Landessteuern Deckung vom Reiche zu erhalten.

Für Preußen waren schon damals folgende Ziele der Reform des Steuerwesens in Aussicht genommen:

1. Ueberweisung der Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunalverbände;
2. Beseitigung der vier untersten Stufen der Klassensteuer als Staatssteuer; Erleichterung der Kommunen in der Besteuerung der solchergestalt vom Staate freigegebenen Censiten und Verschmelzung der oberen Stufen der Klassensteuer mit der Einkommensteuer;

3. Verbesserung der Gewerbesteuergesetzgebung hauptsächlich zum Vortheil des kleineren Gewerbebetriebes.

Dieselben Ziele sind mit einigen Erweiterungen seitdem stets festgehalten worden, aber immer mehr schwand die Hoffnung, sie mit Hülfe der Parteien, welche die Steuerreform noch vor Kurzem im nationalen Interesse als das dringendste Bedürfniß bezeichnet hatten, zu verwirklichen. Die Verstimmung, welche in Folge des Zustandekommens der Zollreform mit Hülfe des Centrums und in Folge der Annahme der Franckenstein'schen Klausel von Seiten der Regierung die liberalen Kreise erfaßt hatte und welche sich u. A. in der Lossagung eines Theils entschiedenerer Elemente von der Gemeinschaft mit der Regierung und in der allmäligen Zersplitterung der national-liberalen Partei äußerte, brachte eine Pause in die weitere parlamentarische Entwickelung vorzugsweise auch in Betreff der Finanzpolitik. Man wollte, wie u. A. gesagt wurde, die Wirkung der neuen Zölle abwarten, bevor man in der Finanzreform weiter fortschritt.

Inzwischen war in Fürst Bismarcks Geist selbst ein Moment und Antrieb zur Geltung und Herrschaft gelangt, welcher allmälig die ganze Frage der Finanzreform beeinflussen und auf einen andern Boden bringen sollte.

Dem Kanzler war es, je mehr er in die Fragen, welche durch das Sozialistengesetz angeregt waren, eindrang, immer mehr heiliger Ernst geworden mit den positiven Verpflichtungen, welche der Staat nicht blos gegen die Arbeiter, sondern gegen alle Bedürftigen im Volke habe. Er sah ein neues Feld der Thätigkeit vor sich, und zwar von so umfassender gewaltiger Tragweite für das Wohl und Heil des deutschen Volkes, daß diese neue Phase seines Wirkens ihn durchaus erfüllte und in Anspruch nahm. Sein Leben und Schaffen hatte einen neuen Inhalt gewonnen, einen Inhalt, welcher des Strebens werth war: er wollte die gewaltige Popularität, die er gewonnen hatte, einsetzen, um Millionen von Landeskindern ein besseres Loos zu verschaffen, er wollte den Grundsatz zur Geltung bringen, daß der Staat nicht blos eine Polizeianstalt zur Sicherung gegen Vergehen und Verbrechen,

sondern eine Gemeinschaft zur möglichsten Förderung des Wohls aller Einzelnen und besonders der Schwächsten und Hülfsbedürftigsten sei. Er hat damit, besonders gegenüber der „kalten und erbarmungslosen" Lehre, welche bis vor Kurzem alle Kreise und namentlich alle Politik beherrschte, einen Boden betreten, auf welchem er wußte, daß er große, jahrelange Kämpfe zu bestehen haben würde, — Kämpfe, die ein Staatsmann nach ihm und mit minderer Autorität, selbst bei gleichem Eifer für die Sache, kaum durchführen würde. Darum auch hatte er die vielbesprochene „Eile": er wollte die letzten Jahre seines Lebens und sein ganzes politisches Ansehen daransetzen, das hochwichtige Werk noch auszuführen.

Hierdurch gewann denn die Finanzreform für ihn eine ganz neue Seite und ein noch höheres Interesse, wir möchten sagen, eine weit ideellere Bedeutung: es handelte sich nicht mehr blos um eine richtige Vertheilung der Einnahmen des Reichs und der einzelnen Staaten, der Kommunen und Korporationen, nicht blos um den Streit über direkte und indirekte Steuern, sondern zugleich um die Beschaffung der Mittel für diese bisher hintangesetzten Aufgaben des Staats zu Gunsten seiner hülfsbedürftigsten Mitglieder.

In der Thronrede zur Eröffnung des Reichstages im Februar 1881 wurde zuerst ein Schritt zur Heilung sozialer Schäden im Wege der Gesetzgebung und die Vorlegung eines Gesetzentwurfs wegen Versicherung der Arbeiter gegen die Folgen von Unfällen angekündigt. Der Kaiser sprach die Hoffnung aus, daß derselbe dem Reichstage als eine Vervollständigung der Gesetzgebung zum Schutze gegen sozialdemokratische Bestrebungen willkommen sein werde.

Der Kanzler seinerseits legte bei dieser Gelegenheit seine grundsätzliche Auffassung der Pflichten des Staates in Folgendem dar:

„Seit 50 Jahren sprechen wir von einer sozialen Frage. Seit dem Sozialistengesetz ist immer an mich die Mahnung herangetreten von amt-

licher, hochstehender Seite und aus dem Volke: es sei damals versprochen, es müsse auch positiv etwas geschehen, um die Ursachen des Sozialismus, insoweit ihnen eine Berechtigung beiwohnt, zu beseitigen. Ich halte es für meinen Beruf, diese Fragen ohne Parteileidenschaft, ohne Aufregung in Angriff zu nehmen, weil ich nicht weiß, wer sie mit Erfolg in Angriff nehmen soll, wenn es die Reichsregierung nicht thut. Ich habe das Gefühl, daß der Staat auch für seine Unterlassungen verantwortlich werden kann. Ich habe das Gefühl, daß der Staat auch für seine Unterlassungen verantwortlich werden kann. Ich bin nicht der Meinung, daß das „laissez faire, laissez aller", „das reine Manchesterthum in der Politik", „Jeder sehe, wie er's treibe, Jeder sehe, wo er bleibe", „wer nicht stark genug ist zu stehen, wird niedergerannt und zu Boden getreten", „wer da hat, dem wird gegeben, wer nicht hat, dem wird genommen" — daß das im Staat, namentlich in dem monarchischen, landesväterlich regierten Staat Anwendung finden könne, im Gegentheil, ich glaube, daß diejenigen, die auf diese Weise die Einwirkung des Staats zum Schutze des Schwächeren verschmähen, ihrerseits sich dem Verdacht aussetzen, daß sie die Stärke, die ihnen beiwohnt, zur Unterdrückung der Anderen ausbeuten wollen und verdrießlich werden, sobald ihnen dieses Beginnen durch irgend einen Einfluß der Regierung gestört wird. —

Daß wir bis heute nur mit einem Unfallversicherungsgesetz kommen, hat seinen Grund darin, daß grade diese Seite der Fürsorge für den Armen und Schwachen schon früher besonders lebhaft betrieben ist in Zeiten, wo ich diesen Dingen überhaupt noch nicht näher getreten bin.

— — Ich werde Sie in den weiteren Zielen im nächsten Jahre — mag dieses Gesetz abgelehnt werden oder nicht, vollständig befriedigen in Bezug auf die Masse und Ausdehnung der staatlichen Fürsorge für eine bessere und würdigere Behandlung der Erwerblosen. Aber zunächst ist dieses Gesetz gewissermaßen eine Probe, die wir machen, und auch eine Sonde, wie tief das Wasser finanziell ist, in das wir Staat und Land vorschlagen hineinzutreten. Die Aufgabe der Regierung ist es, auch die Vorwände, die zur Aufregung der Massen benutzt werden, die sie für verbrecherische Lehren gelehrig machen, so viel an uns ist, zu beseitigen. Nennen Sie das Sozialismus oder nicht, es ist mir das ziemlich gleichgültig.

Wenn man für unsere Bestrebungen einen Namen finden wollte, den ich bereitwillig annehme, so ist es der: praktisches Christenthum, aber kein phrasenhaftes, wobei wir die Leute nicht mit Reden und Redensarten bezahlen, sondern wo wir ihnen wirklich etwas gewähren wollen."

Der Kanzler sprach die Erwartung aus, daß „alle die-

jenigen, die überhaupt die staatliche Entwickelung des Reichs auf der jetzigen Basis wollen, sich näher an einander schließen und sich nur über sachlich ganz unabweisliche Differenzen trennen."

Die Aufnahme der sozialen Pläne unter die Zwecke der Finanzreform ließ deren Durchführung dem Fürsten Bismarck zunächst, wie gesagt, um so dringlicher erscheinen, — sie ließ ihn ferner noch mehr als bisher auf sichere Erreichung umfangreicher Mittel Bedacht nehmen. Sein Blick richtete sich daher von Neuem auf das Tabaksmonopol, das er von jeher als die fruchtbarste und geeignetste Quelle ausgiebiger Erträge angesehen hatte.

Er hatte nie einen Zweifel darüber bestehen lassen, daß er eine vorzugsweise starke Besteuerung des Tabaks für angemessen halte, — er hatte unter den Gegenständen der Besteuerung grade den Tabak als einen der besten und wesentlichsten bezeichnet, von dessen Schwimmkraft er hoffe, daß er andere mit übertragen werde.

Angesichts des nach der sozialen Seite erweiterten Planes der Steuerreform nahm er den alten Gedanken wieder auf: das Monopol sollte ihm helfen, seine Absichten für den Arbeiterstand zu verwirklichen.

Grade das Tabaksmonopol aber galt den Gegnern der Regierung von jeher als ein Wahrzeichen der Willkür und Härte in der Besteuerung und der Mißachtung der öffentlichen Meinung. Es ist in doppelter Beziehung leicht, das Tabaksmonopol als Gegenstand populärer Aufregung auszubeuten: das Wort und der Begriff „Monopol" kann ohne Weiteres als Gegensatz der „Freiheit", als Zeichen der „Allgewalt" des Staates, des Strebens, Alles in der Hand der Regierung zu konzentriren, dargestellt werden, während der Zug der Zeit grade auf Decentralisation und auf Entkleidung des Staates von allen Funktionen, die im Privatbetriebe besser gedeihen, gerichtet ist, — und nun vollends ein Monopol auf den Tabak in dem deutschen Volke. In weiten Kreisen wirkte nicht so sehr die Furcht

vor Vertheuerung, wie die geschickt verbreitete Furcht vor Verschlechterung des Tabaks.

So war den Gegnern der Regierung von vornherein ein willkommenes Agitationsmittel gegeben: es ist überhaupt nicht vortheilhaft für die Regierung, und man sollte es, soweit möglich vermeiden, irgend ein Steuerprojekt zum Gegenstande einer Wahlpolemik zu machen, denn keine Steuer ist populär und kann es sein; jede Wahlagitation der Gegner aber ist von selbst darauf hingewiesen, grade die Schattenseiten einer Steuer so stark und übertreibend zu betonen, daß durch eine solche Polemik auch ein an und für sich annehmbares Projekt oft auf Jahre hinaus geschädigt und unmöglich gemacht wird. Die Hoffnung aber, daß nach Bewilligung anderer ausgiebiger Steuern künftig diese oder jene noch lästigere Abgabe wegfallen könne und solle, verfängt bei unserem Urwähler, wie er ist und zunächst bleiben wird, weit weniger, als irgend ein stark aufgetragenes Flugblatt gegen die zunächst zu bewilligende Steuer.

Es war daher schwerlich wohlgethan, als man im Laufe des Sommers das Projekt des Tabakmonopols vorzugsweise in den Vordergrund der Wahlpolemik rückte und dadurch den Gegnern Gelegenheit gab, dasselbe in heftiger, leidenschaftlicher Weise zu befehden. Es war auch schwerlich vortheilhaft für die sozialen Pläne und Bestrebungen des Kanzlers, daß sie so untrennbar verbunden erschienen mit einem Projekt, gegen welches die ganze Schärfe und Leidenschaftlichkeit der Wahlbewegung gerichtet war. Wir hätten für die positiven Maßregeln im Interesse der arbeitenden und nothleidenden Klassen diejenige Einmüthigkeit der Gesichtspunkte bewahrt oder doch bald wiederhergestellt sehen mögen, welche einst in dieser Beziehung zu herrschen schien, und wir glauben, daß selbst über den Begriff und die Ausdehnung der Staatshülfe mit allen Gemäßigten leichter eine Verständigung in Aussicht zu nehmen wäre, wenn sie nicht durch jene Verbindung für den gesammten Liberalismus zum Stichwort bei der Wahlpolemik gemacht worden wäre.

Man weiß, auf welche Weise das Monopol und das be-

kannte Wort von den „Enterbten“ ausgedeutet und ausgebeutet worden ist, — man weiß, wie die Wahlen ausgefallen sind, und wie hoch die Hoffnungen der Gegner des Fürsten Bismarck damals gingen.

Aber es sollte sich auch hier zeigen, daß augenblickliche Schwierigkeiten den Kanzler in Verfolgung eines für richtig und heilsam erkannten Zieles nicht entmuthigen, sondern nur zu einem kräftigeren Anlauf anspornen. Die Antwort auf die Wahlen, welche vermeintlich des Fürsten Bismarck Pläne ein für alle Mal beseitigen sollten, war die Botschaft vom 17. November 1881, durch welche zum ersten Male Kaiser Wilhelm selbst Sich unumwunden und feierlich zu diesen Plänen bekannte und seine ganze Autorität für dieselben einsetzte. Man hat mit Recht diese Kundgebung des greisen Monarchen als sein „sozialpolitisches Testament“ bezeichnet; denn er erklärt das Programm, das er in einigen Hauptzügen entwickelt, eben für „eine der höchsten Aufgaben des auf den sittlichen Fundamenten eines christlichen Volkslebens beruhenden Gemeinwesens“ und hält sich „vor Gott und vor Menschen“ zur Durchführung desselben ohne Rücksicht auf den augenblicklichen Erfolg für verpflichtet.

Es ist seiner Zeit versichert worden, daß nicht blos der jetzige Kaiser, sondern auch der Kronprinz der Grundidee des Bismarckschen Programmes in Bezug auf die Stellung des Kaiserthums zu jenen großen Aufgaben ausdrücklich zugestimmt habe; wir wissen nicht, inwieweit dies begründet ist, das aber steht zunächst fest, daß jenes Programm in seinen entscheidenden Grundzügen nicht mehr blos das Programm des Fürsten Bismarck ist, sondern daß das deutsche Kaiserthum durch den Mund des jetzigen, so tief verehrten Monarchen sich zu demselben bekannt hat, und daß es hinfort dem Kaiserthum kaum möglich sein wird, jene Pflicht je wieder zu verleugnen. Darin liegt zugleich ein neuer Beweis, das auch das Tabaksmonopol im Sinne Bismarcks wie der gesammten Regierung nicht an sich und als Selbstzweck, sondern nur im Zusammenhange des Strebens aufzufassen ist, durch positive Förderung des Wohls

der Arbeiter „dem Vaterlande dauernde Bürgschaften seines innern Friedens und den Hülfsbedürftigen größere Sicherheit zu hinterlassen". So fest auch in rein finanzieller Beziehung Fürst Bismarck Ueberzeugungen für das Monopol sein mögen, so hätte er doch nach seiner ganzen Denkungsweise für ein bloßes Finanzprojekt, ja selbst für einen ganzen Finanzplan das Kaiserthum gewiß nicht engagirt, wenn es sich eben nicht zugleich um die Mittel und Wege zur Lösung einer der höchsten weitgreifendsten und wichtigsten Aufgaben handelte, für deren glückliche Lösung der Kaiser gern „alle Erfolge, mit denen Gott seine Regierung so reichlich gesegnet hat", gekrönt sehen möchte.

Man fühlte auf gegnerischer Seite alsbald, welche Bedeutung dieses Eintreten des Kaisers für Bismarcks Gesammtpolitik haben mußte, man versuchte das Gewicht dieser Thatsache durch die Versicherung abzuschwächen, es sei wiederum nur der Kanzler, der in der Botschaft spreche und sprechen dürfe. Fürst Bismarck sagte darauf alsbald:

„Es wird Ihnen nicht gelingen, dem Kaiser Wilhelm im deutschen Reich zu verbieten, daß er zu seinem Volke spricht, den Kaiser Wilhelm nach 20 Jahren unserer Geschichte mundtodt zu machen, — das ist ein ganz vergebliches Beginnen. Wie wollen Sie dem Monarchen, der auf seine Verantwortung und Gefahr die nationale Politik gemacht hat, die Möglichkeit abschneiden, eine eigene Ueberzeugung zu haben und, wenn er sie hat, sie auszusprechen; wie wollen Sie einem Könige verbieten, über die Geschicke des Landes, welches er regiert, eine eigene Meinung zu haben und sie zu äußern."

Das offene Bekenntniß des Kaiserthums zu den neuen wirthschaftlichen Grundsätzen, welche bis dahin nur als persönliches Streben des Kanzlers dargestellt wurden, machte in der That einen tiefen Eindruck: man erinnerte sich, daß in Preußen die größten und segensreichsten Reformen von der Krone ausgegangen waren, daß die Krone, auf den Rath großer Männer, stets der allgemeinen Erkenntniß voraneilend, die wichtigsten Neugestaltungen angebahnt habe. Grade in der letzten großen Zeit aber hat unser Kaiser und König ein Ansehen und ein Vertrauen im Volke gewonnen, welche kein noch so gewandter Agitator zu erschüttern vermag. Man weiß in Preußen und in Deutschland,

daß Kaiser Wilhelm so, wie in der Botschaft geschehen, sich nicht für eine Politik aussprechen und verbürgen würde, wenn dieselbe nicht nach sorgfältigster Prüfung auf Grund gewissenhafter eigener Ueberzeugung nur das Wohl des Vaterlandes zum Ziele hätte.

Eben deshalb aber, weil das Ansehen der Krone in Preußen so hoch steht, glaubten die Gegner der Bismarck'schen Absichten die Thatsache bekämpfen zu müssen, welche die Allerhöchste Botschaft im Volke hatte feierlich bezeugen sollen, die Thatsache der persönlichen Uebereinstimmung des Kaisers mit den Wegen der Bismarck'schen Politik. Der Krone wurde das Recht bestritten, eine eigene Ansicht über die großen Lebensfragen des Staats zu haben oder wenigstens mit irgend welcher Autorität zu äußern. Da erschien jener Königliche Erlaß vom 4. Januar, welcher die Verfassung Preußens als den Ausdruck der monarchischen Gesinnung des Landes in lebendige Erinnerung brachte und betonte, daß die Entwickelung des Landes auf den lebendigen Beziehungen seiner Könige zum Volke beruhe. Ihre Erhaltung sei eine Nothwendigkeit für Preußen, und es sei deshalb sein Wille, daß über das verfassungsmäßige Recht zur persönlichen Leitung der Politik kein Zweifel gelassen werde.

Der Allerhöchste Erlaß gab dem Kanzler nun Gelegenheit zu jener herrlichen Rede, in welcher er das Recht des Königs nach der preußischen Verfassung, und zugleich die ebenso schlichten wie ruhmreichen Traditionen der preußischen Dynastie und die segensreichen Folgen des Königlichen Regiments in Preußen in wahrhaft erhebender Weise schilderte. Was er hier zum Preise der Verdienste des Königthums in neuester Zeit sagte, war zugleich eine niederschmetternde Kritik seiner eigenen Gegner, doch darauf kam es ihm augenscheinlich nicht an, das Wichtige und Wohlthuende an jener Rede, die man mit Recht das Hohelied des Königthums genannt hat, war eben die Wärme mit der er das Königliche Regiment, das Pflichtgefühl der Hohenzollern und ihr strenges Bewußtsein der eigenen Verantwortung für alle Stände, sowie den bisherigen Segen der Wechselbeziehungen des Monarchen und des Volks geltend machte.

Der Allerhöchste Erlaß vom 4. Januar und die Verherrlichung des Königthums Seitens Bismarck sind ein neuer Ausgangspunkt unserer inneren Politik, besonders im Gegensatz zu den letzten Wahlen geworden: das Beispiel des Königs und des Kanzlers, welche trotz des überraschenden Ausgangs der Wahlen die für richtig erkannten Grundsätze über die Stellung der Krone und über die großen Fragen dieser Zeit festhielten und von Neuem laut verkündigten, hat viele Entmuthigte neu gestärkt, die Schwachen und Schwankenden befestigt und gehoben, die am endlichen Siege Verzweifelnden beschämt und zu neuer Thätigkeit für's Vaterland angespornt.

Wir begrüßen mit Genugthuung ein neues Leben unter den Freunden der Regierung des Königs, der erste erhebende Anlauf wird sich hoffentlich nachhaltiger erweisen und noch weitere Kreise erfassen. Wir halten es namentlich für dringend wünschenswerth, daß diese Bewegung alle diejenigen umfasse, welche mit Fürst Bismarck ernstlich danach streben, das deutsche Reich auf feste, dauernde Grundlagen zu stehen und welche eben um dieses Strebens willen in Wahrheit auch auf dem Boden der Botschaft vom 17. November stellen. Wir hoffen, daß die Zeit nicht fern ist, wo an Stelle der „großen liberalen Partei", mit mehr Recht die „große monarchische Partei" treten werde, welche nicht nur durch ein negatives Band, sondern eben durch die gemeinsame Treue gegen das Königthum gehalten wird.

Wir hoffen dies um so mehr, je entschiedener wir erwarten, daß immer mehr die Bismarck'schen Pläne nur in ihrer Gesammtheit, in welcher sie auch die Botschaft auffaßt, in Betracht kommen werden. Bismarck selbst hat noch in einer vorjährigen Rede gegen den Mißbrauch protestirt, der mit dem Monopol als angeblichen Selbstzweck getrieben werde, während es in Wahrheit nicht als Institution, die wegen ihrer wohlthuenden Eigenschaften an sich zu erstreben wäre, sondern nur als ein Mittel zur Erreichung anderer Zwecke, zur Beschaffung der Mittel für Steuererleichterungen u. s. w.

Wenn man das Monopol an sich betrachtet, sagt er, ohne

Rücksicht auf den Zweck, dem sie dienen soll, so stellt man sie in ein unvortheilhaftes, ich möchte sagen ungerechtes Licht. Für die Reformen, welche die Regierung erstrebt, ist das Monopol nur Mittel, nicht Zweck; dasjenige, welches die zweckmäßigste, wie die Botschaft sich ausdrückt, die wirksamste Finanzquelle bildet. Wir waren in der pflichtgemäßen Nothwendigkeit, zunächst das beste unter den Mitteln, die wir kennen, vorzulegen und erst nach dessen Ablehnung können wir zu minderwerthigen Surrogaten behufs Beschaffung neuer Einnahmequellen schreiten."

So ist die Hoffnung wohl begründet, daß sich allmälich eine Stimmung Bahn breche, wonach auch solche, welche das Monopol um seiner selbst willen grade nicht erstreben würden, dasselbe doch nicht mehr als einziges Kriterium ihrer Stellung zur Regierung gelten lassen, sondern auf Grund ihrer gesammten Auffassungen von Staat und Reich sich zu den Zielen der Botschaft bekennen.

Schluß.

Das Monopol ist, wie kaum anders zu erwarten war, von dem ausdrücklich in solchem Sinne gewählten Reichstage zunächst wieder abgelehnt worden. Wir gehen auf den Inhalt und Verlauf der Berathung nicht näher ein; weisen vielmehr nur auf die Thatsache hin, daß bestimmter als früher auch die Momente, welche für die Auffassung des Fürsten Bismarck sprechen, zur Geltung gelangt sind. Wiederholt hat derselbe versichert, daß mit jener Verwerfung die Sache nicht abgethan sei, weder für die Verantwortlichkeit der Regierung, noch für die Pflichterfüllung des Reichstages und die damit in innerem Zusammenhange stehende Thätigkeit des preußischen Landtages.

In den kommenden parlamentarischen Sessionen werden die Reichs- und die Landesvertretung sich nun von Neuem mit den Vorlagen zu beschäftigen haben, welche die Ziele der Königlichen

Botschaft, die Ziele des gesammten Strebens des Fürsten Bismarck ins Auge fassen.

Mit den Berathungen, welche im Reichstage zunächst bevorstehen, wird wiederum der Versuch gemacht, die Ursachen des Sozialismus, soweit derselbe eine Berechtigung zu haben scheint, zu beseitigen, indem die Einwirkung des Staates zum Schutze des Schwächeren in Anspruch genommen werden soll. Fürst Bismarck will vor Allem die Politik des laissez faire, laissez aller bekämpfen, die in dem monarchischen, landesväterlich regierten Staate keine Geltung haben kann, und an deren Stelle nach allen Richtungen die Fürsorge für die Armen und Schwachen in der Gesellschaft, die Politik der christlichen Liebe treten soll.

Im nächsten Landtage sollen die ursprünglichen Zwecke der Finanzreform, welche Jahre hindurch im Vordergrunde aller Betrachtung standen, und welche im Prinzip längst gebilligt worden, von Neuem zur Erörterung und zur Feststellung gelangen, nämlich diejenigen Erleichterungen, welche in Folge der stärkeren Heranziehung der indirekten Steuern im Reiche in der Besteuerung der einzelnen Klassen in den Einzelstaaten eintreten sollen. Der Kanzler durfte glauben, sich hierbei der Zustimmung aller derjenigen Parteien, die sich der Aufrichtung des Reiches freuten und dasselbe mit ihm ausbauen und befestigen wollten, versichert zu sein und wir hoffen noch immer, daß sie die ursprünglichen Absichten mit erneuter Energie wieder aufnehmen.

Die verschiedenen Entwürfe des Verwendungsgesetzes hatten das Gemeinsame, daß in erster Linie von der Regierung in Uebereinstimmung mit der älteren Ankündigung immerdar die Befreiung der ärmeren Steuerzahler von der Klassensteuer und die Erleichterung der bedrückten Kommunen erstrebt worden ist. Unzweifelhaft wird die Aufhebung der untersten Klassen der Klassensteuer auch eine der Hauptaufgaben der nächsten Session bilden. Wir dürfen vertrauen, daß alle wahrhaften Freunde des Königthums sich vereinigen, um mit Fürst Bismarck zunächst das Zustandekommen dieser Erleichterung zu fördern, welche er von jeher erstrebt hat.

Die Erfüllung dieser ersten Absicht würde unfehlbar auch weitere Kreise für die wirkliche Bedeutung der Wirthschaftsreform erwärmen und zugänglich machen, und dadurch auch die Erreichung jener weiteren Ziele der Reform erleichtern . . . welche Kaiser Wilhelm so gern den Erfolgen hinzufügen möchte, mit denen Gott seine Regierung so reich gesegnet hat.

Wenn es recht Vielen nur erst, wie dem Kanzler, rechter Ernst ist mit jenen Zielen für die Bedürftigen, Armen und Schwachen in der Gesellschaft, so wird sich die Verständigung mit ihm über die Wege und Mittel, die Ziele zu erreichen, wohl finden lassen. Die Verständigung, sagen wir; denn nicht der Wille des Fürsten Bismarck, noch der Wille von irgend einem Einzelnen soll entscheidend sein, sondern einzig und allein die Sorge für die Wohlfahrt des Volkes, und die Einrichtungen, welche von der Vertretung des Landes in Gemeinschaft mit der Regierung als die angemessensten erkannt werden.

Allerdings wenn irgend Jemand durch Thaten ein Anrecht erworben hat, über das wahre Interesse des Reiches und des Volkes zu Rathe gezogen zu werden, so ist es Fürst Bismarck, und jeder Wähler kann das Wohl des Vaterlandes, nach unserer festen Ueberzeugung nur fördern, indem er die Verständigung, die Vereinbarung mit Fürst Bismarck zu erzielen sucht.

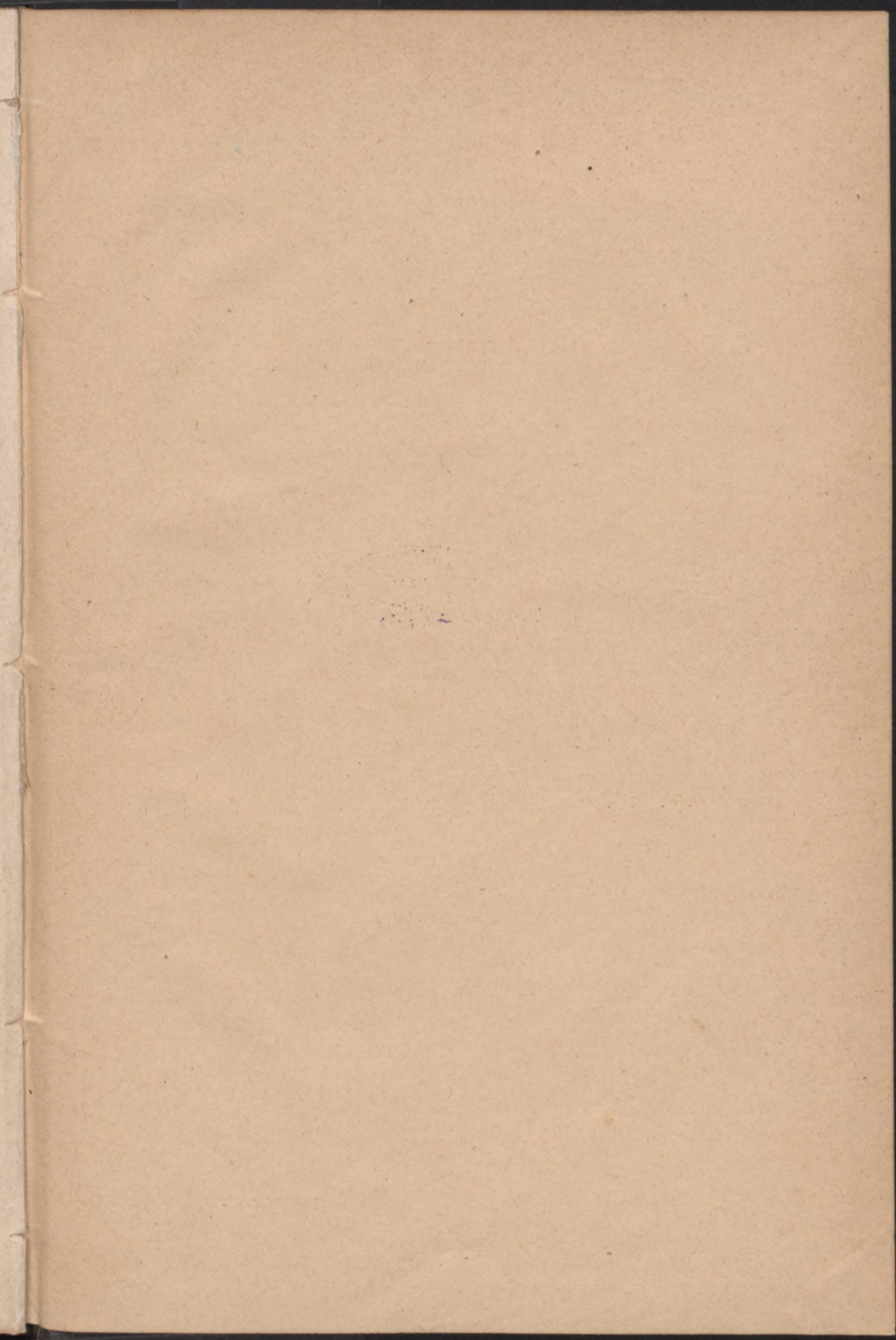
Hierzu werden, so Gott will, auch diese Rückblicke beitragen, welche nicht nur von Neuem gezeigt haben dürften, welche stete Sorge und Weisheit dazu gehörte, unsere neue Staatsordnung zu schaffen, sondern auch, daß sein Streben in allen Phasen bewiesen hat, wie sein scharfer und durchdringender Geist nur auf Eines gerichtet ist: das Heil des Vaterlandes!

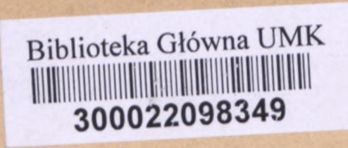
Eines beruhigt uns schließlich. Das deutsche Volk hat gewiß keinen Grund zu irgend einer trüben Auffassung der Verhältnisse trotz der augenblicklichen Meinungsverschiedenheiten über die schwebenden Finanzfragen: welches große Volk Europas nähme nicht willig unsere Schwierigkeiten hin, statt der Probleme, die es an seinem Theil zu lösen hat; würde z. B. das englische Volk nicht gern alle unsere „Fragen“ für die einzige irische Angelegen-

heit, Frankreich für die endliche feste Begründung seiner Verfassung hinnehmen? Was wollen vollends unsere Finanzkämpfe gegen die innere Zerrüttung Rußlands, selbst gegen die Verfassungskämpfe in Oesterreich sagen?

Wie unbedeutend sind vollends alle die Fragen, die uns augenblicklich veruneinigen, gegen die Güter, die wir jüngst errungen haben, gegen das deutsche Reich und seine mächtige Stellung in der Welt. Wenn wir diese Errungenschaften unzweifelhaft Bismarcks erhabenem und patriotischem Geist mit zu danken haben, so mögen wir über jene, wenn auch wichtigen, doch unvergleichlich geringeren Fragen zwar mit ihm rechten, aber nicht mit einer Leidenschaft und Gehässigkeit, die seine Vergangenheit und seine unvergänglichen Leistungen aus den Augen läßt. Ehren wir in ihm vielmehr das Vaterland, das er uns wiedergegeben.

Gedruckt bei Julius Sittenfeld in Berlin.




Biblioteka Główna UMK
300022098349

